Wessen Interessen der DGB dient, S. 4

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 5 – 2. Februar 2018

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Scheu vor Anfeindungen verloren: Demonstrierende Frauen im pfälzischen Kandel

Bild: pa

Der Funke springt über

Das Signal von Kandel: Bürger formieren auch im Westen ihren Protest

Der Bürgerprotest gegen die Asyl- und Zuwanderungspolitik wird stärker. Kommunalpolitiker sehen die Stimmung kippen.

Es scheint, als lebten sie in verschiedenen Welten. Während die SPD bei den Koalitionsverhandlungen auf einen noch umfangreicheren Familiennachzug für Asylsucher drängt, dringen geradezu verzweifelte Hilferufe von der Basis nach oben. Die „Integration“ scheitert immer offensichtlicher, für Salzgitter, Cottbus Wilhelmshaven und Delmenhorst gelten bereits Zuzugssperren für Asylsucher, das sächsische Freiberg meldet ebenfalls: Wir können nicht mehr. Der Vizechef der Essener SPD, Karlheinz Endruschat, schlägt Alarm: Der große Stadtteil Altenessen „droht zu kippen“.

Der Aufruhr in Cottbus sorgte bundesweit für Schlagzeilen. Nun versammelten sich auch im pfälzischen Kandel mehr als 1000 Menschen, um gegen die Asyl- und Zuwanderungspolitik der etablierten Parteien zu demonstrieren.

Kandels SPD-Bürgermeister aber hat sich auf die Seite eines Häufchens „Antifaschisten“ gestellt, welches die Kundgebung lautstark störte (siehe S. 5). Diese Reaktion ist bezeichnend.

> Politik reagiert mit herrischen Gesten der Verdammung

Die Art, in welcher der wachsende Protest gegen die Asylpolitik und die offenen Grenzen niedergemacht und diffamiert wird, ist geprägt von einer herrischen Geste. Zwar mögen Politik und tonangebende Medien den Bürgern gerade noch zugestehen, Angst zu haben und persönliche Nöte hinsichtlich ihrer sich rasant verändernden Umgebung zu äußern. Sobald die Bürger ihre Furcht und auch ihren Zorn aber mit konkreten politischen Forderungen verknüpfen, sind ihnen aggressive Anfeindungen von oben sicher: Missstände und Ängste würden „instrumentalisiert“, heißt es dann, und „rechtes Gedankengut“ vertreten, als sei das per se bösartig. Auch die plumpe Nazi-Keule hängt stets griffbereit.

Doch der Protest wird dessen ungeachtet zunehmend offen und couragiert vorgetragen. Die Probleme brennen an viel zu vielen Orten viel zu sehr. Eine stetig wachsende Zahl von Deutschen verliert daher ihre Scheu vor falschen Anschuldigungen und macht ihrem Ärger Luft. Von den meisten Medien wird dies als „besorgniserregende Entwicklung“ gewertet. Doch man kann es auch ganz anders sehen.

Es ist das Wesen einer lebendigen Demokratie, dass Bürger nicht nur über ihre Nöte klagen, sondern offensiv Veränderung fordern, wenn die politische Führung in ihren Augen versagt. Der vor allem von Frauen dominierte Marsch von Kandel ist dabei von besonderer Signalwirkung. Denn nun sind es nicht mehr nur die Deutschen in den neuen Bundesländern, die – noch geübt durch ihre Friedliche Revolution von 1989 – auf die Straße gehen.

Der Funke ist auf den Westen übergesprungen. Anders als aufgeschreckte Politiker es an die Wand malen, wird dieser Funke die Demokratie keineswegs erschüttern. Dieser demokratische Aufbruch macht das Land und die Demokratie stärker. *Hans Heckel*

Manuel Ruoff:

Gleiches Recht

Seit Jahren gehört eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu den postulierten Zielen der Bundesregierung. Zu einer intakten Familie gehören jedoch nicht nur Eltern und Kinder, sondern auch die Großeltern. Deren Generation wächst und äußert verstärkt den Wunsch, den Ruhestand so lange wie möglich im vertrauten Zuhause verbringen zu können. Das ist auch im Sinne des Fiskus, erspart es ihm doch die Schaffung vieler neuer teurer Altersheimplätze. Eine Schwerpunktverlagerung von der stationären zur ambulanten Pflege ist also im Interesse vieler.

Das Gelingen dieser Schwerpunktverlagerung hängt jedoch maßgeblich von einem verstärkten Engagement pflegender Angehöriger ab, da eine ausreichende Pflege ausschließlich durch fremde Professionelle weder im Interesse der Pflegebedürftigen noch durch Staat und Gesellschaft finanzierbar ist. Insofern gebieten sowohl humanitäre als auch fiskal-volkswirtschaftliche Gründe eine staatliche Förderung der Vereinbarkeit der Berufstätigkeit mit der Pflege analog zur Vereinbarkeit mit der Kinderaufzucht.

Die Koalitionsgespräche böten sich an, hier Akzente zu setzen in Richtung einer Entlastung von berufstätigen pflegenden Angehörigen nach dem Vorbild berufstätiger Eltern. Derzeit steht noch dem Anspruch auf bezahlte Elternzeit nur eine Familienpflegezeit gegenüber, die erstens unbezahlt ist und auf die zweitens nur bei größeren Betrieben ein Rechtsanspruch besteht. Berufstätige können sich um erkrankte Kinder in der Arbeitszeit kümmern, um erkrankte pflegedürftige Angehörige hingegen nicht. Und das sind nur zwei Beispiele der Ungleichbehandlung.

Kein eitel Sonnenschein

Airbus im Höhenflug – Aber hinter den Kulissen kriselt es

Für das Airbus-Unternehmen läuft es gerade richtig rund. Für 2017 meldete man den 15. Produktionsrekord in Folge: Der Konzern lieferte 718 Maschinen aus und erhielt Aufträge für weitere 1109 Flugzeuge. Aktuell liegen im Auftragsbuch Bestellungen im Wert von über eine Billion Dollar. Das ist mehr als beim Konkurrenten Boeing, den man jetzt noch zusätzlich überflügeln konnte.

Boeing hatte gegen den kanadischen Flugzeugbauer Bombardier wegen überzogener staatlicher Subventionen geklagt. Daraufhin entschied das US-Handelsministerium, Strafzölle in Höhe von fast 300 Prozent zu verlangen, wenn Bombardiers C-Serie zu Dumpingpreisen in den USA verkauft wird. Eine Schiedsstelle hob jetzt zur Freude von Airbus, das seit Oktober die Mehrheit an der C-Serien-Sparte besitzt, diese Strafzölle auf.

> Die Pannenflieger heben nicht ab

Und der Höhenflug hält an. So konnte man jetzt auch den drohenden Produktionsstopp des Prestigeobjekts A380 vorerst abwenden. Nach fast zweijähriger Auftragsflaute beim größten Passagierjet der Welt hat man erstmals wieder einen Bestellereingang verzeichnet: Die Fluglinie Emirates aus den Vereinigten Arabischen Emiraten bestellte 20 Stück dieses Flugzeugtyps fest und stellte eine Option auf 16 weitere in Aussicht. Bestellwert: zirka 13 Milliarden Euro.

Die Erfolgsgeschichten täuschen jedoch über die Krisen innerhalb des Konzerns hinweg. Da wäre das militärische Transportflugzeug A440M, auch Pannenflieger genannt, weil es wegen technischer Probleme seit Jahren nicht abheben will. Und dann wäre da die Bestechungsaffäre, über die Vorstandschef Tom Enders im vergangenen Herbst fast gestürzt wäre. Es ist also neben dem kriselnden A380 längst nicht wirklich alles eitel Sonnenschein bei Airbus. *Harald Tews*

(siehe auch Seite 7)

Der korrupte Kontinent

Entwicklungshilfe stützt oft nur Afrikas geldgierige Machthaber

Die Afrikanische Union (AU) hat 2018 zum „Jahr gegen Korruption“ erklärt. Maßnahmen werden gerade beim AU-Gipfel vom 22. Januar bis 1. Februar in Äthiopiens Hauptstadt Addis Abeba beschlossen. Die Vereinigung aller afrikanischer Länder hat einen Hoffnungsträger zum Vorsitzenden des Treffens ernannt. Der ruandische Präsident Paul Kagame ist für seinen erfolgreichen Kampf gegen das grassierende Übel bekannt. Sein Land rangiert auf dem Korruptionsindex von Transparency International mittlerweile vor Italien.

Mit Blick auf den ganzen Kontinent erhoffen sich aber die wenigsten Experten echte Fortschritte. Zu oft schon haben die Verantwortlichen versprochen, den pflichtvergessenen Gaunern in Staat und Verwaltung das Handwerk zu legen. Nie ist wirklich etwas passiert. Die kamerunische Wirtschaftswissenschaftlerin Vera Songwe erklärte in Addis Abeba, dass jährlich knapp ein Viertel des afrikanischen Bruttosozialproduktes den Kontinent auf dunklen Kanälen verlasse. Wenn die ergaunerten Millionen nicht auf europäischen Bankkonten gebunkert werden, finanzieren sie oftmals den Familien von Afrikas Machthabern ein Luxusleben in den Hauptstädten der Welt. Nicht selten stammt das Geld ursprünglich aus der Entwicklungshilfe westlicher Staaten. Statt Armut zu bekämpfen, wird so die korrupte Elite eines Dritte-Welt-Landes stabilisiert. Erstaunlich offenherzig sprach Karel Pinxton, der frühere Sprecher des Europäischen Rechnungshofs, vor einigen Jahren mit der belgischen Zeitung „De Standaard“ über den Verbleib der EU-Milliarden, die gen Afrika fließen: „Sobald das Geld überwiesen ist, verlieren wir jede Spur.“ *FH*

> Luxusleben in den Hauptstädten der Welt

(Mehr über das seltsame Geschäftsgebaren des Deutschen Ministeriums für Entwicklungshilfe lesen Sie auf Seite 12)

MELDUNGEN

EU: Franzosen würden austreten

Paris – Wenn die Franzosen abstimmen dürften, würde sich eine Mehrheit vermutlich für den Austritt aus der EU entscheiden. Diese Einschätzung äußerte Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron gegenüber dem britischen Sender BBC: Auf die Frage des Reporters, „Wenn Frankreich das gleiche Referendum (wie Großbritannien 2016) gehabt hätte, dürfte es auch das gleiche Ergebnis gehabt haben?“ antwortete Macron: „Ja, wahrscheinlich, wahrscheinlich. Ja. In einem ähnlichen Zusammenhang. Aber wir haben einen ganz anderen Zusammenhang in Frankreich.“ Was er mit dem „Zusammenhang“ genau meinte, wird nicht recht deutlich. In jedem Falle würde er bei einem Referendum nicht darauf wetten, dass die Franzosen sich für die EU entschieden. Macron bezeichnete es als problematisch, über eine Sache wie die EU das Volk mit einer einfachen Ja-Nein-Option abstimmen zu lassen. Macron vermutet in dem Gespräch, dass sich neben älteren Wählern vor allem die Mittel- und die Arbeiterklasse von der EU abwendeten. In den Bevölkerungsschichten herrsche der Eindruck, dass die Angleichungen innerhalb der Europäischen Union nicht zu ihren Gunsten ausgefallen seien. *H.H.*

Kika erneut in der Kritik

Hamburg – Der Kinderkanal (Kika) von ARD und ZDF kommt nicht aus den Schlagzeilen. Moderator David Friedrich hat auf Twitter geschrieben: „Hass und Gewalt helfen nie. Nazis zum Beispiel. Die muss man einfach nur ganz fest umarmen. Ganz lang. Bis sie nicht mehr atmen.“ Empörte Internet-Besucher sehen darin einen Aufruf zur tödlichen Gewalt gegen Menschen, die Friedrich für „Nazis“ hält, wie weit dieser Personenkreis auch immer gezogen sein mag. Sie informierten die Hamburger Polizei, die auf Twitter antwortete: „Wir haben Ihren Hinweis an die Kriminalpolizei zur Prüfung weitergeleitet.“ Friedrich verteidigt seine Äußerung als „Satire“. Kika war kürzlich bereits heftig in die Kritik geraten wegen einer Sendung zur Liebesbeziehung eines offenbar volljährigen Syrers zu einer deutschen Minderjährigen (siehe *PAZ* 3/18). Das Programm richtet sich an Kinder in der Altersgruppe von drei bis 13 Jahren. *H.H.*

Ansturm auf Rente mit 63

Berlin – Im Jahre 2017 haben rund eine Viertelmillion Menschen die Möglichkeit genutzt, schon mit 63 Jahren abschlagsfrei in Rente zu gehen. Dies waren gut 12 000 mehr als im Vorjahr und zudem der höchste Wert seit Einführung der Rente mit 63 im Jahre 2014. Der vorzeitige Einstieg in die Rente ist erlaubt, wenn der Antragsteller mindestens 45 Beitragsjahre vorweisen kann. Insgesamt stellten mehr als 1,6 Millionen bislang Erwerbstätige 2017 einen Rentenantrag. Darunter befanden indes nur 355 000 Anträge auf Regelaltersrente und beinahe ebenso viele auf Erteilung einer Erwerbsminderungsrente. Kritiker geißeln die Rente mit 63 als falsches Signal, das angesichts der bevorstehenden Verrentung der „Baby-Boomer“-Jahrgänge sehr teuer werden dürfte. *H.H.*

Wer wird Hillary Clintons Nachfolger?

Bei den US-Demokraten beginnt die Diskussion, wen sie 2020 ins Rennen um die Präsidentschaft schicken

Es ist gerade erst ein paar Wochen her, da wurde die Zwischenbilanz zu Donald Trumps einjähriger Amtszeit als US-Präsident gezogen. Und während sich Republikaner und Demokraten in Senat und Repräsentantenhaus erbittert um die Verabschiedung des Haushalts stritten, brachten sich bereits die ersten Kandidaten ins Rennen, die im Herbst 2020 die Nachfolge Trumps antreten wollen.



Seit ihrer feurigen Rede am 7. Januar bei der 75. Verleihung der Golden Globes wird in den Vereinigten Staaten heftig über eine mögliche Präsidentschaftskandidatur der Fernsehmoderatorin spekuliert: Oprah Winfrey mit einem Exemplar der renommierten Auszeichnung für Kinofilme und Fernsehsendungen

Bild: Imago

Seit ihrer feurigen Rede bei der Verleihung der Golden Globes wird in den USA heftig über eine mögliche Präsidentschaftskandidatur der Fernsehmoderatorin Oprah Winfrey spekuliert: „Viel zu lange wurde Frauen nicht zugehört oder nicht geglaubt, wenn sie den Mut hatten, über die Macht solcher Männer zu reden. Aber deren Zeit ist vorbei! Ein neuer Tag zieht am Horizont heran, eine Zeit, in der niemand mehr ‚Me Too‘ sagen muss“, sagte sie über den Sex-Skandal in der Fernseh- und Showbranche, der die USA seit Monaten erschüttert. Die Talkshow-Moderatorin ist bekannt und vermögend. Dies sind keine schlechten Voraussetzungen für eine Kandidatur. 2007 stand sie in Iowa und New Hampshire mit dem ehemaligen Präsidenten Barack Obama auf der Bühne, als der sich erstmals um den Sprung ins Weiße Haus bewarb. In South Carolina stürmten 30 000 Menschen in ein Footballstadion, als die Talkmasterin aus dem ländlichen Mississippi erklärte, warum Obama der richtige Mann für den Job sei. Sein Sieg gegen Hillary Clinton in South Carolinas Vorwahlen wurde zu einem Schlüsselmoment seiner Kandidatur. Wie der „Focus“ berichtet, kam eine Studie der Universität Maryland später zu dem Schluss, dass Obama ihrem Engagement mehr als eine Million Stimmen zu verdanken gehabt habe.

„Ich mag Oprah“, er kenne sie „sehr gut“, erklärte der amtierende Präsident unterdessen gelassen. Mit Blick auf das nächste Präsidentschaftsrennen fügte er aber sogleich hinzu: „Ich denke nicht, dass sie sich bewerben wird.“ Die Moderatorin äußerte sich kürzlich erstmals zu einer möglichen Kandidatur. „Ich weiß, was ich kann und was nicht. Ich habe dafür eher nicht die DNA“, sagte sie in einem Interview. „Es hängt von den Menschen ab“, widersprach umgehend ihr Weggehfährte, der Medienmogul Stedman Graham, der Zeitung „Los Angeles Times“. Winfrey würde es bei ausreichendem Rückhalt „unbedingt tun“.

Auch ein anderer Prominenter kokettierte in den vergangenen Wochen öffentlich mit einer möglichen Kandidatur. Der Ex-Wrestler und Schauspieler Dwayne „The Rock“ Johnson kündigte während einer Fernsehdiskussion seine Kandidatur an. „Ich denke da ernsthaft drüber nach“, sagte er und löste damit tosenden Applaus im Publikum aus. Laut der „Bild“-Zeitung gibt es sogar schon eine offiziell registrierte Wahlkampfkampagne mit dem Titel „Run the Rock 2020“. Die habe jedoch nicht Johnson selbst angemeldet, sondern begeisterte Fans.

Die Begeisterung für die politischen Seiteneinsteiger vom Schlage Winfrey oder Johnson ist auch deshalb so groß, weil das demokratische Partei-Establishment keine wirklich neuen Gesichter präsentieren kann. Joe Biden, der ehemalige Vizepräsident Obamas, sendet seit Monaten widersprüchliche Signale. Im Januar sagte er auf die Frage, ob sein Verzicht auf eine Kandidatur 2016 die falsche Entscheidung war: „Ich bereue es jeden Tag.“ Zwischenzeitlich wies er Spekulationen über einen neuen Anlauf 2020 zurück. Biden würde im Wahljahr immerhin schon 78 Jahre alt.

Nicht wirklich für eine Verjüngung würden auch der Parteilinke Bernie Sanders, Hillary Clintons Konkurrent im vergangenen Vorwahlkampf, und die Senatorin Elizabeth Warren stehen, die ebenfalls die 70 schon überschritten haben.

Die Unruhe bei den Demokraten ist auch deshalb so groß, weil Trump 2020 als schlagbarer Gegner eingestuft wird. Immer wieder wird Cory Booker ins Spiel gebracht. Er ist Senator aus New Jersey und landesweit durchaus bekannt. Booker war vor seiner Wahl Bürgermeister von Newark. Der Afroamerikaner gilt als Liberaler, manchen als neoliberal. Ob er die Unterstützung der Parteilinken erhalten würde, ist die Frage. Auch dem Gouverneur von Colorado, John Hickenlooper, und seinem Amtskollegen Steve Bullock aus Montana werden Ambitionen nachgesagt.

Doch die Demokraten beschäftigen sich nicht nur mit der internen Vorauswahl. Ein Kampagnenteam lotet auch die Liste der möglichen Gegenkandidaten aus, sollte Trump nicht mehr kandidieren. Selbst eine republikanische Kampfkandidatur wird nicht ausgeschlossen, sollte Trump die Reihen der Partei nicht schließen können. Unter Trumps potenziellen Konkurrenten aus den Reihen der Republikaner heben die Demokraten demnach den Vizepräsidenten Mike Pence, den Gouverneur des Bundesstaates Ohio, John Kasich, die UN-Botschafterin der USA, Nikki Haley, sowie den Senator Nebraskas, Ben Sasse, hervor. Alle Genannten sprachen allerdings umgehend von übler Nachrede und Verleumdung, denn eine interne Gegenkandidatur gegen einen amtierenden Präsidenten hat in den USA etwas Anrüchiges. Noch hat Trump nicht erklärt, ob er 2020 erneut antreten will. Doch ein Unterstützerverein sammelt bereits eifrig Spenden. Ein Arzt hat unlängst festgestellt, der Präsident erfreue sich bester Gesundheit. „Ich bin noch lange nicht am Ende“, lässt dieser wissen. *Albert Pathen*

Ernst Moritz Arndt gestrichen

Ihr Akademischer Senat hat beschlossen: »Die Universität in Greifswald trägt den Namen Universität Greifswald«

Die Greifswalder Universität wird den Namen Ernst-Moritz-Arndt-Universität ablegen. Das hat der Akademische Senat nach jahrelangen Diskussionen und langem formalen Hin und Her mit großer Mehrheit beschlossen. Der Senat ist ein Selbstverwaltungsorgan und oberstes Gremium der Hochschule. Allerdings haben seine Mitglieder für einen Kompromissvorschlag gestimmt, denn eine komplette Umbenennung hätte ebenso wenig die erforderliche Zweidrittelmehrheit bekommen wie eine Beibehaltung des alten Namens.

Nach diesem Beschluss wird es in der Grundordnung der Universität heißen: „Die Universität in Greifswald trägt den Namen Universität Greifswald; diesem kann nach Maßgabe einer vom engeren Senat nach Anhörung des erweiterten Senats zu beschließenden Ordnung der Namenszusatz Ernst Moritz Arndt vorangestellt werden. Dabei ist das einheitliche Auftreten der Universität im Rechtsverkehr sicherzustellen.“ Die Namensänderung tritt in Kraft, sobald das Bildungsministerium Mecklenburg-Vorpommern der Änderung der Grundordnung zugestimmt hat. Das Landeshochschulgesetz bestimmt, dass der Name jeder Hochschule in ihrer Grundordnung festgelegt wird. Über Änderungen der Grundordnung entscheidet der Senat einer Hochschule, der damit das für die Namensgebung allein entscheidende Gremium ist.

Kompromiss statt kompletter Umbenennung

Die Mitglieder des engeren Senats hatten in der Senatssitzung im Dezember 2017 dem erweiterten Senat vorgeschlagen, bei einer Entscheidung zur Änderung des Universitätsnamens in Universität Greifswald auch über Kompromissvarianten abzustimmen, sofern sich keine Zweidrittelmehrheit findet. Zuvor hatten sich die Senatoren mit dem Ergebnis einer von ihnen in Auftrag gegeben Meinungsumfrage unter den Universitätsmitgliedern auseinandergesetzt. In dieser Umfrage sprachen sich 48,66 Prozent der Teilnehmer für den Namen Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald und 34,38 Prozent für den Namen Universität Greifswald aus. 15,47 Prozent gaben an, dass beide Namen für sie gleichermaßen akzeptabel seien.

Die Befragungsteilnehmer konnten auch angeben, dass sie unentschieden sind in der Frage, welchen Namen die Universität tragen soll. Davon haben allerdings nur 1,49 Prozent Gebrauch gemacht. Weiter wurde gefragt, ob eine Kompromisslösung gut für die Universität wäre. Diese Frage beantworteten 57,18 Prozent mit Nein und 29,82 Prozent mit Ja. Insgesamt nahmen 32,7 Prozent der 15 149 teilnahmeberechtigten Mitglieder der Universität an der Umfrage teil.

Vor einem Jahr hatte der Senat mit Zweidrittelmehrheit die Änderung des Universitätsnamens in Universität Greifswald beschlossen. Anfang März 2017 erhob Bildungsministerin Birgit Hesse (SPD) jedoch aus formellen Gründen Einwände gegen die beabsichtigte Änderung der Grundordnung. Daraufhin beschloss der Senat die erforderlichen Anpassungen, um volle Konformität mit dem Landeshochschulgesetz herzustellen. Ziel waren rechtssichere Verfahren für Grundordnungsänderungen wie zum zukünftigen Namen der Universität. Nachdem die notwendigen Änderungen erfolgt waren, stellte eine Gruppe von Senatoren im Oktober 2017 erneut den Antrag auf Änderung des Universitätsnamens. Die Antragsteller begründeten ihren Antrag damit, dass das Festhalten am

Die Uni-Angehörigen wollten mehrheitlich etwas anderes

umstrittenen Namenspatron „die Darstellung der Universität als ein Ort fortschrittlicher Wissenschaft erschwert“. Hauptargument war, dass wesentliche Positionen Arndts im Gegensatz zum Leitbild der Universität stünden.

Die Hochschule führte ihren bisherigen Namen Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald seit 1933, als die preußische Staatsregierung dem Antrag des Senats auf Namensänderung stattgab. Nach der 1945 erfolgten Entnamung der Hochschule durfte der Name Arndt seit 1954 wieder im Universitätstitel geführt werden. Seit 1990 gab es immer wieder hochschulinterne, aber auch öffentlich geführte Debatten über den Namenspatron der Universität. Im Frühjahr 2010 wurde, wie es heißt, „nach eingehender wissenschaftlicher Befassung“ sowie einer öffentlichen Anhörung im Senat erstmals über eine Änderung des Universitätsnamens in der Grundordnung abgestimmt. Damals stimmten 22 Senatoren für die Beibehaltung des Namens und 14 stimmten dagegen; die notwendige Zweidrittelmehrheit für eine Änderung der Grundordnung kam somit nicht zustande.

Der auf Rügen geborene Historiker und Theologe Ernst Moritz Arndt (1969–1860) kämpfte publizistisch gegen die napoleonische Herrschaft und trat leidenschaftlich für die nationale Sache ein. Ihm schwebte ein deutscher Nationalstaat mit Erbkaisertum unter preußischer Führung vor. Lange wurde der Abgeordnete der Frankfurter Nationalversammlung als untadeliger Patriot und Verfechter der Demokratie verehrt, bis Kritiker meinten, in seinen Schriften aggressiv-nationalistische und antisemitische Positionen entdeckt zu haben. *Jan Heitmann*

Kein deutscher Sonderweg

Die Krise der Sozialdemokratie ist nicht nur ein nationales, sondern ein europäisches Phänomen

Gegenüber dem Deutschlandfunk hat sich der Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel bereits vergangenes Jahr dem Thema gewidmet „Europäische Sozialdemokratie: Auf dem Weg in die Bedeutungslosigkeit – oder geht da noch was?" Und der Europaabgeordnete Jakob von Weizsäcker, selber Sozialdemokrat, äußerte sich dieses Jahr in einem Interview mit dem ARD-Europastudio Brüssel zur Krise der Sozialdemokratie in Europa.

In der Bundesrepublik drohen die Sozialdemokraten in der Wählergunst auf den dritten Rang zurückzufallen. „So dünn war die Regierungsbesetzung mit sozialdemokratischen Parteien in Europa vermutlich die letzten drei Jahrzehnte nicht", erklärte Merkel, Direktor am Wissenschaftszentrum Berlin und parteiloses Mitglied der SPD-Grundwertekommission, gegenüber dem Deutschlandfunk. Allenfalls in Ländern wie Portugal, Malta oder Albanien stellen Sozialdemokraten derzeit noch den Regierungschef. Die letzte verbliebene Hochburg sei Schweden. Doch auch in Skandinavien seien die goldenen Zeiten für die Sozialdemokratie längst vorbei.

„Skandinavien war immer das Walhalla in der Nachkriegszeit der Sozialdemokratie. Dort konnten Sozialdemokraten besonders lange regieren. Aber diese großen sozialdemokratischen Parteien sind auf ein Mittelmaß geschrumpft, sie können nicht mehr allein die Regierung stellen, ganz selten noch in Minderheitsregierungen, sie brauchen also Koalitionen, die sozialdemokratische Politik verwässert. Also, auch in Skandinavien ist die Sozialdemokratie auf ein Mittelmaß geschrumpft", erklärt der Politikwissenschaftler.

Wo man auch hinsieht, die Stimmung ist schlecht. In Österreich wurden die Sozialdemokraten abgewählt, in Frankreich und den Niederlanden fuhren sie einstellige Ergebnisse ein und verabschiedeten sich in die Bedeutungslosigkeit.

Der SPD-Politiker Jakob von Weizsäcker sieht einen Trend in Europa zum Niedergang der Sozialdemokratie und warnt im Interview mit dem ARD-Europastudio Brüssel: „Das ist ein Hinweis darauf, dass man auch in Deutschland nicht so tun sollte, als sei das ein lästiger Betriebsunfall und in vier Jahren sieht's wieder besser aus." Von Weizsäcker sieht langfristige gesellschaftliche Umwälzungen am Werk: Die klassische Arbeiterschaft gebe es nicht mehr, dafür aber eine Bevölkerungsgruppe, die der SPD-Politiker „die Verängstigten" nennt: „Das sind diejenigen, die sich durch Globalisierung, durch Migrationsströme, durch technologische Entwicklung in ihrer Existenz bedroht sehen. Das sind eigentlich klassisch sozialdemokratische Wähler."

In Italien, Spanien und Portugal erzielten die sozialdemokratischen Parteien im ersten Jahrzehnt dieses Jahrtausends noch Wahlergebnisse von über 40 Prozent. Davon sind sie heute weit entfernt, die spanische PSOE kam zuletzt nur noch auf gut 22 Prozent, und in Italien sieht es nicht viel besser aus. Dort hat sich Matteo Renzi, eines der letzten Wunderkinder der europäischen Sozialdemokratie, mit einer verpatzten Verfassungsreform selbst vom Feld genommen.

An die Stelle der klassischen Arbeiterparteien treten neue, moderne Protestbewegungen, die ihre Hochburgen meist in den „Kleine-Leute-Vierteln" haben. In Italien und Spanien kommt der Widerstand gegen das Establishment mit Bewegungen wie dem Movimento Cinque Stelle (Fünf-Sterne-Bewegung) oder Podemos (Wir können) eher von links, in anderen Ländern sind Rechtsparteien wie der Front National in Frankreich oder die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) tief in die traditionellen roten Wählerschichten eingedrungen.

Politikexperten sprechen vom Wandel der Arbeitswelt, den neuen Beschäftigungsverhältnissen wie der rasanten Zunahme von Dienstleistungen und der Digitalisierung, die alles durcheinandergeworfen hätten. Jene klassischen Milieus, aus denen die Sozialdemokraten bisher ihre Klientel bezogen haben, gäbe es nicht mehr – weder im Ruhrgebiet noch in den französischen Kohleregionen.

Fast sehnsüchtig suchen die Wahlverlierer der vergangenen Jahre nun die Nähe zum französischen Präsidenten Emanuel Macron. Dabei hat der durch sein Ausscheren die zuvor regierende Parti socialiste geradezu pulverisiert. Und ist der junge Staatschef überhaupt ein Sozialdemokrat?

„Schlechter kann man Politik nicht interpretieren", sagte der Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel gegenüber dem Deutschlandfunk. „Wenn jemand pro-europäisch ist, gilt er heute schon als ein Linker, als ein Progressiver, Macron ist kein Linker, er ist bestenfalls in der Mitte, in wirtschaftspolitischen Fragen ist er eher ein Neoliberaler, das darf man nicht verkennen." In der Tat verstößt er gegen klassische sozialdemokratische Tabus wie den Abbau von Arbeitnehmerrechten.

In der Bundesrepublik machen viele Sozialdemokraten Altkanzler Gerhard Schröder für den Niedergang der SPD verantwortlich. Der habe durch die Reform der Sozialgesetzgebung im Rahmen der Agenda 2010 zwar den Arbeitsmarkt reformiert, aber dadurch die Partei gespalten. Oskar Lafontaine, zunächst Finanzminister unter Schröder, verabschiedete sich schließlich mit Getreuen zur Linkspartei.

Macron sei eben vielmehr Schröder als Lafontaine, sagt Experte Merkel. Als Hoffnungsträger für die dahinsiechende SPD dürfte er somit nur schwerlich taugen. *Peter Entinger*

In ihrer Verzweiflung suchen Europas sozialdemokratische Wahlverlierer fast sehnsüchtig seine Nähe, obwohl er durch sein Ausscheren ihre zuvor in Frankreich regierende Schwesterpartei geradezu pulverisiert hat: Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron

Bild: Imago

MELDUNGEN

EU: Deutsche gehen leer aus

Brüssel – Nach dem Brexit soll das EU-Parlament nicht verkleinert werden. Stattdessen werden die 73 britischen Sitze auf andere EU-Nationen verteilt werden. In einem ersten Schritt erhalten Frankreich und Spanien je fünf zusätzliche Mandate, Italien und die Niederlande drei, etliche weitere Länder je einen bis zwei. Deutschland soll leer ausgehen, obwohl schon jetzt die Stimme eines Maltesers bei den EU-Wahlen zwölf Mal so viel wiegt wie die eines Deutschen. Die EU verbietet, dass ein Land mehr als 96 Sitze bekommt, die Deutschland bereits hat. Die Deutschen sind damit das am schlechtesten repräsentierte Volk im Parlament. *H.H.*

AfD-Politiker wurde Moslem

Berlin – Arthur Wagner aus Falkensee bei Berlin ist zum Islam konvertiert. Der Umstand, dass er bis zum 11. Januar dieses Jahres Mitglied des Landesvorstandes der AfD Brandenburg und stellvertretender Vorsitzender des Kreisverbandes Havelland der AfD war, nahmen führende regionale Medien wie der Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB), die „B.Z." und der „Tagesspiegel" zum Anlass, den Vorgang zu skandalisieren. Die Landesführung der Partei reagierte gelassen. Der brandenburgische Landesvorsitzende Andreas Kalbitz bedauerte persönlich Wagners Rückzug aus dem Landesvorstand, wenngleich er seinen Religionswechsel nicht verstehen könne. Wagner selbst: „Das ist meine Privatsache ... Druck gibt es keinen." Sein Kreisvorsitzender Kai Berger sagte, Religion sei eine Privatangelegenheit und jeder könne sie ausleben, wie es ihm gefalle. Der Parteisprecher der brandenburgischen AfD, Daniel Friese, verwies auf die Religionsfreiheit des Grundgesetzes. *H.L.*

In Hartz IV angekommen

Die Versorgungssucherwelle hat ihr Ziel erreicht

Die Zahl der Asylsucher, die Hartz-IV-Leistungen beziehen, ist laut Daten der Bundesagentur für Arbeit drastisch gestiegen. Im September vergangenen Jahres war fast jeder fünfte Hartz-IV-Bezieher ein Asylsucher. In manchen Bundesländern, wie in Hamburg, ist bereits jeder dritte Hartz-IV-Bezieher ein Asylsucher. Der Statistik zufolge bezogen im September des vergangenen Jahres fast eine Million Asylsucher Hartz-IV-Leistungen. Vor einem Jahr waren es nicht einmal halb so viele gewesen. Während die Bezieher von Arbeitslosengeld auf seit der Vereinigung kaum bekannte Werte sinken und die Zahl der offenen Stellen in vielen Bereichen rasant ansteigt, steigt die Zahl der Hartz-VI-Bezieher durch die Massenzuwanderung weiter an.

Angesichts dieser Zahlen haben die Kommunen vor einem Scheitern der Integration von Asylsuchern in den Arbeitsmarkt gewarnt. Trotz Vollbeschäftigung und Hunderttausenden unbesetzten Stellen sind weniger als 200 000 Asylsucher im letzten Jahr einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgegangen.

Die Bundesagentur gibt sich über den deutlichen Anstieg der Hartz-IV-Zahlen bei den Asylsuchern nicht überrascht und bestreitet auch, dass er besorgniserregend sei. Vielmehr sei der Anstieg angesichts der sich hinschleppenden Asylverfahren zu erwarten gewesen, denn erst nach dem Abschluss der Asylverfahren können Asylsucher Anträge auf Hartz-IV-Leistungen stellen.

Angesichts der von der Bundesagentur vorgelegten Zahlen muss man spätestens jetzt von einem Scheitern der Integration durch Arbeit sprechen. Möglicherweise spielte bei den politischen Sondierungen der letzten Monate deshalb das Thema Integration der Asylsucher durch Arbeit im Gegensatz zu dem Thema Familienzusammenführung und Einwanderungsgesetz keine Rolle. Dabei zeigen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte, dass nach Familienzusammenführungen von orientalischen Großfamilien Themen wie Ausbildung und Arbeit in der Wichtigkeitsskala nach ganz unten abrutschen, zumal in fast allen Fällen dann die Sozialleistungen üppiger fließen als die Einkommensmöglichkeiten durch eigene Arbeit oder Ausbildung.

> Fast jeder fünfte Hartz-IV-Empfänger ist ein Asylsucher

Bereits im Bundestagswahlkampf wurde bei manchen Fragerunden deutlich, dass eine große Gruppe von Asylsuchern nicht in den deutschen Arbeitsmarkt passt. So weigern sich beispielsweise muslimische Frauen, in deutschen Altenheimen zu arbeiten, weil sie angeblich um ihre Reinheit fürchten müssen. Metzgereien müssen reihenweise schließen, weil sie trotz der Masseneinwanderung von jungen muslimischen Männern keine Azubis finden, die nicht mit Schweinefleisch in Berührung kommen wollen. Bäckereien suchen händeringend nach Verkäuferinnen, aber junge Musliminnen äußern Vorbehalte dagegen, fremde Menschen zu bedienen. Die Beispiele ließen sich unbegrenzt fortsetzen.

Jetzt soll laut dem Sondierungsergebnis der Groko ein Einwanderungsgesetz Abhilfe schaffen. Damit die Heere von jugendlichen Asylsuchern sich weiter im sozialen Netz ausruhen können, sollen jugendliche Hotelfachkräfte etwa aus Indonesien oder Philippinen angeworben werden, die in den Berufen arbeiten, für die sich Asylsucher zu Schade sind und nicht finden lassen. *B.B.*

Zeitzeugen


Bild: Imago

Reiner Hoffmann – Der 62-jährige Sozialdemokrat ist nicht nur DGB-Chef, sondern auch Multi-Funktionär. Neben verschiedensten Aufsichtsratsmandaten nimmt er auch eine Tätigkeit im Vorstand der Atlantik-Brücke wahr. Zuvor war er in verschiedenen internationalen Gewerkschaftsgremien aktiv. Einen Schwerpunkt legt er daher auf die europäische Gewerkschaftsarbeit.

Jürgen Pohl – Der Rechtsanwalt und frisch gewählte AfD-Bundestagsabgeordnete gründete 2017 den Alternativen Arbeitnehmerverband Mitteldeutschlands (ALARM). Im Gegensatz zu bereits bestehenden Interessenvereinigungen von Beschäftigten innerhalb der AfD soll ALARM als Gewerkschaft agieren. Pohl selbst gilt als enger Vertrauter des Thüringer Landesvorsitzenden Björn Höcke.


Bild: Imago

Frank Bsirske – Der scheidende Vorsitzende der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi will erste Schritte für eine Strukturreform seiner Organisation in Angriff nehmen. Seit ihrer Gründung durch die Fusion der Gewerkschaften ÖTV und DAG im Jahre 2001 hat Verdi rund eine Million Mitglieder verloren. Geplant sind allerdings nur organisatorische Änderungen. Darüber hinausgehende Konzepte fehlen.

Oliver Hilburger – Der Vorsitzende der Gewerkschaft Zentrum Automobil und Betriebsrat bei der Daimler AG in Stuttgart leitet derzeit eine Kampagne für die im Jahr 2018 anstehenden bundesweiten Betriebsratswahlen. Mit der Etablierung unabhängiger Kandidaten soll die Dominanz von DGB-Gewerkschaften gebrochen werden. Die Kampagne wird von patriotischen Gruppen und Medien unterstützt.


Bild: J. Patrick Fischer_3

Andrea Nahles – Als Arbeitsministerin initiierte die heutige SPD-Fraktionsvorsitzende 2014 das Tarifeinheitsgesetz. Damit verhinderte sie, dass kleinere und unabhängige Gewerkschaften eigene Tarifverträge abschließen können. Dies ist heute nur noch der Gewerkschaft möglich, die in einem Unternehmen die meisten Mitglieder hat. Faktisch bedeutet dies einen Kartellschutz für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften.

Und kein Ende in Sicht

Seit Jahren sinken die Mitgliederzahlen der DGB-Gewerkschaften

Seit Jahren schon kämpfen die innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) organisierten Gewerkschaften mit dem Verlust von Mitgliedern. Heute zählen sie noch knapp über sechs Millionen Angehörige in ihren Reihen. Im Jahre 2000 waren es noch 1,5 Millionen Mitglieder mehr gewesen.

Stark sind der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften vor allem in Großunternehmen und in öffentlichen Verwaltungen, also dort, wo ohnehin vergleichsweise gute Arbeitsbedingungen und Entlohnungssysteme für die Beschäftigten bestehen. Doch dies primär dem gewerkschaftlichen Einfluss zuzuschreiben, wäre zu kurz gegriffen. Für die Leistungen, die von solchen Konzernen sowie von staatlichen Stellen angeboten werden, gibt es nämlich zumeist keine oder nur sehr wenige Mitbewerber. Während ein Friseurmeister jederzeit damit rechnen muss, dass einige Häuser weiter ein Konkurrent seinen Salon eröffnet, liegt dieses Risiko für einen deutschen Automobilhersteller praktisch nahe Null. Aufgrund des geringen Wettbewerbsdrucks auf nationaler Ebene bestehen daher bei diesen Unternehmen sehr viel größere Spielräume bei der Gestaltung der eigenen Preise und folglich auch für die Entlohnung ihrer Mitarbeiter. Internationalen Konkurrenten begegnet man in der Regel durch die Auslagerung von Betriebsstätten in das Ausland. Hinzu kommt, dass der Gesetzgeber mit zunehmender Größe eines Unternehmens strengere Auflagen, etwa beim Arbeits- oder Kündigungsschutz, vorschreibt. Aus diesen Gründen ist eine Beschäftigung bei einem im DAX notierten Konzern meist sehr viel attraktiver als eine vergleichbare Tätigkeit in einem Kleinbetrieb. Die privilegierte Beschäftigungssituation ist somit nicht in erster Linie die Folge eines besonderen gewerkschaftlichen Engagements, sondern vor allem der äußeren Rahmenbedingungen, unter denen in diesen Bereichen gearbeitet wird. Vor diesem Hintergrund gelingt es den Gewerkschaften, zumeist sehr ansehnliche Tarifverträge mit den entsprechenden Arbeitgebern abzuschließen. Arbeitskämpfe, die über mehrstündige Warnstreiks in einzelnen Betrieben hinausgehen, haben Seltenheitswert.

Konzentration auf die Vertretung von Partikularinteressen

Ganz anders sieht es hingegen bei den Beschäftigten in kleineren und mittleren Unternehmen aus. Auch hier gibt es durchaus viele Betriebe, die sich aufgrund ihres innovativen Potenzials durch eine hohe Wettbewerbsfähigkeit auszeichnen und ihren Mitarbeitern daher eine gute Entlohnung anbieten können. In den Branchen allerdings, in denen für einen Marktzugang keine besonderen Voraussetzungen gefordert sind, sehen die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten zumeist deutlich schlechter aus. Dies gilt etwa für den Einzelhandel oder für den Logistikbereich. Um diese Arbeitnehmer kümmert sich der DGB kaum. Unterstützung leisten seine Mitgliedsgewerkschaften hier ohnehin nur für die eigenen Mitglieder und diese besteht – gerade für prekär Beschäftigte in tariflich nicht gebundenen Unternehmen – zumeist nur in Form einer rechtlichen Beratung, welche die Betroffenen über eine private Rechtsschutzversicherung jedoch deutlich preisgünstiger erhalten können. Die Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft ist daher heute in der Regel nur noch für bereits privilegierte Arbeitnehmer interessant.

Hinzu kommt, dass sich die Gewerkschaften immer mehr allgemeinpolitischen Fragen, wie etwa dem „Kampf gegen Rechts“, verschrieben haben. Bei Stellungnahmen des DGB, die tatsächlich noch einen Bezug zur Arbeitswelt haben, spiegeln diese häufig nicht mehr die Interessen vieler Arbeitnehmer in einer sich zunehmend digitalisierenden Welt wider, wie sich etwa am Festhalten an starren Arbeitszeitmodellen aus dem vergangenen Jahrhundert zeigt. Abgeschreckt zeigen sich viele Beschäftigte auch von dem Funktionärsunwesen innerhalb der DGB-Gewerkschaften. Viele Vorstandsmitglieder erhalten neben einem ohnehin schon stattlichen Grundgehalt im sechsstelligen Bereich noch Tantiemen aus ihren Tätigkeiten als Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten. Verkrustete Positionen und Strukturen des DGB lassen daher erhebliche Zweifel an dessen Reformfähigkeit zurück. *Dirk Pelster*

Handlanger des Establishments

Als zu Beginn dieses Jahres Vorwürfe publik wurden, ein Berliner Grundschullehrer habe auf seinem YouTube-Kanal Verschwörungstheorien verbreitet und die Initiatorin des Holocaust-Mahnmahls, Lea Rosh, kritisiert, da waren es vor allem Vertreter der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die sich am lautesten für dessen sofortige Entfernung aus dem Schuldienst aussprachen. Während sich der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften ansonsten gerne und öffentlich gegen Entlassungen selbst von solchen Beschäftigten aussprechen, die Straftaten gegen ihre Arbeitgeber begangen haben, erschöpft sich das Verständnis der Arbeitnehmervertreter relativ rasch, wenn es um Mitarbeiter geht, die im Verdacht stehen, gegen die Gebote der Politischen Korrektheit verstoßen zu haben.

Dabei ist es oft unerheblich, ob ein entsprechender Vorwurf überhaupt einen Bezug zum Arbeitsplatz hat. Es kann schon reichen, wenn sich ein Arbeitnehmer in seiner Freizeit bei der AfD oder anderen missliebigen Gruppen engagiert. Zum Teil wird sogar Druck auf Arbeitgeber ausgeübt, die selbst keine Bereitschaft zeigen, einem solchen Mitarbeiter von sich aus zu kündigen. Die Gewerkschaft Verdi hat hierzu eigens eine „Handlungshilfe für den Umgang mit Rechtspopulisten in Betrieben und Verwaltung“ herausgegeben. Sogar die „Bild“-Zeitung schrieb in diesem Zusammenhang von einer „Mobbing-Fibel“. Obwohl der DGB sich gerne als parteipolitisch neutral geriert, dürfen beispielsweise Mitglieder der NPD nicht in die Gewerkschaft aufgenommen werden. 2007 beschloss die IG Metall, dass Angehörige der kommunistischen MLPD nicht zugleich Mitglied ihrer Organisation sein dürfen. Fraglich ist, ob eine solche Praxis überhaupt rechtmäßig ist, denn das vor allem von den Gewerkschaften so herbeigesehnte Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz verbietet bei der Mitgliederaufnahme eigentlich eine Diskriminierung aus weltanschaulichen Gründen. *D.P.*

Keine Gleichbehandlung



Die DGB-Gewerkschaften vertreten vor allem die Interessen der Beschäftigten in Großunternehmen und der öffentlichen Verwaltung: Arbeiter mit IG-Metall-Fahne vor dem Bosch-Werk in Bühl, Baden-Württemberg

Bild: action press

Von der CIA protegiert

Wie der DGB und dessen Mitgliedsgewerkschaften entstanden

Während der NS-Zeit waren die Gewerkschaften gleichgeschaltet oder aufgelöst worden. Nach dem Krieg gründeten sich innerhalb der westlichen Besatzungszonen wieder kleinere regionale Gewerkschaftsorganisationen, die allerdings von den Alliierten zugelassen werden mussten und unter deren Aufsicht standen.

Schon zuvor war von emigrierten Sozialdemokraten in den Vereinigten Staaten die German Labor Delegation ins Leben gerufen worden. Diese Gruppe bereitete im engen Verbund mit dem Jewish Labor Comittee und dem größten Gewerkschaftsbund in den USA, der American Federation of Labor (AFL), erste Pläne für den Aufbau von Arbeitnehmerorganisationen nach der Niederringung Deutschlands vor. Zentrales Ziel war der Aufbau einer großen Einheitsgewerkschaft jenseits politischer und konfessioneller Bindungen. Zu diesem Zweck wurden die neugegründeten Arbeitnehmervereinigungen in nur wenigen Gewerkschaften zusammengefasst, die sich schließlich unter das Dach des 1949 gegründeten DGB begaben.

Die engen Bindungen zu den USA bestehen bis heute

Dieses Vorhaben wurde vor allem vom US-amerikanischen Geheimdienst CIA unterstützt und finanziert. Einerseits sollte so der traditionell hohe Einfluss kommunistischer Parteien auf die Arbeiterbewegung eingedämmt werden, und andererseits wollten die Amerikaner die Geschicke der neugegründeten Bundesrepublik durch einzelne, leicht zu kontrollierende, aber dafür starke Gewerkschaften weiterhin indirekt mitbestimmen können. Gesteuert wurde dieser Prozess vor allem von Jay Lovestone. 1944 wurde er von der AFL zum Exekutivsekretär des Free Trade Union Comittee'sbestimmt. Formal handelte es sich dabei zwar um ein Gewerkschaftsgremium, faktisch war dieses Komitee jedoch ein zentrales Instrument US-amerikanischer Außenpolitik.

Die einseitige Unterstützung des DGB und seiner Mitgliedsorganisationen durch die Amerikaner führte dazu, dass andere Gewerkschaften in Deutschland bis heute weitestgehend bedeutungslos blieben. Nach wie vor sind hohe DGB-Funktionäre eng in transatlantische Netzwerke, wie etwa die Atlantik-Brücke oder die Bilderberg-Konferenz, eingebunden. *D.P.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Die Situation entgleitet

Zuzugsstopp für Cottbus: Die Folgen der Asylpolitik werden unhaltbar



„Mehrfach Signale ausgesendet“: Cottbusser Bürger machen ihrem Ärger Luft

Bild: pa

Brandenburgs Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) hat entschieden, dass der Stadt Cottbus in den nächsten Monaten keine weiteren Flüchtlinge zugewiesen werden. Die Lausitz-Stadt ist in Aufruhr, und das Problem breitet sich aus.

Vor allem seit Jahresbeginn ist es in Brandenburgs zweitgrößter Stadt immer wieder zu Gewalttaten gekommen. Wie ein Schock für die Bewohner der Stadt hat insbesondere ein Angriff vor einem Cottbuser Einkaufszentrum gewirkt. Laut Polizeiangaben hatten dabei drei minderjährige Syrer ein deutsches Ehepaar angegriffen.

Die Jugendlichen sollen vom Ehepaar zunächst den Vortritt am Eingang des Einkaufszentrums verlangt und dann sogar gefordert haben. Die deutsche Frau solle ihnen gegenüber Respekt bezeugen. Die Situation spitzte sich soweit zu, dass einer der Jugendlichen ein Messer zog, um den Ehemann anzugreifen.

Nur wenige Tage später schnitt einer der beteiligten jungen Syrer einem deutschen Jugendlichen mit einem Messer ins Gesicht. Wie inzwischen bekannt wurde, war der Syrer bereits ein Fall für das Jugendamt und galt wegen seines gewalttätigen Verhaltens als „nicht beschulbar“. Bereits im vergangenen Jahr war es in der Innenstadt von Cottbus immer wieder zu Gewaltvorfällen gekommen.

Die Stadt hatte bereits im März 2017 beim Land einen Antrag auf Verhängung einer Zuzugssperre für Asylsucher gestellt – ohne Erfolg. Auch ein Fachgespräch mit dem Innenministerium im vergangenen August war ergebnislos verlaufen. Cottbus hat sich wie kaum eine andere Stadt in Brandenburg zu einem Magneten für Asylsucher entwickelt: Ende 2015 waren hier insgesamt 1326 von ihnen untergebracht, bis Jahresende 2017 hat sich diese Zahl auf 4281 Personen mehr als verdreifacht.

Nach Angaben der Stadt liegt der Ausländeranteil mittlerweile bei 8,5 Prozent. Landesweit liegt der Anteil in Brandenburg bei 4,5 Prozent. In Cottbus selbst ist mittlerweile in sechs von 19 Stadtteilen eine überdurchschnittliche Häufung von Asylsuchern zu verzeichnen.

Ein Familiennachzug, welcher gerade innerhalb der Koalitionsverhandlungen im Bund erörtert wird, würde laut vorsichtigen Schätzungen weitere 1500 Personen aus diesem Kreis für die größte Stadt der Lausitz bedeuten. Welche Auswirkungen schon der bisherige Zuzug auf die hoch verschuldete Stadt zeitigt, wurde bei einer Anhörung im Innenausschuss des brandenburgischen Landtages deutlich.

Holger Kelch (CDU), Oberbürgermeister von Cottbus, warnte dabei vor rechtsfreien Räumen in seiner Kommune und führte als Beleg beunruhigende Erfahrungen an: „In einzelnen Familien wird Sozialarbeitern der Zugang verwehrt“, auch würden weibliche Angestellte gar nicht zur Kenntnis genommen. Nach Angaben des CDU-Politikers werden Vertreter des Staates von einem Teil der Asylsucher nur noch respektiert, wenn sie in Uniform in die Familien gingen. Auch andere Aussagen in der Landtagsanhörung sprechen für massive Probleme.

> Familiennachzug würde die Lage weiter verschärfen

Demnach besuchten mit Stand zum 1. Dezember 2017 insgesamt 866 Asylsucherkinder (81 Prozent) bis sechs Jahre keine Kindertagesstätte. Hoch ist damit die Wahrscheinlichkeit, dass diese Kinder zur Einschulung nicht über ausreichende Sprachkenntnisse verfügen werden. Schon jetzt liegt an fünf Cottbusser Grundschulen der Anteil sogenannter Flüchtlingskinder bei rund 15 Prozent, in einzelnen Klassen ist ihr Anteil bereits auf bis zu 60 Prozent gestiegen.

Die vom Land verfügte Zuzugssperre wird die Probleme der Stadt in der Lausitz vermutlich nur abmildern. Die Sperre betrifft nämlich nur Asylbewerber, die direkt von der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes den verschiedenen Gemeinden zugewiesen werden, in allen anderen Fällen besteht wie bislang die Möglichkeit zur freien Wohnsitzwahl.

Die nun beschlossene Regelung hat zu sehr verschiedenen Reaktionen geführt. Ingo Senftleben, Chef der CDU-Fraktion im Landtag und auch Parteichef der Union in der Mark, warf der Landesregierung aus SPD und Linkspartei vor, sie habe zu spät reagiert: „Cottbus hat mehrfach Signale an das Land ausgesendet, dass es Unterstützung braucht“, so der Politiker. Auch der AfD-Innenpolitiker Thomas Jung warf der Landesregierung vor, dass sie nicht schon im vergangenen Sommer einen Zuzugsstopp verhängt habe. Jung hatte sogar schon im September 2016 angeregt, über eine Wohnsitzauflage nachzudenken.

Die Linkspartei sieht im nun verhängten Zuzugstopp dagegen ein falsches Signal. Bundestagsfraktionschef Dietmar Bartsch kritisierte gegenüber dem „Redaktionsnetzwerk Deutschland“ (RND), „SPD und CDU sollen nicht dem rechten Zeitgeist nachgeben, sondern Haltung zeigen“.

Mittlerweile ist die Lausitzmetropole die vierte deutsche Stadt, die den Zuzug von Asylbewerbern stoppt. In Niedersachen haben bereits die Städte Salzgitter, Wilhelmshaven und Delmenhorst das Land gebeten, einen Aufnahmestopp für Asylbewerber verhängen zu dürfen. Mittlerweile wird auch im sächsischen Freiberg über einen zeitweiligen Zuzugsstopp nachgedacht. Wie Cottbus sieht sich auch die Stadt in Mittelsachsen bei der Integration an der Grenze des Machbaren und kritisiert mangelnde Unterstützung. *Norman Hanert*

Von Cottbus bis Kandel

Von Vera Lengsfeld

In der vergangenen Woche hat Cottbus bundesweite Aufmerksamkeit bekommen. Nach mehreren Gewalttätigkeiten von „Schutzsuchenden“ gab es eine Demonstration von Cottbusser Bürgern, die eine Politik der ungebremsten Zuwanderung nicht mehr hinnehmen wollen.

Politik und Medien reagierten mit den üblichen Reflexen. Die Demonstranten seien Rechte, Rassisten, Abgehängte, unbelehrbare Ossis eben. Cottbus liegt zwar nicht im ohnehin verdächtigen Sachsen, aber tief in der mitteldeutschen Provinz.

Aber dann sprang der Funke unerwartet für die Willkommens-Ideologen in den Westen über. Im beschaulichen Örtchen Kandel war am helllichten Tag ein abscheulicher Mord begangen worden, verübt von einem „Schutzsuchenden“.

Als erschütterte Bürger der Stadt einen Trauerzug für das ermordete Mädchen unternahmen, wurden sie von einer Gruppe Jugendlicher mit bunten Schirmen, angeführt von einer Lehrerin, attackiert. Der Bürgermeister sorgte sich öffentlich mehr darum, dass Kandel nicht als „braunes Nest“ angesehen würde, als um die Sicherheit seiner Bürger. Das brachte das Fass zum Überlaufen.

Eine Gruppe Frauen beschloss, eine Demonstration zu organisieren, um endlich den Stimmen der Mütter, die um ihre Kinder fürchten, und der Mädchen, die nur noch in Gruppen auf die Straße gehen und nicht mehr alleine joggen sollen, Gehör zu verschaffen.

So, wie die Teilnehmer des Trauermarsches, wurden auch die Organisatorinnen der Demonstration „Frauen sind kein Freiwild“ als „Rechte“ diffamiert. Sie ließen sich davon nicht anfechten. Mit großer Umsicht und gegen viele Widerstände bereiteten sie ihre Kundgebung vor. Der Bürgermeister, SPD, verweigerte Strom und Toiletten. Die Hälfte des Marktplatzes, auf dem die Abschlussmanifestation stattfinden sollte, wurde der „Antifa“ für eine Gegendemonstration zur Verfügung gestellt. Den Frauen wurde die polizeiliche Auflage erteilt, ihre Lautsprecheranlage nicht stärker als 60 Dezibel einzustellen.

Die Stadtverwaltung hatte auf höchstens 100 bis 200 Demo-Teilnehmer gehofft. Es kamen viel mehr als die von der Polizei angegebenen 1000. Die höchstens 60 Gegendemonstranten störten die Reden der Frauen massiv mit Trillerpfeifen und Tröten. Der Bürgermeister stand mitten unter den Rechtsbrechern und demonstrierte, dass er nichts von der Freiheit der Andersdenkenden hält. Er konnte nicht verhindern, dass die Demonstration ein großer Erfolg wurde.

»Der rote Gott und die Deutschen«

Stalin-Ausstellung in der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen

Die Stasi-Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen zeigt bis zum 30. Juni die sehenswerte Sonderausstellung „Der Rote Gott – Stalin und die Deutschen“. Wie der Direktor der Gedenkstätte, Hubertus Knabe, bei der Eröffnung erklärte, ist der Personenkult um Stalin in der frühen DDR heute fast völlig in Vergessenheit geraten.

Die Ausstellung führt mit vielen seltenen Exponaten die von der SED betriebene Verherrlichung Stalins vor Augen. „Die Vergötterung galt einem der schlimmsten Diktatoren der neueren Geschichte“, sagte Knabe, „einem Mann, der über 44000 Todesurteile eigenhändig unterschrieben und den Tod von Millionen weiterer Menschen zu verantworten hat“. Nicht nur Funktionäre wie Walter Ulbricht oder Erich Honecker hätten Stalin als „besten Freund des deutschen Volkes“ und „größten Genius der Epoche“ bejubelt, sondern es hätten sich auch „Arbeiter und Intellektuelle, Lehrer und Journalisten, Städteplaner und Dichter an der Verehrung eines Massenmörders“ beteiligt.

Bei der Ausstellungseröffnung sprach auch Berlins Kultursenator Klaus Lederer (Die Linke), der qua Amt Vorsitzender des Stiftungsrats der Gedenkstätte ist. Knabe erklärte ihm gegenüber: „Ich weiß, dass viele Opfer der SED-Diktatur Sie und Ihre Partei sehr kritisch sehen, was nicht nur mit ihrer Geschichte als Diktatur-Partei zusammenhängt.“ „Die Linke“ habe bis heute die DDR nicht als „menschenverachtende Diktatur“ verurteilt. Knabe zitierte auch euphemistische Äußerungen Sahra Wagenknechts über das Stalin-Regime. Er dankte Lederer aber dafür, dass dieser den Gedenkstein für die Opfer des Stalinismus auf dem Sozialisten-Friedhof in Friedrichsfelde gegen linke Kritiker verteidigt habe.

Lederer sprach sich für eine „vertiefte historische Auseinandersetzung mit dem Stalinismus“ aus. 2006 hatte er als „Linke“-Vorsitzender in Berlin eine Traueranzeige für den Mielke-Stellvertreter Markus Wolf unterzeichnet, in der es hieß: „Wir trauern um unseren Freund und Genossen, einen streitbaren Kämpfer, der aufrecht durch sein Leben ging.“



Stalinbüste aus Gera

Bild: Leh

Die Historikerin Irina Scherbakowa von der russischen Menschenrechtsorganisation „Memorial“, die sich besonders auch mit den Verbrechen der Stalin-Zeit befasst, erklärte bei der Eröffnung der Ausstellung: „Ich bin überrascht, wie facettenreich sie ist.“ In Russland sei inzwischen eine so große öffentliche Ausstellung über Stalin, „wo man wirklich zwei Systeme miteinander vergleichen“ könne, nicht mehr denkbar.

Eine besondere Attraktion ist ein fast fünf Meter hohes und rund zweieinhalb Tonnen schweres Duplikat der Stalin-Bronzestatue, die bis 1961 – also noch lange nach dem Tod Stalins 1953 und Chruschtschows „Tauwetter-Rede“ von 1956 – in der Stalin-Allee (heute Karl-Marx-Allee) stand. Wie der Kurator der Ausstellung, Andreas Engwert, erklärte, hatte Ulbricht den Kauf der Statue in Russland veranlasst. 1951 wurde das Standbild – das noch auf einem hohen Sockel stand – von Ulbricht eingeweiht.

Die Statue war der Abguss einer Stalin-Figur des Bildhauers Nikolaj Tomskij, hergestellt in einer Gießerei in Leningrad. Auch in anderen Ländern des sowjetischen Machtbereichs seien Abgüsse der Tomskij-Statue aufgestellt worden, sagte Kurator Engwert. Dort seien sie zum Teil erst 1990 von den Sockeln geholt worden. Die jetzt in Berlin gezeigte Statue fand man in Ulan-Bator, sie gehört einem mongolischen Geschäftsmann, der sie als Leihgabe zur Verfügung stellt. Die Statue wurde 8000 Kilometer auf einem Lkw aus der Mongolei hertransportiert. Bewusst wurde sie nur auf den Boden am Eingang der Ausstellung gelegt und nicht aufgestellt. In der Ausstellung ist auch eine abgebrochene Hand der riesigen Stalin-Statue zu sehen, die beim Ungarn-Aufstand 1956 in Budapest niedergerissen wurde. *Michael Leh*

MELDUNGEN

Japan wird immer sicherer

Tokio – Japan gilt als eines der sichersten Länder der Erde – zu Recht, wie die neuesten Zahlen der Polizeibehörde belegen. Demnach erreichte die Zahl der ermittelten Straftaten im vergangenen Jahr ein Rekordtief von 915 111 Fällen. Das ist ein Rückgang im Vergleich zum Vorjahr um 8,1 Prozent. Bei mehr als 70 Prozent der Fälle handelte es sich um Diebstahl. Nach Einschätzung japanischer Medien hat der Rückgang an Straftaten seinen Grund darin, dass die rechtskonservative Regierung von Premierminister Shinzo Abe konsequent die Polizei aufgestockt und die Kameraüberwachung im öffentlichen Raum ausgebaut hat. *J.H.*

Memorial gerät unter Druck

Grosny – Nasran, Machatschkale und Grosny: Immer öfter werden Niederlassungen der Menschenrechtsorganisation Memorial im nördlichen Kaukasus Opfer von Überfällen und Brandanschlägen, zuletzt in Inguschetien. Unter fadenscheinigen Anschuldigungen wurde Ojub Titijew, Leiter des Büros in Grosny, festgenommen. Seit Jahren berichtet Memorial über Menschenrechtsverletzungen in Russland und anderen ehemaligen Sowjetrepubliken. So auch darüber, dass sich seit 2007, als Ramsan Kadyrow Präsident von Tschetschenien wurde, die Lage dort dramatisch verschlechtert hat. Wiederholt veröffentlichte Memorial Fälle von Verfolgungen und Folter. Zuletzt hatte die Organisation von 27 Fällen berichtet, in denen Menschen ohne Gerichtsverfahren erschossen wurden. Auch für die Bekanntmachung der brutalen Verfolgung Homosexueller in Tschetschenien ist Memorial verantwortlich. Kadyrow drohte den Aktivisten offen: „In unserer Republik wird aus Ihrer Arbeit nichts.“ *MRK*

»... werden wir nicht nein sagen«

Nach Schwedens Regierung liebäugelt nun auch Finnlands Präsident Niinistö mit einem NATO-Beitritt

Bei den 5,5 Millionen Finnen ist lediglich jeder Fünfte für einen völligen Anschluss an den Nordatlantikpakt. Und in Schweden bilden die Gegner einer NATO-Mitgliedschaft mit 49 Prozent fast die absolute Mehrheit. Aber der finnische Präsident Sauli Niinistö will sie und der größte Teil der schwedischen Regierung auch. Wer wird sich durchsetzen?



Früher äußerte er sich weniger NATO-freundlich: Finnlands am 28. Januar im Amt bestätigter Präsident Sauli Niinistö Bild: pa

Vergangenen Sonntag bestätigten die Finnen ihren Präsidenten Sauli Niinistö im Amt. Trat der 69-Jährige früher für eine konsequente Neutralität ein und schwieg sich völlig aus über die Frage eines Beitritts seines Landes zum Nordatlantikpakt, so hat er in jüngster Zeit mehr als einmal betont, jetzt „werden wir nicht nein sagen zur NATO“. Den Russen müsse man nach seinen Worten „sehr klar und direkt sagen, was man will“.

In letzter Zeit häufen sich Cyber-Attacken Russlands, dessen Spionage ähnlich intensiv ist wie im Kalten Krieg, und neben mutmaßlich russischen U-Booten ist eine zunehmende Einflussnahme Moskaus auf die finnische Öffentlichkeit festzustellen. Einige stark antikommunistische Journalisten haben das überdeutlich zu spüren bekommen. Zudem ist Finnland EU-Mitglied und als einziger nordeuropäischer Staat auch Mitglied der Euro-Gemeinschaft. An eine direkte militärische Invasion Moskaus glaubt man zwar nicht, aber andererseits ist bekannt, dass im russischen Manöver „Sapad 2017“ im letzten Herbst auch die Eroberung Finnlands und Schwedens geprobt wurde, wobei in dem Planspiel deren meiste Flugplätze mit Iskander-Raketen angegriffen wurden. Das Verteidigungsbudget Helsinkis, das derzeit bei 1,3 Prozent des Bruttoinlandprodukts liegt, wird in den nächsten Jahren um 150 Millionen Euro aufgestockt werden, und mit Stolz vernimmt man in Finnland Stimmen, dass seine Soldaten den größten Verteidigungswillen in Europa hätten.

Schweden, dessen Armee lange Zeit 52 000 Soldaten umfasste und dessen Wehretat 1,01 Prozent des Bruttoinlandproduktes ausmachte, hat bereits vergangenen Sommer die Wehrpflicht wieder eingeführt und hat auf der strategisch wichtigen Ostseeinsel Gotland 40 000 Soldaten stationiert, und es sollen noch mehr werden. Wie in Finnland hofft man auch beim schwedischen Nachbarn im Kriegsfall auf ein Eingreifen der USA.

Gewiss gibt es einen Vertrag zwischen Helsinki und Washington über gegenseitige militärische Zusammenarbeit, der einen Informationsaustausch vorsieht – nicht jedoch zu gegenseitigem Beistand im Kriegsfall verpflichtet. Ein ähnliches Abkommen wurde 2017 mit London vereinbart. Inzwischen schlossen die nordeuropäischen Staaten wie Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland und Island ein „Memorandum of Understanding“, welches den Streitkräften der Partner das Betreten der Territorien der anderen Partner erlaubt. Praktisch handelt es sich um ein Verteidigungspakt gegenüber Russland.

Die Zusammenarbeit sowohl Finnlands als auch Schwedens mit der NATO auch außerhalb einer formellen Mitgliedschaft ist überaus weit gediehen. Ihre Streitkräfte nehmen an allen NATO-Übungen teil, und nach einem internen Bericht sind sie „de facto aktiver als so manches NATO-Mitglieder“.

Moskau hat beide Länder vor einer Mitgliedschaft in der NATO gewarnt, auf direkte Drohungen jedoch zumindest bislang verzichtet. Die Russen wissen sich in ihrer Haltung eins mit einem Großteil der Bevölkerung Schwedens und vor allem Finnlands. Dass der finnische Staatspräsident nach seinem Wahlsieg ein Referendum über diese schwerwiegende Frage abhalten wird, ist daher nicht zu erwarten.

Entscheidend wird das weitere Verhalten des russischen Präsidenten Wladimir Putins sein. Sollte Schweden, dessen Regierung größtenteils – wenn auch nicht offen – für eine NATO-Mitgliedschaft eintritt, einen solchen Schritt vollziehen, würde das finnische Volk ebenfalls dafür votieren. *Friedrich-Wilhelm Schlomann*

Friedensprozess in Gefahr

Vieles hängt in Kolumbien von der nächsten Regierung ab

Der Friedensvereinbarung der kolumbianischen Regierung mit der größten Guerillabewegung des Landes, der FARC, im Jahre 2016, die unter Vermittlung des Vatikans und Kubas zustande kam, gehört zu den wenigen positiven Entwicklungen in der Weltpolitik in den letzten Jahren. Der historische Friedensschluss und die damit zusammenhängende Versöhnungsarbeit standen auch im Mittelpunkt des Papstbesuches im September, der eine wahre politische Euphorie ausgelöst hatte. Nach dem FARC-Friedensschluss verzeichnete das südamerikanische Land die niedrigsten Opferzahlen seit Jahrzehnten.

Nach Ablauf der im Oktober vereinbarten Waffenruhe mit der zweitgrößten Guerillagruppe ELN am 9. Januar sollten eigentlich in Ecuadors Hauptstadt Quito die im Februar 2017 begonnenen Gespräche in die fünfte Runde gehen. Diese Verhandlungen wurden jedoch nach einem Angriff von ELN-Rebellen auf Militärs sowie auf eine wichtige Ölpipeline von der Regierung ausgesetzt.

Im März gibt es in Kolumbien Parlaments- und im Mai Präsidentschaftswahlen. Die Parteien sind zwischen klaren Gegnern und Befürwortern des Friedensabkommens mit der FARC gespalten. Das Gelingen oder Scheitern des Friedensprozesses wird wesentlich von der Zusammensetzung der nächsten Regierung abhängen, denn die jetzige hat bei der Umsetzung des Abkommens wertvolle Zeit verloren und wird in den wenigen Monaten, die ihr noch verbleiben, nicht mehr viel erreichen können.

Für die Bevölkerung in den großen Städten Kolumbiens hat die Frage des Gelingens oder Scheiterns des Friedensprozesses keine Priorität. Für die Landbevölkerung, die mittlerweile zur Minderheit geworden ist, wäre ein Scheitern des Friedensprozesses jedoch fatal. Denn die rund 7000 demobilisierten Guerillakämpfer sind hochqualifizierte Profis im Umgang mit Waffen und der Ausübung von Gewalt. Wenn der Staat bei der Umsetzung der Projekte zu ihrer Wiedereingliederung in die Zivilgesellschaft nicht Wort hält, dann ist die Gefahr äußerst groß, dass viele von ihnen neue kriminelle Banden bilden oder lukrative Angebote der Drogenmafia und Paramilitärs annehmen und wieder dort agieren, wo sie die besten Ortskenntnisse besitzen.

Aussetzung der Friedensgespräche mit dem ELN

Die Aussetzung der Friedensgespräche der Regierung mit dem ELN dämpft eher die Hoffnung auf eine baldige friedliche Zukunft. Das ELN rekrutiert fleißig junge Leute, auch Minderjährige, in den afro- und indigenen Gemeinden und rückt systematisch in die Gebiete ein, welche die FARC geräumt hat. Und statt dass das kolumbianische Militär unter rechtsstaatlichen Normen die Kontrolle über diese Gebiete ausübt, überlässt es den territorialen Disput mit dem ELN den Paramilitärs, deren Existenz von der Regierung nach wie vor strikt geleugnet wird. Die Guerillabewegung ELN, die einst von linkskatholischen Christen um den Studentenpfarrer Camillo Torres gegründet worden war, hat zwar nur noch 1500 bis 2000 Kämpfer unter Waffen, aber eine Aufkündigung der Friedensverhandlungen birgt große Gefahren für das Land, das nach Jahrzehnten des Drogen- und Guerillakampfes endlich zur Ruhe kommen und wirtschaftlich wieder erstarken will. Deshalb ist nach der Aussetzung der Friedensgespräche mit dem ELN sogar der UN-Generalsekretär António Guterres nach Kolumbien gereist. *Bodo Bost*

Feldzug gegen eine Sprache

Nach der Ukraine will nun auch Lettland Russisch verdrängen

Seit dem Beginn der Ukrainekrise greift die Angst vor einem Überfall Russlands auf seine Nachbarn um sich. Vor allem die baltischen Staaten und Polen drängen ihre NATO-Partner, Mittel und Ausrüstung bereitzustellen, damit sie auf einen militärischen Konflikt vorbereitet sind.

Wie in der Ukraine, soll auch in Lettland die russische Sprache aus dem öffentlichen Leben verdrängt werden. Vor Kurzem hat die Mitte-Rechts-Regierung in Riga eine Gesetzesinitiative des Bildungsministeriums befürwortet, die vorsieht, ab 2019 die lettische Sprache schrittweise bis 2021 zur vorherrschenden Unterrichtssprache an Schulen zu erheben. Das würde dann auch die Bildungseinrichtungen der russischen Minderheit betreffen, in denen bisher 40 Prozent der Fächer auf Russisch unterrichtet werden. Das birgt Konfliktpotenzial, denn der Bevölkerungsanteil der ethnischen Russen in Lettland beträgt knapp ein Drittel. Bereits im November sollen in Riga, wo Russisch die meistgesprochene Sprache ist, 16 000 Demonstranten gegen die Pläne protestiert haben.

Die Verdrängungsversuche gehen allerdings noch weiter. Die Lettische Sozialdemokratische Arbeiterpartei hat eine Petition eingereicht, in der die Verabschiedung eines Gesetzes gefordert wird, demzufolge sich russische Fernsehsender als „ausländische Agenten“ registrieren lassen müssen analog der derzeitigen russischen Praxis. Zur Begründung sagte Vorstandsmitglied Raimonds Lejnieks-Puke: „Unseres Erachtens sind die russischen Fernsehsender direkt mit dem Kreml verbunden und wollen die Einheit der EU und der NATO zerstören.“ Hintergrund für diesen Vorstoß dürfte sein, dass Russlands Präsident Wladimir Putin im lettischen Fernsehen als der beliebteste Politiker mit den höchsten Einschaltquoten gilt. In einigen Städten wie Daugavpils und Rezekne wird Russisch von der Mehrheit der Einwohner gesprochen.

Konfliktpotenzial: Knapp ein Drittel Russen in Lettland

Das lettische Wirtschaftsministerium wurde angehalten, auf die Preispolitik der Firma „Lattelekom“, dem größten Telekom-Unternehmen Lettlands, Einfluss zu nehmen, weil diese sieben russische Sender in ihrem kostenlosen Paket anbietet. Lejnieks-Puke fordert, dass diese künftig einem teureren Paket angehören sollten.

Dass der Versuch, die Sprache einer großen Minderheit zu verdrängen, neben Protestkundgebungen auch zu Gewaltausschreitungen führen kann, zeigt ein Blick zum Nachbarn Estland, in dem ebenfalls eine große russische Minderheit lebt. Dort war es 2007 zu blutigen Ausschreitungen gekommen, weil das Kriegsdenkmal des „Bronze-Soldaten“ aus der Sowjetära entfernt werden sollte. Dutzende wurden verletzt, ein Mensch kam ums Leben, die diplomatischen Beziehungen zwischen Estland und Russland drohten zu bersten.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen dem Westen und Russland liegen derzeit ohnehin auf Eis. Polen ging im Oktober vergangenen Jahres einen Schritt weiter und verabschiedete ein Gesetz, das den Abriss sämtlicher sowjetischer Denkmäler im Land erlaubt. Russland dürfte dies mit Argwohn beobachten: Im Zweiten Weltkrieg sollen über 600 000 Soldaten der Roten Armee dort gefallen sein.

Der lettische Politiker Janis Urbanovics vom „Zentrum der Verständigung“ sieht das Vorgehen seiner Regierung im Einklang mit der westlichen Politik gegenüber Russland. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Vorm Absturz bewahrt

Sorgenkind A380 – Ein Großauftrag rettet den Ladenhüter von Airbus vor dem Produktionsstopp

Das Flaggschiff von Airbus, der A380, war zuletzt ein Ladenhüter, den keiner wollte. Jetzt haben die Araber aus Dubai mit einem Großauftrag das größte Passagierflugzeug der Welt vorübergehend vor dem endgültigen Ende der Produktion gerettet.

Wer im vergangenen Jahr die Airbus-Fertigungsstätte in Toulouse besucht hat, konnte es gar nicht glauben, dass der Riesenflieger Airbus A380 am Tropf hängt. Gleich neben dem Airbus-Museum am Flughafen Blagnac standen in einer riesigen Produktionshalle nebeneinander drei noch unfertige A380, an denen eifrig geschraubt und montiert wurde. Außerhalb der Halle warteten fünf weitere dieser noch unlackierten Flieger auf ihren Flug nach Hamburg-Finkenwerder, wo die Endfertigung mit dem Kabinenausbau vorgenommen wird.

Doch der Schein trügt. Diese doppelstöckigen Maschinen wären fast die letzten ihrer Art gewesen. Sie gehörten zu den letzten knapp 100 Stück, die noch vor 2016 bestellt wurden. Seitdem gingen keine neuen Aufträge für diesen Typ mehr ein.

Im vergangenen Herbst war ein Auftrag über 36 Maschinen fast schon in trockenen Tüchern, als bei der Dubai Air Show die arabische Fluglinie Emirates kurz vor einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Airbus den Auftrag platzen ließ. Airbus konnte damals nicht die verlangte Garantie dafür geben, dass der A380 langfristig weitergebaut wird.

Obwohl es keinen Grund gibt, optimistisch in die Zukunft zu schauen, hat sich Airbus inzwischen entschlossen, doch diese Garantie zu liefern. Denn im Januar gab Emirates bekannt, 20 Maschinen inklusive einer Option auf weitere 16 Stück zu bestellen. Dieser Auftrag in Höhe von laut Listenpreis 13 Milliarden Euro – Rabattnachlässe, die in dieser Bestellmenge üblich sind, nicht mit eingerechnet – rettet den Riesenflieger fürs Erste.

Ohne diese Bestellung wäre es 2019 zum Produktionsende gekommen. Kurz vor dem Jawort von Emirates sagte der scheidende Chefeinkäufer John Leahy: „Ganz ehrlich: Wenn wir keinen Deal mit Emirates aushandeln können, gibt es, glaube ich, keine andere Wahl, als das Programm zu beenden."

Luftfahrtexperten war früh klar, dass es sich beim A380 in erster Linie um ein mit Milliarden von Steuergeldern finanziertes Prestigeobjekt für Airbus gehandelt hat. Es ging eher darum, Konkurrent Boeing mit einem Rekordflieger auszustechen, als die Luftfahrtprobleme der Zukunft zu lösen. Es schien zunächst einleuchtend, das jährlich weltweit steigende Passagieraufkommen mit einem Massentransporter zu bewältigen, in dem bis zu 853 Fluggäste Platz finden. Doch man ignorierte dabei, dass dafür auch die Flughäfen aufrüsten mussten. Für den Riesenvogel sind größere Abfertigungshallen, längere Landebahnen und neuartige Fluggastbrücken mit zwei Ebenen notwendig.

Diese Infrastruktur bieten nur Drehkreuze wie Frankfurt am Main, für die der A380 als Zubringer von anderen Großflughäfen konzipiert war. Inzwischen geht der Trend allerdings auch bei Langflügen zu direkten täglichen Verbindungen von großen zu mittleren Städten. Dafür reichen kleinere und damit auch sparsamere Jets völlig aus. Der A380 steht damit nicht nur in Konkurrenz mit dem Dreamliner von Boeing, sondern auch mit der A320-Familie aus dem eigenen Haus, die Airbus gegenwärtig Milliardengewinne beschert. Ende 2017 hatte man einen Auftragsrekord von 7265 Airbusflugzeugen zu Buche stehen und lag damit noch vor Boeing.

Und noch ein weiteres Problem kommt für den A380 hinzu: Er gilt mit seinen vier Triebwerken als veraltet. Technologisch ist er auf dem Stand von vor 20 Jahren, als er entwickelt wurde. Doch seitdem gab es einen technischen Quantensprung: Anstelle von Aluminium werden viele Flugzeugteile mit leichteren Kohlefaserverbundwerkstoffen ausgerüstet. Außerdem fliegen moderne Langstreckenjets mit nur noch zwei statt vier Triebwerken, die zudem auch weniger Treibstoff verbrauchen und daher wesentlich kostengünstiger fliegen als solche noch relativ jungen Dinos wie der A380.



Das Emirates-Logo schon aufgemalt: Drei A380-Flugzeuge in der Montagehalle in Toulouse Bild: tws

Der neue Großauftrag von Emirates täuscht also nur darüber hinweg, dass es sich beim A380 in Wahrheit um ein Auslaufmodell handelt. Sollte die Produktion eingestellt werden, kann man sich damit trösten, dass er zu keinem totalen finanziellen Fiasko wurde. Immerhin konnte das Management verkünden, ab dem Jahr 2015 die Gewinnschwelle erreicht zu haben. Damals waren nur etwa 300 Flugzeuge bestellt. Rechnet man die hohen Entwicklungskosten hinzu sowie die Strafzahlungen für die Produktionsprobleme in der Anfangsphase, die dazu führten, dass vor zehn Jahren der erste Jet erst nach 18-monatiger Verzögerung an Singapore Airlines ausgeliefert werden konnte, dann verdient man tatsächlich ab dem 420. verkauften Flieger erst richtig Geld.

Nach dem jüngsten Auftrag von Emirates, das für sein internationales Drehkreuz Dubai bereits jetzt schon fast die Hälfte aller bislang 222 ausgelieferten A380 Flieger besitzt, liegt die Zahl der Bestellungen aktuell bei 337 Stück. Für ein 445 Millionen Dollar teures Flugzeug ist das noch eine zu geringe Stückzahl und somit für das Unternehmen noch immer nicht rentabel.

Um die Produktion hinauszudehnen, drosselt Airbus die Auslieferungszahlen pro Jahr. Hat man 2015 noch 27 Maschinen ausgeliefert, will man ab 2019 nur noch acht A380 bauen. Bis dahin hofft man auf China. Im Riesenreich sieht man Potenzial für den Riesenflieger, der die Millionenstädte des Landes miteinander verbinden soll. Noch aber sind die chinesischen Fluglinien mit ihrer Entscheidung zögerlich. Zwar lockt Airbus damit, wie schon im Falle des Langstreckenjets A330, einen Teil der Produktion nach China zu verlegen, womit dort Arbeitsplätze entstünden, doch davon haben die Flugunternehmen nichts.

Andere Verkaufsanreize müssen also dringend her, sonst geht es dem A380 bald so wie der Concorde: Dort, wo in Toulouse noch am A380 gebaut wird, haben zwei Exemplare dieses früheren europäischen Prestigeobjekts im nahen Airbus-Museum einen Dauerparkplatz. Solange der A380 noch abhebt, ist er nicht museumsreif. Aber er könnte es rasch werden, wenn er nicht mehr gebaut wird. *Harald Tews*

MELDUNGEN

Naturkosmetik aus Sibirien

Moskau/Berlin – Die Sanktionen des Westens haben in Russland einen regelrechten Gründerboom ausgelöst. Zu den Neugründungen zählen auch Kosmetikfirmen, die auf Naturprodukte wie Kräuter und Inhaltsstoffe aus Sibirien setzen. „Natura Siberica" heißt eine Naturkosmetik-Serie, die nun auch auf den deutschen Markt drängt. Firmengründer Andrej Trubnikow rechnet mit einem Jahresumsatz in Höhe von 170 Millionen Euro allein auf dem heimischen Markt. Hunderte sibirische Bauern gehören zu seinen Zulieferern. Weil auch die Deutschen auf natürliche Inhaltsstoffe stünden, soll in diesem Jahr in Berlin der erste „Natura Siberica"-Laden eröffnen. *MRK*

Gas: Polen will Sanktionen

Warschau – Polen drängt die USA, Sanktionen gegen die geplante zweite Gas-Pipeline von Russland nach Deutschland zu verhängen. Dies melden die „Deutschen Wirtschaftsnachrichten". US-Außenminister Rex Tillerson hatte zuvor die Pipeline „Nord Stream 2", die Russland und Deutschland direkt über die Ostsee verbindet, als Bedrohung für die Energiesicherheit Europas bezeichnet. Polen verdient an der Durchleitung von russischem Gas durch sein Gebiet. *H.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.972.704.587.435 €
Vorwoche: 1.972.752.944.816 €

Verschuldung pro Kopf:
23.825 €
Vorwoche: 23.826 €

(Dienstag, 30. Januar 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Vom Gipfel weit entfernt

Berlins Immobilienpreise werden weiter steigen

Die Deutsche Bank Research prognostiziert in einer Studie zum „Deutschen Häuser- und Wohnungsmarkt 2018", dass in Berlin die Steigerungen bei den Mieten und Wohnungspreisen noch lange Zeit anhalten werden. Als Hauptgründe hinter dieser Entwicklung sehen die Immobilienexperten der Bank eine hohe Zahl fehlender Wohnungen und oftmals auch einen Mangel an Bauland. Weitere Faktoren für eine gesteigerte Nachfrage sind laut der DB Research der Zuzug nach Berlin und eine nachlassende Arbeitslosigkeit.

Die Forscher gehen von einem Zuwachs Berlins um mehr als 250 000 Einwohner bis zum Jahr 2030 aus. Aus Sicht der bankeigenen Forschungseinrichtung dürfte die Wirtschaftsdynamik der deutschen Hauptstadt auch künftig hoch bleiben. Zudem gehen die Forscher davon aus, dass eine kontinuierlich zunehmende Wohnnachfrage noch über Jahre auf ein unelastisches Wohnangebot treffen wird. Angeführt wird der aktuelle Befund, dass es in keiner der acht größten deutschen Städte ein so großes Ungleichgewicht zwischen genehmigten und verwirklichten Bauvorhaben gibt wie in Berlin. In der Studie findet sich auch die These, viele Faktoren würden sogar für einen Berliner Superzyklus auf dem Immobilienmarkt sprechen, der weit über das Jahr 2020 andauern könnte. Am Ende dieser Entwicklung könnte Berlin, so die Prognose, sogar zu einer der teuersten deutschen Metropolen werden.



In der wachsenden Hauptstadt fehlen Wohnungen: Neubau in der Wichertstraße Bild: Imago

Trotz der Preissteigerungen der letzten Jahren sind die Berliner Häuserpreise im Vergleich zu anderen deutschen Metropolen immer noch relativ niedrig. Wie groß der Abstand ist, verdeutlicht ein Vergleich mit München: „So gilt weiterhin, dass man für ein Münchner Einfamilienhaus drei Berliner Häuser kaufen kann und für Münchner Bestandsobjekte (Reihenhäuser und Wohnungen) rund das Doppelte ausgeben muss wie für Berliner Wohnungen." Die DB Research hatte für die Studie die Preise und Mieten in den Städten Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, München und Stuttgart untersucht. Die Experten der Deutschen Bank weisen in der Untersuchung zwar auf ein steigendes Risiko einer „ausgewachsenen Preisblase im deutschen Häusermarkt" hin. Allerdings heißt es auch: „Bis der Preisgipfel erreicht wird, dürften zumindest in den meisten deutschen Metropolen noch einige Jahre vergehen." *Norman Hanert*

Neue Immobiliensteuer?

Experten fordern die Ersetzung der Grund- durch eine Bodensteuer

Das Bundesverfassungsgericht prüft derzeit, ob die Grundsteuer gegen das Grundgesetz verstößt. Die Abgabe wird in der Bundesrepublik auf das Eigentum an Grundstücken und deren Bebauung erhoben. Man spricht deshalb auch von einer Substanzsteuer. Die Grundsteuer ist eine der wichtigsten Einnahmequellen der Kommunen. Auf sie entfallen derzeit rund 20 Prozent aller Gemeindesteuern. Für Grundstücke der Land- und Forstwirtschaft gilt die sogenannte Grundsteuer A. Deutlich wichtiger ist die Grundsteuer B auf normale Baugrundstücke. Berechnungsgrundlage für diese Einnahme ist der sogenannte Einheitswert des Objekts. Allerdings basiert der für die rund 35 Millionen Grundstücke in den westlichen Bundesländern auf den Werteverhältnissen von 1964 und in den östlichen sogar auf denen des Jahres 1935.

Nun haben sich die Zeiten geändert, findet auch das Bundesverfassungsgericht. In einer ersten Anhörung ließ es durchblicken, dass es die bestehende Regel für nicht mehr grundgesetzkonform erklären wird. Die Karlsruher Richter bemängelten, dass die Einheitswerte nicht angepasst worden sind. „Zwischen 1964 und heute, da liegen Welten dazwischen", sagte Verfassungsrichter Andreas Paulus in der mündlichen Verhandlung. Das Bundesverfassungsgericht wollte laut Vizepräsident Ferdinand Kirchhof prüfen, ob die Grundsteuer die Bürger ungleich belastet, ob es dafür eine Rechtfertigung gibt und wie wieder gerechte Zustände hergestellt werden könnten. Sollte ein Verstoß gegen das Grundgesetz bestehen, müsse das Gericht entscheiden, wie mit der Zeit bis zu einer Neuregelung und bereits erlassenen Steuerbescheiden umgegangen werden solle, sagte Kirchhof der ARD.

> Karlsruhe prüft, ob die Grundsteuer verfassungsgemäß ist

Doch wie könnte eine Neuerung aussehen? Bereits vor Jahren hat der Bundesfinanzhof eine Neuregelung angemahnt, weil die heutigen Vorschriften für offensichtliche Ungerechtigkeiten sorgen und somit gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz im Grundgesetz verstoßen dürften. Geschehen ist seitdem aber nichts. Naheliegend wäre, Immobilien nach ihrem tatsächlichen Marktwert zu beurteilen. Je nach Region könnte dies jedoch zu massiven Steuererhöhungen führen. Allein in den vergangenen zwei Jahren sind die Immobilienpreise in Deutschland um ein Viertel gestiegen. Das liegt zu einem großen Teil am Anstieg der Bodenpreise – was Spekulanten anlockt und es den Kommunen erschwert, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Steuerexperten und auch Verbraucherschützer plädieren seit Längerem für die Einführung einer sogenannten Bodensteuer. Im Gegensatz zur bisherigen Regelung bezöge sich der nur auf den Grundstückswert, was wettbewerbsgerechter wäre und Spekulanten abschrecken würde. Damit stelle sie bauliche Investitionen steuerfrei, wirbt das Bündnis „Grundsteuer: Zeitgemäß!", dem auch der Mieterbund und der Naturschutzbund Deutschland (Nabu) angehören. Mehr zahlen müssten Villenbesitzer und Spekulanten mit unbebauten Grundstücken in guten Lagen. „Das unterstützt die nötige und gewünschte Innenentwicklung der Städte und Gemeinden", sagt Ulrich Kriese vom Nabu, „Für eine zeitgemäße Reform der Grundsteuer ist die Einbeziehung der Gebäude ein regelrechter Störfaktor." *P. Entinger*

Ein Crash ist nötig

Von Eberhard Hamer

Trotz oder gerade wegen des Booms nehmen gefährliche Spannungen in unserer Wirtschaft zu: Die Baubranche kann die Nachfrage nach neuem Wohnraum nicht mehr befriedigen. Trotz Steigerung des Bauvolumens von jährlich drei bis acht Prozent steigt der Wohnungsmangel teilweise dramatisch an. Die Sozialpolitiker nennen dies Marktversagen und fordern massive staatliche Förderprogramme. Die Ursache ist aber nicht Marktversagen, sondern Staatsversagen. Die von Merkel und den Sozialpolitikern durch Öffnung der Grenzen herbeigeführte Völkerwanderung in das für alle Zuwanderer offene, großzügigste Sozialsystem der Welt. Was nützen 350 000 Neubauwohnungen, wenn jährlich mehr als 700 000 Zuwanderer Anspruch auf Wohnraum haben?

Ein weiteres Spannungsfeld: Die EU und alle Weltorganisationen fordern von Deutschland „mehr Solidarität", also mehr Umverteilungszahlungen, weil Deutschland nicht nur wachsende Exportüberschüsse, sondern auch sprudelnde öffentliche Einnahmen habe. So soll Deutschland Milliardenzusatzleistungen für einen „Marshall-Plan für Afrika" bringen, soll die Pleiteländer Griechenland, Italien, Spanien höher subventionieren, soll die drohende Zahlungsunfähigkeit von Frankreich durch Abgabe der Finanzsouveränität nach Europa (Finanzunion) abwenden und den ausgeweiteten Hilfsfonds des ESM finanzieren. Es findet eine systematische Umverteilung von Einkommen und Wohlstand statt: von den Erwerbstätigen auf die Nichterwerbstätigen, von den Fleißigen auf die Faulen, von den Einheimischen auf die Zuwanderer, von den Ehrlichen auf die Kriminellen und von deutschen Leistungserträgen in europäische Pleiteländer, an internationale Spekulationsbanken und politische Korruptionssysteme.

Dies alles ohne Rücksicht darauf, dass wir zwar einen Boom, aber kein echtes Wachstum, sondern nur eine Scheinblüte eine Blase durch künstliche Geldmengenvermehrung haben. die schon bald zu platzen droht. Gleichzeitig werden unsere Erwerbseinkommen, erwirtschaftet durch fleißige Leistungen des Mittelstandes und der Arbeiterschaft, immer höher belastet, weil die Politik selbst unsinnige Steuern (Sektsteuer, Solidaritätszuschlag, Rundfunkabgabe) nicht abschafft.

Europatrunkene Luxuspolitiker

Diese Beispiele ließen sich fortsetzen. Sie dokumentieren: Die großen Schwierigkeiten unserer Bevölkerung wie Wohnungsnot, Kriminalität, oder hohe Abgabenbelastung sind nicht natürlich, nicht marktbedingt, sondern durch staatliche Fehlleistungen und Manipulationen verursacht. Die sich herauskristallisierenden Pläne einer neuen Groko zeigen aber, dass sich die entscheidenden Fehlsteuerungen mit einer Politik des „weiter so" nicht ändern werden.

Wir brauchen einen Crash, der die Finanzblase platzen lässt, den Scheinwohlstand wieder auf den echten Wohlstand herunter holt und damit die Erfüllung der überzogenen Ansprüche fremder Länder, fremder Organisationen und fremder Zuwanderer unmöglich macht sowie unsere welt- und europatrunkenen Luxuspolitiker gegen volksbezogenere Wählervertreter austauscht.

Nicht die AfD hat getrickst

Von Hermann Paul Winter

Die AfD-Fraktion beantragte am 18. Januar im Bundestag die Beschlussfähigkeit des Parlaments zu prüfen. Diese liegt vor, wenn mindestens die Hälfte der Abgeordneten anwesend ist. Und siehe da: Bei der Auszählung stellte sich heraus, dass nicht genügend Abgeordnete vor Ort waren und das Parlament somit nicht beschlussfähig war. Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Linke) musste die Sitzung abbrechen.

Prompt erhoben sich aus dem Kreis der etablierten Parteien und deren medialer Gefolgschaft heftige Vorwürfe gegen die AfD, sie würde sich statt Sacharbeit zu leisten auf Geschäftsordnungstricks verlegen, dies sei ein absurdes Theater.

Wie bitte? Man staunt nicht schlecht: Wer auf das Einhalten von Regularien pocht wird beschimpft und diffamiert.

Unter Paragraf 45 der Geschäftsordnung des Bundestages wird darauf verwiesen, dass eine Fraktion oder fünf Prozent der anwesenden Abgeordneten die Zählung der Mandatsträger beantragen können. Geschieht dies nicht, kommt die sogenannte Vermutungsklausel zum Tragen. Diese umstrittene Regel wurde in den vergangenen Jahren allerdings häufig mehr als strapaziert, indem mit ihrer Hilfe die Beschlussfähigkeit auch in mehr als zweifelhaften Fällen protokolliert wurde. Anlässlich der insgesamt 1649 Bundestagssitzungen seit 1990 wurden gerade einmal elf Nachzählungen beantragt – freilich ohne erzürnten Aufschrei der Presse. Diese verschwindend geringe Anzahl widerspricht eklatant Fernsehbildern von Abstimmungen, die immer wieder einen fast leeren Saal zeigen.

»Haltet den Dieb« schreien die etablierten Parteien

Das unbekümmerte Umgehen mit der Beschlussfähigkeit scheint im Bundestag wohl alter Brauch zu sein. Welch absurdes Verständnis von repräsentativer Demokratie! Jüngstes prominentes Beispiel, bei dem die Beschlussfähigkeit aufgrund der Vermutungsklausel protokolliert wurde, war die Abstimmung zum Netzdurchsetzungsgesetz im Sommer 2017. Hier waren nicht einmal zehn Prozent der Abgeordneten im Plenum anwesend. Das weithin kritisierte Gesetz, dessen Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz noch dazu mehr als fraglich ist, wurde dennoch von Bundestagspräsident Norbert Lammert durchgewunken.

Vermutungsklausel hin oder her: Dass das Bundestagspräsidium trotz augenscheinlicher Unterbesetzung Beschlussfähigkeit protokolliert, kann kaum im Geiste einer demokratischen Entscheidungsfindung sein.

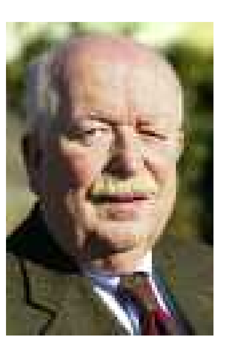
Dass nun mit der AfD eine Partei im Bundestag sitzt, die solchen Fußtritten gegen jegliches demokratische Selbstverständnis ein Ende bereitet, ist ein Glücksfall. Nicht die AfD hat getrickst, nein, dies waren die Saubermänner der Parteien, die sich scheinheilig mit dem Prädikat „Volkspartei" schmücken.



Die Nachzählung durch den sogenannten Hammelsprung brachte das Malheur an den Tag: Der Deutsche Bundestag war in seiner Plenarsitzung vom 18. Januar nicht beschlussfähig

Bild: pa

Gegenwind



Wie Bundesorgane Recht brechen

Von Florian Stumfall

Die Bundesrepublik Deutschland, so heißt es, sei neben ihren demokratischen und sozialen Qualitäten auch ein Rechtsstaat. Allerdings scheint diese Kennzeichnung nicht für alle am Staate Beteiligten gleichermaßen zu gelten. Was die Bürger betrifft, so erfahren sie die Geltung des Rechts unverzüglich und in aller Deutlichkeit, wenn sie gegen eine Regel verstoßen. Das beginnt beim falsch Parken und geht bis hin zu den schwersten Straftaten. Die politische Klasse indes kann ganz offenbar Abstand zum Recht bewahren, und dies zeitigt für sie keine Konsequenzen.

Als erstes Beispiel hierfür bietet sich Angela Merkel an, die Bundeskanzlerin. Nirgends wird das deutlicher als an den Folgen einer politischen Entscheidung, die einen eindeutigen Rechtsbruch darstellt. Es geht um die Immigrationspolitik und deutsches wie EU-Recht. Merkel öffnete die Grenzen Deutschlands im Jahr 2015 für Hunderttausende von Zuwanderern und setzte sich dabei in einem höchsteigenen, einsamen Entschluss über die bestehende Gesetzeslage hinweg. Im Paragraf 14 des Aufenthaltsgesetzes wird unter anderem, festgelegt, dass die Einreise eines Ausländers unerlaubt ist, wenn er keine gültigen Papiere oder aber keinen Aufenthaltstitel besitzt.

Merkel benötigte nicht einmal einen Federstrich, um dieses Gesetz auszuhebeln. Das Oberlandesgericht Koblenz befand in einem Urteil (AZ 13UF 32/17 vom 14. Februar 2017): „Die rechtsstaatliche Ordnung in der Bundesrepublik ist in diesem Bereich jedoch seit rund einem Jahren außer Kraft gesetzt und die illegale Einreise ins Bundesgebiet wird momentan de facto nicht mehr strafrechtlich verfolgt"

Mit einer Handbewegung, sozusagen. Diese Art legte Merkel noch öfter an den Tag, so beim Thema „Ehe für alle". Hier war es der besondere Schutz der Familie im Grundgesetzartikel 6, der mittels eines Halbsatzes seinen ursprünglichen Sinn verloren hat. Artikel 6 ist obsolet, und kein dazu berufenes Gremium hat mit Zwei-Drittel-Mehrheit den Artikel überflüssig gemacht, sondern ein kurzes Wort der Kanzlerin. Unerheblich, ob man nun die „Ehe für alle" gutheißt oder nicht, steht fest: Wenn sie denn hatte eingeführt werden sollen, dann auf dem Weg des Rechts und nicht in Willkür und Beliebigkeit.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind" gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht" hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Nicht anders das Vorgehen Merkels bei der Energiepolitik. Als im fernen Japan das Kernkraftwerk Fukushima zu Bruch ging, stellte sich Merkel im Bundestag hin und verkündete die Abschaffung der Kernenergie in Deutschland. Damit erklärte sie alle einschlägigen Gesetze, die das Parlament je beschlossen hatte, für nichtig und wischte gleichzeitig alle Verträge zwischen der öffentlichen Hand, den Betreibern der Kernkraftwerke und weiteren Beteiligten vom Tisch, selbstherrlich und ohne jede Autorisierung. Man muss der Kanzlerin einen Ratgeber wünschen, der sie darauf aufmerksam macht, dass es im deutschen Parlamentarismus der Bundestag ist, der Gesetze macht oder tilgt, und nicht der Bundeskanzler.

Mit dem neuen Jahr traten umgehend die Folgen des „Netzwerkdurchsetzungsgesetzes" aus dem Haus des unseligen Justizministers Heiko Maas von der SPD zutage. Das Gesetz schreibt den Betreibern bei Meidung abwegig hoher Strafen vor, umgehend, nämlich in Tagesfrist, alles aus dem Netz zu löschen, was missliebigen Inhalts ist. Die Beurteilung aber obliegt den Betreibern, denen somit eine richterliche Funktion zufällt. Allein daran ist schon zu ersehen: Dieses Gesetz ist ein Wechselbalg, der ausgemerzt werden müsste, auch wenn es um eine weniger empfindliche Sache ginge. Aber hier ist der Artikel 5 berührt, der die freie Meinungsäußerung garantiert, und diese, eines der wesentlichen Grundrechte, ist nun dem Urteil von privaten juristischen Laien anheimgegeben. Herr Maas hätte dieses Ungetüm an Gesetz nie hervorbringen können ohne das Einverständnis der Kanzlerin – auch Merkel muss es sich ankreiden lassen.

Nicht anders liegen die Dinge der stets kampfbereiten Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Auch sie hat bei allen militärischen Abenteuern der Bundeswehr die Kanzlerin im Rücken, wenn deutsche Soldaten einen Auslandseinsatz nach dem anderen durchführen, einmal mit UN-Mandat, einmal ohne. So beteiligt sich Deutschland auch an dem US-Drohnenkrieg gegen ein halbes Dutzend Länder im Nahen und Mittleren Osten dadurch, dass sie die technische Durchführung in der US-Drohnenleitstelle Ramstein duldet – ein Verstoß gegen das Völkerrecht wie gegen den Artikel 26 des Grundgesetzes, der Angriffskriege verbietet.

In der Tat, es wird vielfach geschunden, dieses Grundgesetz. Da gibt es beispielsweise auch einen Artikel 3, der sagt: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich." Wirklich? Es gibt in Deutschland längst eine wachsende Personengruppe, die Mohammedaner, die Separatrechte genießen. Wenn etwa ein katholischer Arbeitnehmer ohne genehmigten Antrag einen Urlaub antritt, um zum Papst nach Rom zu pilgern, kann er fristlos entlassen werden; ein Sohn des Propheten aber, der eigenmächtig nach Mekka reist, kann nicht belangt werden. Wenn dann der Fall eintritt, dass dieser Mann in Deutschland stirbt, beziehen alle seine Frauen Witwenrente, auch wenn sie weitab im Hindukusch leben und nie in Deutschland waren. Vielweiberei von Muslimen wird in Deutschland nicht nur hingenommen, sondern finanziert. Ein deutscher Bigamist ist ein Fall für den Strafrichter. Gleichheit vor dem Gesetz? Da walten Zweifel.

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier". In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Mehr und mehr wird vom Gesetzgeber auch gegen eine weitere grundlegende Rechtsnorm verstoßen, die seit römischer Zeit Bestand hatte bis in unsere Tage, nämlich das Prinzip, wonach es keine Strafe geben darf ohne einschlägiges Gesetz (nulla poena sine lege). Das beinhaltet auch, dass Gesetze nicht rückwirkend erlassen werden dürfen, aber gerade das geschieht immer häufiger. Ein Fall, der das Körperschaftssteuergesetz betraf, wurde vor dem Bundesverfassungsgericht verhandelt, und am 17. Dezember 2013 erging der Spruch, der den Gesetzgeber ermahnte, sich das Verbot der Rückwirkung zu Herzen zu nehmen. Leider hat dieses Urteil nicht viel geholfen. Wenn die Missachtung des Rechts bei der Exekutive, begonnen im Kanzleramt, nicht mehr die Ausnahme ist, dann verkommt der Sinn dafür allmählich auch im Parlament.

Gerade hier, wo man es weniger vermuten wollte als bei der Exekutive, ist längst schon vor Merkels Zeiten ein verfassungswidriger Zustand zum selbstverständlichen Alltag geworden, nämlich der Fraktionszwang. Diesen verbietet der Artikel 38 Grundgesetz, aber mit so wenig Erfolg, dass es üblich geworden ist, bei gegebenen Gelegenheiten den Zwang aufzuheben, ganz offiziell. Das heißt, man pausiert mit einem verfassungswidrigen Zustand, um ihn dann wieder in Kraft zu setzen.

Das wohl bekannteste Wort des Kirchenvaters Augustinus von Hippo lautet: „Nimm das Recht weg – was ist dann ein Staat noch anderes als eine große Räuberbande?" Heute weckt diese Frage ein ungutes Gefühl, an dem die Kanzlerin maßgebliche Schuld trägt. Sicher – es ist möglich, dass ihr unbekümmerter Umgang mit dem Recht einen Ausfluss ihrer Biografie darstellt. Aber unklar bleibt, ob diese Erklärung eine Entschuldigung ist oder ein Vorwurf. Das Problem „Recht" und „Rechtsbruch" ist auch kein rein Merkelsches Phänomen, sondern es berührt den ganzen Staat und die Frage, wie lange er unter solch gegebenen Umständen bleiben kann, als was er einst gegründet wurde.

In Gold aufgewogen

Eine erfolgreiche Geschäftsidee – Gustav Klimt und sein Hang, goldfarbene Frauen zu malen

Gustav Klimt war der Star der Wiener Secession. Am 6. Februar 1918 starb der Jugendstilmaler, dessen Markenzeichen goldfarbene Gemälde waren, in Wien an den Folgen eines Schlaganfalls.

Seinem Gemälde einer enthüllten Rotblonden gab Gustav Klimt den Titel „Nuda Veritas – Die nackte Wahrheit" (1899) und versah es mit einem Schiller-Zitat auf goldenem Grund: „Kannst du nicht allen gefallen durch deine That und dein Kunstwerk, mach es wenigen recht. Vielen gefallen ist schlimm." So gesehen hat es den Maler schlimm getroffen. Denn mit Gemälden wie der „Goldenen Adele" und „Der Kuss" ist Klimt heute einer der beliebtesten Künstler der Welt.

Klimts „Nuda Veritas" ist vom 13. Februar an im Kunsthistorischen Museum Wien ausgestellt. Zeitgleich beginnt im Stiegenhaus des Museums das Projekt „Stairway to Klimt". Es ermöglicht mittels einer Brücke den Malereien nahezukommen, nach denen man sich sonst den Hals verrenken muss, da sie zwölf Meter über der Eingangshalle hängen. Die 1890/91 von Klimt geschaffenen 13 Bilder sind den bedeutenden Stilepochen der Kunst gewidmet. „Pallas Athene" etwa verkörpert als Schutzgöttin der Künste die griechische Antike.

Seine Beiträge zur Ausschmückung des Stiegenhauses fanden großen öffentlichen Beifall. Doch das nachfolgende Schaffen des Malers war umstritten. Gleichwohl gehörte er zu den bestbezahlten Künstlern Österreichs. Als zweites von sieben Kindern des böhmischen Goldgraveurs Ernst Klimt und dessen Gattin Anna wuchs der 1862 in Wien geborene Gustav in ärmlichen Verhältnissen auf. Er soll wortkarg gewesen sein und ein aufbrausendes Temperament gehabt haben. Aber er war hilfsbereit und freigebig.

Klimt bekannte: „Es bleibt eine üble Gemeinheit, Kapitalien anzuhäufen. Das verdiente Geld muss man trachten, rasch auszugeben. Könnte man alle Menschen dazu verpflichten, dann hätte sicherlich alle wirtschaftliche Not der Erde ihr endliches Ende." Er hat sich daran gehalten. Obwohl er viel verdiente, hinterließ er kein Geld.

Bis heute wird Klimt für seine opulente, erotisch aufgeladene Jugendstilmalerei geschätzt. Sie gipfelt im Gemälde „Der Kuss". Es hängt in Wiens Oberem Belvedere, das mit 24 Gemälden die größte und wichtigste Sammlung seiner Bilder beherbergt. „Der Kuss" zeigt ein in goldene, gemusterte Gewänder gehülltes Paar, das auf einer Blumenwiese kniet. Sie hat den Kopf zur linken Schulter geneigt und die Augen hingebungsvoll geschlossen. Er renkt den Kopf weit vor, um sie auf die Wange zu küssen. Der Hintergrund erinnert an einen goldbraunen nächtlichen Sternenhimmel – Selige Zweisamkeit in beunruhigender kosmischer Einsamkeit.

Was hier nur dezent anklingt, tritt in vielen anderen Gemälden lautstark zu Tage: das mit Schönheit gepaarte Unheimliche, Drohende und Schicksalhafte. Im Gemälde „Hoffnung I" blickt uns eine nackte Hochschwangere aufmerksam an. Über ihrem Haupt treten ein Schädel sowie drei desolate Gesichter in Erscheinung. Sie verkörpern Tod, Krankheit, Alter und Irrsinn.

Die finsteren Hintergrundgestalten der „Hoffnung I" werden mit dem Tod von Klimts Sohn Otto in Verbindung gebracht. Der Maler hatte von mehreren seiner Modelle uneheliche Kinder, darunter drei mit dem Namen Gustav. Klimts sexuelle Freizügigkeit veranlasste die Modesalonbesitzerin Emilie Flöge, ihre Liebesaffäre mit ihm zu beenden. Fortan pflegten sie jedoch ein inniges freundschaftliches Verhältnis. So verbrachte die Familie Flöge mit Klimt die Sommerfrische im Salzkammergut, wo dieser sich der Landschaftsmalerei widmete.

Das „Bildnis Emilie Flöge" ist eines der bekanntesten Porträts Klimts. Seit 1899 nahm er nur von Frauen Porträtaufträge an, darunter der wohlhabenden Marie Henneberg. Ihr Bildnis ist eines der zentralen Werke der Sonderschau, die das Kunstmuseum Moritzburg in Halle an der Saale ab 14. Oktober Klimt widmet. Viele der von ihm porträtierten Damen gehörten dem jüdischen Großbürgertum an. Besondere Berühmtheit genießt das „Bildnis Adele Bloch-Bauer I", das den Spitznamen „Goldene Adele" trägt. Kein Wunder: Unmengen Goldauflage sind zu Quadraten geschichtet oder zu Spiralen gedreht. Das schlanke Luxusgeschöpf im goldenen Kleid scheint uns zu betrachten. Aber ihre Gesichtszüge bleiben ausdruckslos.

Nach dem „Anschluss" Österreichs pressten die Nationalsozialisten Adeles Witwer Ferdinand das Bildnis ab. Es gelangte in die Österreichische Galerie im Belvedere. Adeles Nichte Maria Altmann bemühte sich seit 1998 um die Rückerstattung des Bildes. Sie gewann 2006 gegen die Republik Österreich den Streit um die Herausgabe und reichte es an den Kosmetikunternehmer Ronald S. Lauder weiter, der dafür 135 Millionen US-Dollar bezahlt haben soll. Damit war es zu dem Zeitpunkt das wohl teuerste Gemälde der Welt, was nicht unwesentlich zur „Wertschätzung" des Malers beigetragen hat. Heute wirbt es in der Neuen Galerie von New York für die Kunst Gustav Klimts. Kinofreunden wird noch der Film „Die Frau in Gold" in Erinnerung sein, in dem die britische Schauspielerin Helen Mirren im Jahr 2015 die Maria Altmann mimte und in dem es um ihren Kampf um die Rückgabe des Gemäldes geht. Klimt beschäftigt uns also sogar noch 100 Jahre nach seinem Tod. *Veit-Mario Thiede*


Bild: Neue Galerie, New York City

War 2006 mit 135 Millionen Dollar das teuerste Gemälde der Welt: „Bildnis Adele Bloch-Bauer I"

***Ausstellungstipps: Wien um 1900**, bis 10. Juni im Leopold Museum Wien. **Stairway to Klimt und Präsentation der „Nuda Veritas"**, 13. Februar bis 2. September im Kunsthistorischen Museum Wien. **Klimt ist nicht das Ende**, 23. März bis 26. August im Unteren Belvedere, Wien. **Der Zauberer aus Wien**, 14. Oktober bis 6. Januar 2019 im Kunstmuseum Moritzburg Halle an der Saale. **Literaturtipps**: Mona Horncastle, Alfred Weidinger. **Gustav Klimt: Die Biografie**, Brandstätter Verlag, 29,90 Euro. **Gustav Klimt: Sämtliche Gemälde**, Taschen Verlag, 50 Euro. Elisabeth Sandmann, **Der gestohlene Klimt: Wie sich Maria Altmann die Goldene Adele zurückholte**, Suhrkamp, 10 Euro.*

MELDUNGEN

Das Labor zum Kriegsbeginn

Münster – Vor 400 Jahren begann mit dem Prager Fenstersturz der Dreißigjährige Krieg. Im Gedenken daran und an den zu Münster und Osnabrück abgeschlossenen Westfälischen Frieden von 1648 zeigt die Stadt Münster unter dem Titel „Frieden.Europa" vom 28. April bis 2. September fünf Ausstellungen in vier Museen. Osnabrück hat anlässlich des gemeinsamen Kulturerbe-Jahres 2018 60 junge Menschen aus mehreren europäischen Ländern eingeladen. Im „Labor Europa" werden sie gemeinsam Kunst-, Theater-, Musik- und Medienprojekte erarbeiten. Die Ergebnisse werden ab April unter anderem beim European Media Art Festival präsentiert. *D. Jestrzemski*

Im Buddenbrook viel Neues

Lübeck – Vom 25. Januar bis 15. April zeigt das Buddenbrookhaus eine Ausstellung zu Erich Maria Remarques „Im Westen nichts Neues". Das Werk gilt als der zentrale Antikriegsroman des 20. Jahrhunderts. 100 Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs bietet der Roman immer noch Anlass für die Beschäftigung mit den Leiden des Krieges. Die Ausstellung zeigt neben Remarques Roman auch eine moderne Interpretation von „Im Westen nichts Neues": Originalgrafiken aus Peter Eickmeyers gleichnamiger Graphic Novel (2014). *tws*

»King's Singers« in Deutschland

München – Anlässlich ihres 50. Gründungsjubiläums präsentiert die britische A-cappella-Gruppe „The King's Singers" ihr Dreifachalbum „Gold". Ihre Deutschland-Tour startet am 6. Februar in Würzburg und endet am 17. Juli beim Schleswig-Holstein-Musik-Festival. Info: www.kingssingers.com *tws*

Ein Erleuchteter

Der »Vater aller Verschwörungstheorien«: Adam Weishaupt

Sollte es stimmen, was über diesen Professor aus Ingolstadt gesagt wird, dann sieht sogar Friedrich der Große klein aus. Die Unabhängigkeit der USA, die Französische Revolution – all das soll ein gewisser Adam Weishaupt initiiert und angezettelt haben? Was stimmt, ist, dass der Aufklärer aus Bayern als Vater aller Verschwörungstheorien gilt. Das liegt vor allem daran, dass der vor 270 Jahren geborene Weishaupt den Illuminatenorden gegründet hat, um den sich bis heute zahlreichen Mythen ranken.

Dabei wollte der Jesuitenschüler seinen Studenten anfangs nur mittels eines heimlichen Lesezirkels einen freien Zugang zu antiklerikaler, aufklärerischer Literatur gewährleisten. Als aber in Ingolstadt, wo er am 6. Februar 1748 geboren wurde, ein Alchemist Weishaupts Philosophiestudenten für eine unseriöse Loge abwerben wollte, ging er aufs Ganze und gründete seinerseits 1776 den Illuminatenorden, der nichts Geringeres zum Ziel hatte als die Verbesserung der Welt.

Dieses Ziel, dass in geheimen Zirkeln propagiert wurde, hat seitdem immer wieder zu verschwörungstheoretischen Spekulationen geführt. Dabei ließ Weishaupt seine Illuminaten nur der Aufklärung verpflichtete Abhandlungen schreiben, über die dann diskutiert wurde und an denen der Ordensobere, der „Basilius", Verbesserungen vornahm. Eine Veröffentlichung dieser Aufsätze wäre von der Zensur als blasphemisch oder staatsgefährdend verboten worden. So sollten die Illuminaten einzig durch ihr aufklärerisches Handeln den Gang durch die Institutionen nehmen.

Ein Weißkopfseeadler für Adam Weishaupt

Die Unterwanderung der Gesellschaft scheiterte aber bereits an jener der Freimaurerlogen. Weil man zu viele Freimaurer abwarb – darunter auch Freiherr Knigge und Goethe – kam es zur Krise und schließlich zum Verbot der Illuminaten im Jahr 1785. Das aber brachte die Verschwörungstheorien erst richtig zum Erblühen. Es wurde bezweifelt, dass Weishaupt nach Gotha zum Illuminaten Herzog Ernst II. von Sachsen-Gotha-Altenburg ins Exil ging und dort 1830 gestorben sein soll, zumal dort der Grabstein verschwunden ist. Stattdessen soll er den Gothaer Illuminaten Johann Joachim Christoph Bode nach Frankreich geschickt haben, um dort die Revolution auszulösen. Weishaupt selbst soll angeblich nach Nordamerika ausgewandert sein und dort die Identität des Gründervaters der USA, George Washington, angenommen haben.

Dieser nachweisliche Quatsch ist in USA noch heute weitverbreitet. Angebliche Beweise? Nur ein Weishaupt hätte einen Weißkopfseeadler zum US-Wappentier machen und das Illuminatensymbol mit dem allsehenden Auge an der Pyramide auf die Ein-Dollar-Note drucken lassen können.

Noch 1969 verbreiteten die US-Autoren Robert Shea und Robert Angus Wilson diese populären Theorien in ihrer satirischen Romantrilogie „Illuminatus!", wobei sie Bezug nahmen auf Leserbriefe von Verschwörungsfanatikern, die im „Playboy" abgedruckt waren. 2003 trug Weishaupts Erbe sogar Früchte in dem Thriller „Illuminati" des US-Bestsellerautors Dan Brown, in dem ein noch heute heimlich fungierender Illuminantenorden die Katholische Kirche in den Ruin treiben will. *Harald Tews*

Schlafender Drache

Die mythischen Welten des Hans Thoma in Baden-Baden

Der Maler Hans Thoma ist für seine Schwarzwaldidyllen bekannt. Aber sein Repertoire war weit vielseitiger, wie das Baden-Badener Museum LA 8 veranschaulicht. Es zeigt Gemälde, Zeichnungen und Druckgrafiken aus allen Schaffensphasen des 1839 in Bernau geborenen, 1924 in Karlsruhe gestorbenen Künstlers. Zu ihnen treten bemalte Majolikafliesen und mit Reliefs ausgestattete Holzstühle.

Der Ausstellungstitel „Wanderer zwischen den Welten" weist darauf hin, dass Thoma in vielen Motivbereichen zu Hause war. Er malte nicht nur Landschaften des heimatlichen Schwarzwaldes, sondern auch Italiens. Wiederholt vereinte er beide in einem Bild. Ebenso war er in der Welt der Mythologie heimisch.

Viele dieser Werke haben eine groteske oder humorvolle Note. Im Ölbild „Schaumgeboren" (1878) gewinnt die aus dem Meer aufwachsende Liebesgöttin Aphrodite reizvolle Gestalt. Ein lieblicher Anblick, wäre da nicht ihr Begleiter Amor. Brüskierenderweise zeigt uns der kleine Liebesbote seine Kehrseite und fliegt davon. Der Rosenkranz in seinen Händen ist also nicht für uns bestimmt. Besonders wichtig war dem Künstler die Verbreitung christlicher Botschaften, wie das Gemälde „Ecce Agnus Dei" (1906) zeigt. Johannes der Täufer weist auf Jesus Christus: „Sehet das Lamm Gottes, das die Sünden der Welt hinwegnimmt."

Die Verbreitung und Popularität seiner Kunst beförderte Thoma seit 1891 mit Hunderten von Druckgrafiken. Die „Ruhe auf der Flucht nach Ägypten" (1892) und viele andere fromme Motive wechseln mit komisch-melancholischen Szenen wie der des „Müden Helden" (1915). Er sitzt in seiner Ritterrüstung missmutig und abgekämpft auf dem getöteten Drachen. Die Spitze seiner gegen die Schulter gelehnten Lanze ist abgebrochen. An ihrer Selle hockt ein Vogel – eine Spottdrossel? Der in die Jahre gekommene Drachentöter scheint der Heldentaten überdrüssig – alles vergebene Liebesmüh. Und gut möglich, dass der Drachen nicht mal tot ist, sondern nur schläft.


Bild: Hans-Thoma-Kunstmuseum, Bernau/Dieter Conrads

Zitronenverkäuferin, 1880

Als Mitarbeiter der Karlsruher Majolika-Manufaktur schuf Thoma Entwürfe für Reliefs, Bemalungen und Ritzzeichnungen. Den Schwerpunkt bilden christliche Szenen und Gestalten. Gern griff er auch auf seine altbewährten mythologischen Motive wie das bei Sonnenaufgang aus dem Meer auftauchende „Seeweib" zurück.

Bislang wenig bekannt sind die nach seinen Entwürfen geschnitzten Reliefs von Stuhllehnen. Tiere spielen hier die Hauptrolle. Da legen etwa Fuchs und Hase ein Tänzchen hin und wünschen „Gut' Nacht". *Veit-Mario Thiede*

Bis 4. März im Museum LA 8, Lichtentaler Allee 8, Baden-Baden, geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 7 Euro. www.museum.la8.de

Das Ende des »heldenhaften Ausharrens«

Der Untergang der 6. Armee in der Schlacht von Stalingrad markierte vor 75 Jahren die Wende im Russlandfeldzug

„Der Mann hat sich totzuschießen!“ Adolf Hitler ist außer sich vor Zorn. Es ist der 1. Februar 1943. Mittagslage im Hauptquartier „Wolfsschanze“. Soeben hat der „Führer“ erfahren, dass der Oberbefehlshaber der 6. Armee, der frisch beförderte Generalfeldmarschall Friedrich Paulus, am Vortag mit den Resten seiner geschlagenen Streitmacht kapituliert hatte.

Am 10. August 1942 hatten die deutschen Vorausabteilungen die Außenbezirke der Wolgametropole erreicht, eine Woche später gab Generaloberst Paulus der 6. Armee den Befehl zum Angriff. Die Wolga wurde schnell erreicht, woraufhin das sowjetische Oberkommando den Belagerungszustand verkündete. In der Mitte der Front konnten die Deutschen noch den Durchbruch erzielen, doch dann nahmen die letzten russischen Reserven dem Angriff den Schwung. Der deutsche Vorstoß war gescheitert. Am 4. Oktober ließ Paulus einen weiteren Angriff durchführen, um Stalingrad völlig in Besitz zu nehmen und die Rote Armee vom rechten Wolgaufer zu vertreiben. Doch der Widerstand der 62. Armee General Wassilij Tschuikows in den Straßen und Häuserschluchten war erbittert. Ein weiträumiges Operieren war nicht mehr möglich, und die 6. Armee löste sich in kleine Kampfgemeinschaften auf Stoßtruppebene auf, die im Orts- und Häuserkampf verschlissen wurden. Eng mit dem Feind in der Ruinenlandschaft verzahnt, musste jeder Handbreit Boden teuer erkauft werden. Dennoch waren Ende Oktober neun Zehntel der Stadt in deutscher Hand.



Bild: akg images

Nur die wenigsten überlebten die Gefangenschaft: Deutsche Soldaten nach der Kapitulation

Doch die fast vollständige Einnahme Stalingrads blieb ein Erfolg auf Zeit, denn die deutschen Divisionen waren ausgeblutet. Die Nachschublinien waren überdehnt, und Hermann Göring konnte sein vollmundig abgegebenes Versprechen, Stalingrad aus der Luft zu versorgen, nicht in die Tat umsetzen. Dem Grundsatz, „die Logistik bestimmt den operativen Handlungsspielraum“ folgend, begann sich die Katastrophe bereits in dieser Lage abzuzeichnen. Die Sowjets dagegen konnten ihre Verluste ausgleichen und kampfstarke Reserven heranführen. Der deutschen Heeresgruppe B unter Generaloberst Maximilian von Weichs mit der 6. Armee im Zentrum standen schließlich drei feindliche Heeresgruppen gegenüber. Alles deutete auf einen massiven russischen Gegenschlag hin.

Am 19. November begann die Rote Armee mit einem gewaltigen Feuerschlag aus 3500 Rohren ihre Großoffensive. Nordwestlich und südlich von Stalingrad durchbrach sie die Linien an den fast offenen gegnerischen Flanken, die nur von zwei schwachen rumänischen Armeen gehalten wurden. Wenige Tage später erfolgte im Raum Kalatsch die Vereinigung der sowjetischen Heeresgruppen. Die 6. Armee und die ihr unterstellten Kräfte der verbündeten Rumänen und Italiener waren eingeschlossen.

In den vorausgegangenen Friedenszeiten waren die Wehrmachtssoldaten eher auf das gemeinsame Vorgehen mit gepanzerten Fahrzeugen auf freiem Feld vorbereitet worden als auf Straßen- und Häuserkämpfe in der Industriestadt Stalingrad

Bild: Bundesarchiv, Bild 116-168-618 / CC-BY-SA 3.0

Paulus plante, seine Truppe noch vor der Vollendung der Einschließung auf die Ausgangsstellung vom Sommer zurückzuführen – noch verfügte er über 100 Panzer, 1800 Geschütze und 10000 Kraftfahrzeuge –, doch Hitler, der seiner Maxime treu blieb, keinen Handbreit Boden aufzugeben, befahl, Stalingrad zu halten. Außerdem sagte er Entsatz zu und versprach, die eingeschlossenen Truppen aus der Luft zu versorgen. Vom Oberkommando des Heeres über die Heeresgruppe und das Oberkommando der 6. Armee bis herab zu den Armeekorps legte die Lagebeurteilung einhellig einen Ausbruch aus dem Kessel und damit die Aufgabe Stalingrads zwingend nahe. Hitler aber, der nie gelernt hatte, in operativen Kategorien zu denken, hielt an der Vorstellung vom unbedingten Halten eines einmal genommenen Raumes fest. Er erkannte nicht, dass Raum nur eine operative Größe ist und dass der Gegner nur mit Kräften geschlagen werden kann. Diese drohten aber jetzt in Stalingrad sinnlos geopfert zu werden. Paulus jedoch beugte sich dem Befehl und hoffte auf Entsatz.

In dieser kritischen Lage übernahm Generalfeldmarschall Erich von Manstein den Oberbefehl über die neu gebildete Heeresgruppe Don. Am 12. Dezember führte er seine Truppen aus dem Raum Kotelnikowo zu einem Entsatzangriff auf Stalingrad, in dessen Verlauf die Panzer der 4. Panzerarmee des Generaloberst Hermann Hoth bis auf 48 Kilometer an die Stadt herankamen, bis sie unter starkem Feinddruck zurückgehen mussten. Die Versorgung aus der Luft gelang nicht. Die eingeschlossene Armee erhielt kaum noch Nachschub, die Verluste durch Unterernährung und Erfrieren nahmen dramatisch zu. Hitler aber weigerte sich auch jetzt, einem bereits vorbereiteten Gesamtausbruch der 6. Armee als letzte Möglichkeit zur Rettung der Truppe zuzustimmen. Doch Paulus fand in aussichtsloser Lage nicht die Kraft zum Ungehorsam und harrte in der belagerten Stadt aus.

Am 9. Januar 1942 boten die russischen Befehlshaber Paulus die ehrenvolle Kapitulation an, die von diesem abgelehnt wurde, da seine Armee noch immer mehrere feindliche Armeen band und so den bedrohten Südflügel der Ostfront stabilisierte. Daraufhin begann am nächsten Tag mit der Zerschlagung des Kessels der letzte Akt der Tragödie. Von nun an war die 6. Armee in zwei Teile gespalten. Wie schon fünf Monate zuvor, so wurde die Innenstadt wieder zum Gefechtsfeld, nur dass diesmal die Deutschen in den Ruinen saßen und die Russen von außen eindrangen. Paulus, nunmehr Befehlshaber im Südkessel, richtete seinen Gefechtsstand im Keller des Kaufhauses Univermag ein und rüstete sich zum letzten Kampf. Am 30. Januar befahl Hitler noch einmal „heldenhaftes Ausharren“ und beförderte ihn zum Generalfeldmarschall, in der Hoffnung, dass sich ein Feldmarschall niemals ergeben würde.



Bild: Imago

In sowjetischer Kriegsgefangenschaft: Der Oberbefehlshaber der 6. Armee, Friedrich Paulus

Doch Paulus hatte erkannt, dass seine Armee endgültig am Ende war. Am nächsten Morgen befahl er seine Offiziere zu sich und forderte die Kommandeure auf, die Waffen niederzulegen. Da standen die feindlichen Stoßtrupps schon buchstäblich vor der Tür zu seinem Gefechtsstand. Zwei Tage später kapitulierte auch der kleinere Nordkessel unter dem Kommando von Generaloberst Karl Strecker. Der Kampf um Stalingrad war zu Ende.

„Der Tag war da mit eisigen Wolganebeln, die durch Steingerippe und durch kilometerlange fensterlose Straßen brausen.“ So beschreibt Theodor Plievier in seinem berühmten Stalingrad-Roman den Tag, an dem Paulus seinen unterirdischen Gefechtsstand verließ, um mit fast 100000 Mann den schweren Weg in die Gefangenschaft anzutreten. Seine Armee hatte ihren Auftrag, starke sowjetische Kräfte zu binden und dadurch der Roten Armee den Durchbruch zum Schwarzen Meer zu verwehren, erfüllt. Bis zuletzt hatte sie mit nur 22 Divisionen sieben feindliche Armeen mit 147 Großverbänden gebunden – eine glänzende militärische Leistung.

Zwei Tage nach ihren Kameraden im Südkessel kapitulierten am 2. Februar 1943 auch die Deutschen im nördlichen Kessel

Doch der Preis war hoch: Von den ursprünglich 250000 Mann konnten 42000 Verwundete, Schwerkranke und sogenanntes Schlüsselpersonal ausgeflogen werden. Seit Beginn der sowjetischen Großoffensive waren zunächst mehr als 16000 Mann in Gefangenschaft geraten. Weitere 91000 gaben sich nach der Kapitulation gefangen, unter ihnen 24 Generale. Der Rest blieb auf dem Schlachtfeld, gefallen oder schweren Verwundungen, Krankheiten, Erfrierungen oder dem quälenden Hunger erlegen. Die Tragödie von Stalingrad war nicht der militärische Wendepunkt des Krieges, sie markiert aber den Zeitpunkt der psychologisch-politischen Wende.

Das militärische Geschehen um Stalingrad verdient es nicht nur wegen der Bedeutung des historischen Ereignisses, in das Gedächtnis der heutigen Generation gerufen zu werden. Aus ihm können auch Lehren für die Gegenwart gezogen werden. Eine der wichtigsten ist die, dass es eine sittliche Verantwortung gibt, die mit der Verfügung über militärische Machtmittel untrennbar verbunden ist. Sie umfasst das Bewusstsein über die Auswirkungen des eigenen Handelns, die Fürsorge für die unterstellten Kräfte, die Beherrschung des militärischen Instrumentariums und den angemessenen Einsatz zerstörerischer Mittel. Ohne das unverzichtbare Prinzip des militärischen Gehorsams in Frage zu stellen, entbindet diese Forderung den militärischen Führer nicht davon, eigene Maßstäbe zu setzen, die Bedingtheit des eigenen Handelns in einem ständigen Anpassungsprozess zu erkennen und die eigene Entschlussfassung auch einer außergewöhnlichen Lage anzupassen, um militärischen Aufwand und Nutzen in ein vertretbares Verhältnis zu setzen.

Paulus hat sich für bedingungslosen Gehorsam entschieden und sich schließlich mit einer Ergebenheitsadresse an seinen Führer in die Gefangenschaft abgemeldet. Hitler hat aus ideologischer Verblendung Zehntausende sinnlos geopfert. Ihr Schicksal war ihm gleichgültig. Schlimmer noch: Als die 6. Armee unterging, war der Oberste Befehlshaber der Wehrmacht bereits dieser Welt entrückt. Statt auf seine Generale zu hören und die Soldaten in Stalingrad vor der Vernichtung in der Eiswüste zu bewahren, beschwor der „größte Feldherr aller Zeiten“ von eigenen Gnaden die Helden der Antike. So wie einst der Spartanerkönig Leonidas mit nur noch 300 Kriegern den Thermopylen-Pass gegen die übermächtigen Perser bis zur vollständigen eigenen physischen Vernichtung verteidigt hatte, so sollte auch Paulus mit seiner geschlagenen Armee bis zum letzten Mann kämpfen. So, wie es auf dem Thermopylendenkmal steht und wie es Schiller in seinem Gedicht „Der Spaziergang“ beschreibt: „Wanderer, kommst du nach Sparta, verkündige dorten, du habest uns hier liegen gesehen, wie das Gesetz es befahl.“ Aus Stalingrad sind 6000 zurückgekehrt. Für sie liegen die Thermopylen an der Wolga. *Jan Heitmann*

Verarbeitung in der Literatur

Kaum eine Schlacht des Zweiten Weltkrieges ist literarisch so gut dokumentiert wie jene von Stalingrad. So schrieb der Königsberger Autor Heinrich Gerlach noch in sowjetischer Kriegsgefangenschaft seine Erlebnisse in einem Roman nieder, der nach der Beendigung von den Sowjets beschlagnahmt wurde. Da Gerlach nach der Kriegsheimkehr das Manuskript für verloren glaubte, rekonstruierte er den Roman zum Teil unter Hypnose und veröffentlichte die Zweitfassung 1957 unter dem Titel „Die verratene Armee“. Erst 2012, lange nach Gerlachs Tod, entdeckte ein Germanist das beschlagnahmte Originalmanuskript in einem Moskauer Archiv und gab es 2016 unter dem Titel „Durchbruch bei Stalingrad“ heraus (die *PAZ* berichtete).

Mit „Hunde, wollt ihr ewig leben“ schrieb der Österreicher Fritz Wöss 1957 eine äußerst erfolgreiche Romanversion der Schlacht, die schon zwei Jahre später vom ostpreußischen Regisseur Frank Wisbar verfilmt wurde. Von russischer Seite kamen mit den auch auf Deutsch übersetzten Romanen „Wende an der Wolga“ von Wassili Grossman und „Stalingrad“ von Viktor Nekrassow zwei sehr populäre propagandistische Beiträge zum „Großen Vaterländischen Krieg“.

Den bekanntesten Roman aber schuf ein Deutscher, der gar nicht an der Schlacht teilgenommen hatte. Nach der Teilnahme an einem Schriftstellerkongress in Moskau blieb Theodor Plievier in der Sowjetunion und verbrachte die Kriegszeit in Taschkent, wo er für die Russen Briefe deutscher Soldaten auswertete. Nach der Schlacht von Stalingrad hatte er die Gelegenheit, deutsche Kriegsgefangene – so auch Fritz Wöss – in der Nähe von Moskau nach ihren Erlebnissen zu befragen. Daraus schuf er mit „Stalingrad“ einen mit neutraler Erzählerstimme und in moderner filmischer Montagetechnik konzipierten Roman ohne einen individuellen Helden, ohne propagandistische Aussage und ganz aus Sicht der deutschen Soldaten. Das Werk, dessen erste Teile schon im September 1943 in einer Moskauer Exilzeitschrift erschienen waren, sollte als dokumentarischer Antikriegsroman für sich sprechen. *H. Tews*

»Wollt ihr den totalen Krieg?«

Mit seiner Sportpalastrede lieferte Joseph Goebbels vor 75 Jahren ein Paradebeispiel für die Rhetorik und die NS-Propaganda

Joseph Goebbels war mit sich zufrieden. Einen Tag nach seiner Rede im Berliner Sportpalast, am 19. Februar 1943, notierte er in seinem Tagebuch: „Die Stimmung gleicht einer wilden Raserei des Volkes ... Das Volk ist, wie diese Kundgebung bezeugt hat, bereit, alles für den Krieg und für den Sieg hinzugeben." Es war die Rede, in der der Propagandaminister den „totalen Krieg" beschwor und versuchte, letzte Reserven zu mobilisieren.

Zu Beginn des Jahres 1943 war die Stimmung in der Bevölkerung auf einem Tiefpunkt. Der von Adolf Hitler angekündigte Blitzkrieg entwickelte sich zum Abnutzungskrieg, die schlechten Nachrichten von den Fronten häuften sich. Erwin Rommels Panzer in Nordafrika gerieten unter Druck, bei Stalingrad war die 6. Armee eingekesselt, die Alliierten bombten die Städte in Schutt und Asche. Bereits seit Ende 1942 drängte der Minister für Volksaufklärung und Propaganda, Joseph Goebbels, darauf, den „totalen Krieg" auszurufen. Eine Denkschrift mit dieser Forderung legte er Hitler vor. Der aber zögerte, weil er fürchtete, zusätzlicher Druck könnte die Kriegsmüdigkeit in der Bevölkerung fördern. Goebbels entschloss sich, die Stimmung für den „totalen Krieg" im Alleingang anzufachen. Dazu sollte die Februar-Rede im Sportpalast dienen. Sie wurde zum infamen Beispiel nationalsozialistischer Propaganda.

Nichts bei dieser Hetze zum „totalen Krieg" blieb dem Zufall überlassen. Mehrfach hatte Goebbels die Rede überarbeitet. Außenpolitische Passagen hatte er von Diplomaten überprüfen lassen. Das Publikum war sorgsam ausgewählt. Da saßen verwundete Soldaten – man hatte darauf geachtet, dass die Verletzungen nicht zu schwer waren – neben prominenten Parteigenossen und Bund-Deutscher-Mädel-Führerinnen. Der Schauspieler Heinrich George war da, ebenso Rüstungsminister Albert Speer. Laut Goebbels hatte sich ein „Ausschnitt des deutschen Volkes im besten Sinne des Wortes" versammelt: „Vor mir sitzen reihenweise deutsche Verwundete von der Ostfront, Bein- und Armamputierte, mit zerschossenen Gliedern, Kriegsblinde ..."

Die Kameramänner der Wochenschau waren angewiesen, Bilder der Begeisterung zu liefern. Die Parolen der Sprechchöre waren vorher einstudiert worden, Gruppen waren angewiesen worden, wann und wie lange zu applaudieren sei, zusätzlich wurde Applaus von der Schallplatte eingespielt. Ein übergroßes Spruchband verkündete: „Totaler Krieg – kürzester Krieg". Diese Inszenierung sollte Hitler beeindrucken.

109 Minuten lang entwickelte Goebbels sein Schreckensszenarium, in dem er den „Heldenkampf" der Deutschen gegen „den Ansturm der Steppe" beschwor. Deutschland im Verbund mit den Achsenmächten biete allein das Bollwerk, das die vorwärtsstürmenden sowjetischen Divisionen aufhalten könne, die sich ganz Europa einverleiben wollten. Dahinter warteten „schon die jüdischen Liquidationskommandos". Mit denen kämen „der Terror, das Gespenst des Millionenhungers und einer vollkommenen europäischen Anarchie".

Zehn rhetorische Fragen stellte Goebbels und die 15000 Menschen in der Sporthalle reagierten wie eingeübt. Die Stimme des Redners überschlug sich, als er Gefolgschaft für den Führer einforderte, Kampf bis zum Endsieg verlangte, verstärkten Kriegsdienst von Frauen erwartete, Drückebergern und Schiebern schwerste Strafen androhte. Die Massenveranstaltung verwandelte sich in einen Hexenkessel.

Besonders die vierte gestellte Frage und das frenetische Geschrei der Zustimmung wurde zu einem Symbol des Krieges. Mit kreischender Stimme verlangte Goebbels Antwort: „Wollt ihr den totalen Krieg?" Die Menge tobte, sprang in Wellen auf, riss die Arme hoch, schrie „Ja!". Goebbels hatte die Menschen da, wo er sie haben wollte. Er stemmte die Hände in die Hüften und setzte nach: „Wollt ihr ihn, wenn nötig, totaler und radikaler, als wir ihn uns heute vorstellen können?" Und wieder brandete ein tumultartiges „Ja! Ja! Ja!" gegen die Tribüne – mit Goebbels Worten „Orkane der Zustimmung". In der Wochenschau, mit der dieser Auftritt im ganzen Reich verbreitet wurde, stellten die Produzenten diese Szene besonders heraus und verliehen dem Auftritt damit ein gewaltiges Echo.



Bild: Bundesarchiv, Bild 183-J05235 / Schwahn / CC-BY-SA 3.0

„Totaler Krieg – Kürzester Krieg": Mit dieser Logik versuchte Goebbels, die Einsatzbereitschaft zu steigern

Gemessen an der maßlosen Wucht solcher Worte, gemessen an Tod, Vernichtung und Verlust im weiteren Verlauf des Krieges, waren die detaillierten Forderungen, die Goebbels als Opfer forderte, geradezu läppisch. Um „der neuen Optik des Krieges Rechnung zu tragen ... wird die Schließung der Bars und Nachtlokale angeordnet", „auch Luxusrestaurants ... sind der Schließung verfallen". Das gleiche gilt für Luxusgeschäfte, die keine Ware mehr anbieten können. Menschen, die in solchen Geschäften „untätig herumstehen", sind „einer nutzbringenden Tätigkeit in der Kriegswirtschaft" zuzuführen. Ein Modesalon verbrauche nur Licht und Heizung. Ein Frisiersalon sei in Kriegszeiten höchst überflüssig. In öffentlichen Ämtern müsse schneller und länger gearbeitet werden. Der Soldat an der Front habe auch keine Zeit, eine Sache wochenlang zu überdenken. Es könne nicht länger angehen, dass junge Männer und Frauen am frühen Vormittag Sparzierritte durch den Berliner Tiergarten machten. Deshalb sei öffentliches Reiten für die Dauer des Krieges verboten. Hunderttausende von „Unabkömmlichstellungen" sind aufzuheben, um mehr Soldaten an die Front zu schicken. Frauen sind verstärkt in der Kriegswirtschaft einzusetzen. Niemand werde sich durch eine Alibi-Arbeit bei Verwandten oder Bekannten „vorbeidrücken" können.

Was Goebbels in diesem Teil seiner Rede anbot, waren kleine Münzen. Und auch die konnte er nicht vollständig einlösen. Hitler selbst setzte sich für die geschmähten Frisiersalons ein, um es sich mit den Frauen nicht zu verderben, Hermann Göring nahm sein Schlemmerlokal „Horcher" persönlich aus der Schusslinie.

Albert Speer meinte später, Goebbels habe die Effekte genau kalkuliert und agiert wie ein Schauspieler. Und Goebbels selbst nannte den Auftritt „Stunde der Idiotie". Er war überzeugt, die Leute wären aus dem Fenster gesprungen, hätte er sie dazu aufgefordert.

Klaus J. Groth

Verspätete Geburtstagsfeier in Russland

100. Jahrestag des Anlasses des »Tages des Verteidigers des Vaterlandes«

Der 23. Februar wird in Russland als „Tag des Verteidigers des Vaterlandes" gefeiert. Die Ursache ist, dass die sowjetische Propagandamaschinerie der Welt jahrzehntelang glauben machen wollte, dass am 23. Februar 1918 die Rote Armee gegründet worden sei. In Wirklichkeit verhielt es sich vor 100 Jahren jedoch etwas anders.

Anfang 1918 standen die Bolschewikij trotz ihrer erfolgreichen Machtergreifung im November des Vorjahres vor zwei existenzbedrohenden Problemen: Zum einen zeichnete sich der Ausbruch eines erbitterten Bürgerkrieges ab, weil der bewaffnete Widerstand gegen den Umsturz in Petrograd nahezu täglich anwuchs. Zum anderen war abzusehen, dass das auf Zeitgewinn abzielende Vorgehen des Volkskommissars für äußere Angelegenheiten, Leo Trotzkij, bei den Friedensverhandlungen mit den Mittelmächten in Brest-Litowsk neue Militärschläge der Mittelmächte zur Folge haben würde (siehe *PAZ* Nr. 49 vom 8. Dezember 2017).

Deshalb legten die Bolschewikij Mitte Januar 1918 eine „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes" vor, in der sie unter anderem die Bewaffnung der Massen forderten. Hieraufhin verabschiedete der Rat der Volkskommissare am 28. Januar sein „Dekret über die Gründung der Roten Arbeiter- und Bauernarmee". Darin hieß es: „Es hat sich die Notwendigkeit ergeben, eine neue Armee zu schaffen, die in der Gegenwart eine Stütze der Sowjetmacht, in nächster Zukunft das Fundament für die Ersetzung der ständigen Armee durch die Bewaffnung des ganzen Volkes und bei der künftigen sozialistischen Revolution in Europa eine Unterstützung bilden wird."

Die praktische Umsetzung des Dekretes oblag Trotzkij, der ab dem 14. März 1918 auch offiziell als Volkskommissar für das Kriegswesen fungierte. Grund für die Ernennung waren Trotzkijs Erfahrungen als Organisator der „Kampfverbände der Roten Garde", einer bolschewistischen Miliztruppe von etwa 20000 Mann. Diese bildete den Grundstock der Roten Armee, reichte aber in keiner Weise aus, um das Sowjetsystem ausreichend nach innen und außen zu sichern. Deshalb griff Trotzkij in starkem Maße auf zaristische Militärs zurück, darunter Obristen und Generäle wie Michail Bontsch-Brujewitsch, Dmitrij Parskij und Jukums Vacietis. Letzterer avancierte sogar im September 1918 zum Oberbefehlshaber der Roten Armee. Am Ende dienten etwa 75000 vormalige Offiziere des Zaren Seite an Seite mit Berufsrevolutionären, Arbeitern und Bauern in den Streitkräften der Bolschewikij.

Die dergestalt zusammengewürfelte Truppe sollte zunächst nur aus Freiwilligen bestehen und ohne Dienstgrade auskommen. Diejenigen, die die Kommandos gaben, wurden demokratisch gewählt. Sowohl die Diskussion als auch die Ablehnung von Befehlen galt als legitim.



Bestandteil des Feiertags: Ehrung der Gefallenen Bild: Imago

Die Feuerprobe erlebte die Truppe am 18. Februar 1918. An jenem Tage startete das Deutsche Reich in Reaktion auf die russische Hinhaltetaktik in Brest-Litowsk die Operation Faustschlag und schickte 50 Divisionen über die Waffenstillstandslinie vom 15. Dezember 1917, um Narwa, Smolensk und Kiew einzunehmen. Binnen zwei Wochen konnten die Deutschen 500 Kilometer nach Osten vorstoßen. Das löste bei der bolschewistischen Führung Panik aus.

Am 23. Februar 1918 konstatierte Lenin während einer Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees mit Blick auf das gerade erhaltene Ultimatum zur unverzüglichen Annahme der deutschen Friedensbedingungen: „Die Sowjetmacht muss die volle Unmöglichkeit des Widerstandes gegen die Deutschen feststellen. Man hat uns das Knie auf die Brust gesetzt." Am selben Tag wurden in Petrograd und Moskau im Anschluss an Massendemonstrationen erstmals in größerem Umfang Freiwillige als Soldaten rekrutiert. Außerdem gelang es, vier der bei Pskow und Narwa stehenden Einheiten, darunter zwei Regimenter der 70. Roten Infanterie-Division und der 15. Roten Kavallerie-Division, an jenem 23. Februar gegnerische Truppenteile bei deren Vormarsch in Richtung Petrograd aufzuhalten. Deshalb kürte Lenin den 23. Februar vier Jahre später zum „Tag der Roten Armee", und Josef Stalin erhob ihn 1943 explizit zum Gründungstag der Roten Armee. Aus dem „Tag der Roten Armee" wurde 1949 der „Tag der Sowjetarmee und Seestreitkräfte" und 1991 der „Tag des Verteidigers des Vaterlandes".

Diesem gefeierten Teilerfolg vom 23. Februar 1918 stehen viele gravierende Misserfolge im selben Frontabschnitt gegenüber, von denen das bolschewistische Zentralorgan „Prawda" am 25. Februar 1918 in dem Artikel „Eine schwere, aber notwendige Lehre" berichtete: „Wir bekommen qualvoll-schändliche Mitteilungen über die Weigerung, ... die Verteidigungslinie bei Narwa zu halten, und darüber, dass der Befehl, beim Rückzug alles zu vernichten, nicht ausgeführt wird, ganz zu schweigen von Flucht, Chaos, Kurzsichtigkeit und Schlamperei." Deshalb fiel Pskow denn auch bereits zwei Tage später, am 25. Februar 1918, und Narwa folgte nur drei Tage später. Ähnlich sah es andernorts aus. Deswegen sahen die Bolschewikij sich schließlich gezwungen, am 3. März 1918 den Diktatfrieden von Brest-Litowsk zu unterzeichnen, der ihnen schmerzhafte Gebietsverluste bescherte.

Wirkliche Erfolge sollte die Rote Armee erst erzielen, nachdem Trotzkij einschneidende Reformen eingeleitet hatte. Die Ideale von Gleichheit, Demokratie und Freiheit/Freiwilligkeit wurden aufgegeben. Militärische Ränge und Abzeichen wurden wieder eingeführt. Die Wahl der kommandierenden Kader wurde abgeschafft. Und ab dem 29. Mai 1918 galt für Männer vom 18 bis zum 40. Lebensjahr die allgemeine Wehrpflicht. Dadurch wuchs der Personalbestand der Roten Armee bis 1920 von anfänglich etwa 200000 auf rund fünfeinhalb Millionen Mann an. Das versetzte die Rote Armee in die Lage, sich im bis zum Juni 1923 andauernden Bürgerkrieg durchzusetzen und sowohl die Weiße Armee als auch die ausländischen Interventionstruppen zu besiegen, was zur Zementierung der Macht der Bolschewikij führte.

Wolfgang Kaufmann

Moment der Woche

Foto: pa

Der »Posterboy« Milo Yiannopoulos

Gegen diesen Herrn kommt selbst ein Paradiesvogel farblos wie ein Spatz daher. Milo Yiannopoulos ist in den USA der „Posterboy" („Zeit") der alternativen Rechten, der sogenannten Alt-Right-Bewegung, .Der 33-jährige Sohn eines Griechen und einer Britin ist bekennender Homosexueller. Er arbeitet als Journalist, Autor, Blogger und Vortragsredner. Seine „The Dangerous Faggot Tour", die „Tour der gefährlichen Schwuchtel", führte ihn zu Zeiten des US-Wahlkampfes an diverse britische und US-amerikanische Universitäten. Das dortige linke Establishment tobte und schäumte. Yiannopoulos ließ sich von derlei Intoleranz nicht abhalten. Er nannte Hillary Clinton eine „Kriegshetzerin" und „ultimative Heulsuse". Mit ihr als Präsidentin würde Amerika wie Deutschland und Schweden von Wirtschaftsmigranten überschwemmt. Donald Trump bezeichnete er als „wundervollsten Präsidentschaftskandidaten", den es je gegeben habe. Yiannopoulos – auf dem Foto bei einem Auftritt im Oktober in Fullerton – spricht sich gegen Politische Korrektheit und den Feminismus aus. Er kritisiert den Islam und verficht die unbedingte Redefreiheit. *FH*

Das 8,5-Milliarden-Ministerium

Entwicklungshilfe spendiert Deutschland reichlich – Sie fließt oft in seltsame Projekte

Schutz von Mangrovenwäldern, Eindämmung von Kinderarbeit, fairer Handel und natürlich Klimaschutz in allen nur denkbaren Variationen – wer angesichts dieser Schlagworte beim Surfen im Internet zunächst glaubt, sich versehentlich auf die Netzseite des Eine-Welt-Ladens einer evangelischen Kirchengemeinde im Berliner Prenzlauer Berg verirrt zu haben, muss bei einem erneuten und genaueren Hinsehen vielleicht schon feststellen, dass er auf der Netzpräsentanz einer obersten Bundesbehörde gelandet ist. Denn mit genau diesen Stichworten beschreibt dort das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung einer hieran meist nicht sehr interessierten Öffentlichkeit seine Aufgaben.

Das Schattendasein, das diese Behörde in der medialen Aufmerksamkeit fristet, wird dabei ihrer Bedeutung nicht gerecht. Allein im Jahr 2017 standen dem zuständigen Fachminister Gerd Müller (CSU) nämlich Gelder im Volumen von über 8,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Dies ist nur ungleich weniger als sein Amtskollege Thomas de Maiziére (CDU) im selben Zeitraum für das Innenministerium ausgeben konnte, aus dessen Haushalt immerhin die gesamte Bundespolizei mit rund 450 000 Angehörigen bezahlt werden muss.

In Marokko werden 100 Moscheen modernisiert

Das Entwicklungshilfeministerium gehört mit knapp über 1000 Bediensteten indes eher zu den kleineren Geschäftsbereichen der Bundesregierung. Dennoch unterstehen ihm mehrere Durchführungsorganisationen mit zum Teil mehreren 1000 Mitarbeitern, wie etwa das Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM). Während deutsche Regierungspolitiker ansonsten nicht müde werden, den Wunsch nach einem Zuzug von immer mehr ausländischen Arbeitskräften zu beschwören, liegt die Aufgabe dieser Einrichtung eher in der Realisierung des genauen Gegenteils. Das CIM soll nämlich denjenigen Ausländern, die sich bereits erfolgreich auf dem deutschen Arbeitsmarkt etablieren konnten, Unterstützung bei einer Rückkehr in ihre Heimat oder in andere Drittweltstaaten anbieten. Ebenso unterstützt die Agentur hier lebende Ausländer finanziell, die in ihrem Herkunftsland ein Unternehmen gründen wollen.

Die größte Durchführungsorganisation, die im Auftrag des Ministeriums tätig wird, ist allerdings nicht die CIM sondern die Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ). Sie berät und finanziert die technische Umsetzung von Entwicklungshilfeprojekten. Hierzu gehört derzeit etwa der Ausbau von über 100 islamischen Gotteshäusern in Marokko zur sogenannten „Grünen Moschee". Dabei wird durch Umbauarbeiten die Energieeffizienz der Gebäude gesteigert und bei deren Stromversorgung verstärkt auf erneuerbare Energien zurückgegriffen. Entlastet wird damit vor allem der marokkanische König, der diese Moscheen unterhält. Doch derart fragwürdige Projekte werden nicht allein nur von bundeseigenen Organisationen mit einer kräftigen Finanzspritze des Entwicklungshilfeministeriums umgesetzt. Wo immer die Bundesregierung das vom hiesigen Steuerzahler prall ausstaffierte Füllhorn im Namen der Mitmenschlichkeit über den Erdball ausgießt, sind die üblichen Akteure der Sozialindustrie nicht weit. Die Arbeiterwohlfahrt, der DGB, die Caritas und das Kolpingwerk erfreuen sich ebenfalls an Millionenzahlungen aus den Haushaltstöpfen von Minister Müller.

Wirtschaftskonkurrent China erhält besonders viel Geld

Überhaupt setzt das Ministerium stark auf die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen. Noch im Sommer des vergangenen Jahres vereinbarten sich Müller und DGB-Chef Reiner Hoffmann auf eine strategische Partnerschaft. Das Ministerium will danach den Aufbau von Gewerkschaften in Ost-Asien unterstützen. Geschehen soll dies durch die Entsendung von Beratern des DGB und ihrer internationalen Dachorganisationen in verschiedene Staaten der Region. Ob daraus mehr als ein gut bezahlter Auslandsaufenthalt für deutsche Gewerkschaftsfunktionäre wird, dürfte angesichts der völlig anderen rechtlichen und tatsächlichen Rahmenbedingungen in den dortigen Ländern mehr als fraglich sein. Zur konkreten Umsetzung ihrer strategischen Partnerschaft halten sich DGB und Ministerium jedenfalls bis heute sehr bedeckt.

Insgesamt gehört Deutschland nach den USA zu den weltweit größten Finanziers von Entwicklungshilfe. Nach dem Official Development Assistant-Index (ODA) hat die Bundesrepublik 2016 rund 24,64 Milliarden US-Dollar an Leistungen auf diesem Sektor erbracht. Diese Summe ist fast dreimal so hoch wie der eigentliche Etat des Entwicklungshilfeministeriums, denn zu den ODA-Leistungen zählen auch solche Ausgaben, die im Inland aufgewandt werden und nur mittelbar der Hilfe für unterentwickelte Staaten dienen. So fließen etwa die Kosten, die ein Student aus einem Drittweltstaat aufgrund seines Studiums an einer deutschen Universität der Öffentlichen Hand verursacht, in den Index mit ein.

Zu den drei Hauptempfängerländern deutscher Leistungen gehören Indien, China und Südafrika. Alles Staaten, die bereits heute für Deutschland starke Konkurrenten auf den internationalen Märkten sind. Nach wie vor wird das Politikfeld Entwicklungshilfe hierzulande nur wenig durchdacht angegangen. *Dirk Pelster*

Sächsisches Unbehagen

Der persönliche Augenschein verrät mehr als jede Politikerrede und jeder noch so artig formulierte Artikel – Ein Dresden-Bummel

Die „Qualitätsmedien" werden nicht müde, all diejenigen Sachsen als paranoid hinzustellen, die eine Überfremdung und Islamisierung ihrer Heimat befürchten. Schließlich liege der Ausländeranteil hier weit unter dem Bundesdurchschnitt. Wer sich allerdings mit offenen Augen und Ohren durch die Landeshauptstadt Dresden bewegt, gewinnt einen anderen Eindruck.

Glaubt man der Stadtverwaltung von „Elbflorenz", leben in der sächsischen Metropole mit ihren 558 000 Einwohnern aktuell etwa 3500 „Flüchtlinge", und zwar zumeist aus den muslimischen Ländern Syrien, Afghanistan, Pakistan und dem Irak. Das ist keine sonderlich hohe Quote. Trotzdem prägt diese Minderheit von angeblich gerade einmal 0,6 Prozent das Bild und die Atmosphäre in der Stadt, wobei hier nicht nur jene verhüllten Frauen gemeint sind, die mit ihrer Kinderschar mittlerweile zur Stammkundschaft vieler Bekleidungsgeschäfte gehören. Genauso auffällig präsentieren sich die Männer, welche optisch meist einer von zwei Gruppen angehören: teuer und modisch gekleidet – besser als so mancher Einheimische – oder aber mit martialisch-uniformähnlichen Flecktarnhosen beziehungsweise -anzügen kostümiert. Was vor allem dann Irritationen auslöst, wenn der Träger auch noch einen bis zur Brust hinabreichenden Bart vorzuweisen hat.

Besonders häufig vertreten sind die exotischen „Neudresdner" im Bereich des Hauptbahnhofes. Dort stehen sie ständig Auge in Auge mit der Polizei im Bereich der Eingänge und man fragt sich unwillkürlich, wozu eigentlich? Manchmal findet freilich auch eine Spontandemonstration statt, deren politisches Anliegen die Dresdner leider nicht verstehen, weil dabei ausschließlich Arabisch gesprochen wird. Oder Kurdisch ... Oder Paschtunisch ... Oder Urdu ...

Am Hauptbahnhof vollbärtige Männer in Tarnanzügen

In den öffentlichen Verkehrsmitteln kann man diese Idiome ebenfalls hören – und noch einige andere mehr. Das führt wiederum zu Unbehagen bei all jenen Einheimischen, denen es an der plakativen Weltoffenheit fehlt, mit der sich die Dresdner Verkehrsbetriebe an den Außenseiten ihrer Bahnen und Busse schmücken. Und tatsächlich: Seitdem die Kundenklientel „bunter" geworden ist, gibt es fast gar keine „diskriminierenden" Fahrscheinkontrollen mehr, was auch solche Schwarzfahrer erfreut, die schon länger hier leben. Eine Deeskalationsmaßnahme der DVB oder eher die Folge schnöder Feigheit auf Seiten der „Nachlösegebühren"-Eintreiber? Dabei waren die in der Vergangenheit immer ein Musterbeispiel an Zivilcourage und gnadenloser Konsequenz, wenn es darum ging, verschüchterten asiatischen Touristen mal eben 60 Euro abzuknöpfen, weil diese das pseudoenglische Kauderwelsch an den Ticketautomaten nicht verstanden hatten. Aber Japaner und Chinesen tragen eben zumeist kein Messer bei sich ...

Ansonsten bevölkern auch viele „Schutzsuchende" mit islamisch korrektem Habitus sowie mehr oder weniger zahlreichen Sprösslingen das Gelände der Universitätsklinik in der Landeshauptstadt. Hier liegt ihr Anteil an den Patienten – so erscheint es zumindest dem Betrachter – deutlich über 0,6 Prozent. Was aber natürlich sicher nicht die Ursache dafür ist, dass Einheimische zunehmend länger auf Termine bei den Spezialisten warten müssen, während ihre Krankenversicherungsbeiträge steigen und steigen. Ebenso ist es gewiss nur Zufall, wenn die Dresdner Schulen neuerdings eine starke Zunahme von Tuberkulosefällen melden.

Volkshochschulkurse über Kleiderordnung im Islam

In einem anderen Krankenhaus der Landeshauptstadt, nämlich dem Klinikum Friedrichstadt, wurde Sachsens zweites Neujahrsbaby geboren. Die kleine Avrin kam um Punkt 1.18 Uhr zur Welt – sehr zur Freude des stolzen syrischen Elternpaares und um eine ganze Stunde eher als ihre palästinensisch-syrische Geschlechtsgenossin Talaa in Chemnitz.

Deutlich stiller und leerer als in den gut ausgelasteten Kreissälen des Freistaates war es hingegen in der Silvesternacht auf dem Theaterplatz vor der Semperoper, die seit Jahren heldenhaften Widerstand gegen die Aufmärsche von Pegida leistet – zum Beispiel durch neckische Laserspielchen und das Hissen bunter Fähnchen. Dort, wo in den Vorjahren rauschende Feiern stattfanden, herrschte nun vollkommene Tristesse. Natürlich fiel die Party nicht wegen Sicherheitsbedenken angesichts all der Massengrabschereien aus ähnlichem Anlass ins Wasser. Ein Schelm, wer derartig Arges denkt! Grund für die Absage war einzig und allein die Dauerbaustelle auf der 100 Meter entfernten Augustusbrücke, sagt die Stadtverwaltung.

Trotzdem ist es löblich vorausschauend, wenn die Volkshochschule Dresden nun einen Kurs für die einheimischen Frauen und Mädchen über „Kleiderordnungen im Islam" anbietet. Der verschafft den emanzipierten Damen von der Elbe Gelegenheit, sich wahlweise Hijabs, Nikabs und Tschadors über den Kopf zu stülpen oder gleich eine komplette Burka anzulegen, um „die Wahrnehmung zu schärfen." Denn wer weiß, wozu das künftig nötig sein wird. Sagten sich wohl auch die Stadtväter, welche den Kurs mit öffentlichen Mitteln bezuschussen. Da behaupte jetzt noch ein AfD- oder Pegida-„Populist", es sei bloß Geld für Flüchtlinge da! *Wolfgang Kaufmann*

Straßenszene in Dresden: Deutschlandfähnchen zum Tag der Einheit am 3. Oktober. Zuwanderer prägen trotzdem Bild und Atmosphäre der Stadt

Bild: Imago



Das Ostpreußenblatt

Nr. 5 – 2. Februar 2018

MELDUNGEN

Schalke spielt auf der Lomse

Königsberg – Die deutsche Fußballmannschaft des FC Schalke 04 wird am 22. März ein besonderes Testspiel gegen den lokalen Zweitligisten FK Baltika im neuen WM-Stadion auf der Lomse bestreiten. Es ist das Eröffnungsspiel, mit dem das 35 000 Besucher fassende Stadion praktisch eingeweiht wird. Bevor die für die WM vorgesehenen vier Länderspiele, darunter das Topspiel England gegen Belgien, ausgetragen werden können, müssen laut den Regeln der FIFA zunächst drei Testspiele stattfinden, bei denen die Arena bis auf den letzten Platz besetzt sein muss. Dass die Wahl auf Schalke fiel, hat der Club seinem Hauptsponsor Gazprom zu verdanken, auf dessen Bestreben das Spiel gegen FK Baltika stattfinden wird. Nach der WM soll der Königsberger Club seine Heimspiele im Lomse-Stadion durchführen. *MRK*

Dietrichswalde hat mehr Pilger

Dietrichswalde – Im vergangenen Jahr haben etwa 600 000 Pilger den Wallfahrtsort Dietrichswalde besucht, wie die Kurie der Ermländischen Erzdiözese bekannt gab. Die Gläubigen begingen den 140. Jahrestag der Marien-Erscheinung. Probst Marcin Chodorowski erzählte, dass im Jubiläumsjahr doppelt so viele Pilger Dietrichswalde besucht hatten wie in den vorhergehenden Jahren, in denen ihre Zahl auf etwa 300 000 geschätzt wird. Am 30. September hat zudem der Dietrichswalder Neun-Jahres-Zyklus zur Vorbereitung des 150. Jahrestages der Marien-Erscheinung im Jahre 2027 begonnen. Im Jahre 1877 war in Dietrichswalde den beiden Mädchen Barbara Samulowski (12) und Justina Szafrynski (13) im Zeitraum vom 27. Juni bis 16. September mehrmals die Gottesmutter erschienen. Die Erscheinung in Dietrichswalde war ein Politikum in der Zeit des Kulturkampfs. Sie soll auf Polnisch zu ihnen gesprochen und empfohlen haben, das Rosenkranz-Gebet zu pflegen. Die Erscheinung ist die einzige, welche die katholische Kirche in der Republik Polen anerkennt. *PAZ*

Maßnahmen zur Luftreinheit

Allenstein – In Allenstein wurden 25 Detektoren installiert, die den Grad der Luftverschmutzung messen sollen. Dazu plant die städtische Polizei die Anschaffung neuer mobiler Messgeräte. Die Maßnahmen dienen dazu, den Smog zu bekämpfen. Die Polizei soll die Verschmutzungsquelle aufspüren. Es gehe nicht um Bestrafung, sondern darum, das Bewusstsein der Bürger zu schärfen, so der Polizeipräsident. Geschätzt wird, dass in Polen jährlich 46 000 Personen an den Folgen der Luftverschmutzung sterben. *PAZ*

Schneechaos in Königsberg

Trotz Wettervorhersage: Plötzlicher Wintereinbruch traf den städtischen Räumdienst unvorbereitet

Ende Januar war zum ersten Mal in diesem Jahr in Ostpreußen Schnee gefallen. Obwohl es nur wenige Zentimeter waren, kam der städtische Räumdienst in Königsberg mit seiner Arbeit nicht hinterher und der Verkehr zum Erliegen.

Schon mit relativ geringem Schneefall überfordert: Städtischer Räumdienst im Einsatz auf dem Hansaplatz

Foto: J.T.

Zur Freude der Kinder fiel endlich der lang ersehnte Schnee, der auch nach mehreren Stunden noch liegenblieb. Auf allen Straßen und Höfen der Stadt hatte er sich ausgebreitet und sorgte bei Autofahrern und Fußgängern für Stress und Verdruss. Unmittelbar nach Einsetzen des Schneefalls beschwerten sich die Autofahrer über den Zustand der Straßen. Ihrer Meinung nach war der städtische Räumdienst, der für die Sauberkeit der Straßen und Bürgersteige verantwortlich ist, seiner Pflicht nicht nachgekommen. In der Stadt hatten sich lange Staus gebildet. Der Pressedienst der Stadt konnte auch keine Auskunft darüber geben, wann die Hauptstraßen geräumt würden, obwohl die Verschlechterung des Wetters schon am Morgen bekannt gewesen war.

Erstaunlich ist, dass ein relativ geringer Schneefall von nur wenigen Zentimetern zu solch einem Kollaps des Stadtverkehrs geführt hatte. Innerhalb von 24 Stunden hatten sich 23 kleinere Unfälle ereignet. Die Kraftfahrzeuginspektion glaubt, dass sie sich wegen des Schnees ereignet hätten und weil die Autofahrer auf die Wetterverhältnisse trotz Wettervorhersage nicht vorbereitet gewesen seien.

Darüber hinaus hat der Schneefall gezeigt, wie schlecht die kommunalen Dienste vorbereitet waren. Die Straßen waren zuvor nicht mit Salz abgestreut worden, was zu einem schnellen Schmelzen von Eis und Schnee geführt hätte. Selbst einen Tag nach Einsetzen des Schneefalls waren die meisten Wege und Bürgersteige noch mit Schnee bedeckt. Zwar waren sofort nach Beginn des Schneefalls auf den Königsberger Straßen alle städtischen Räumfahrzeuge im Einsatz, aber sie stellten sich als unzureichend heraus, weshalb weitere Räumfahrzeuge aus den umliegenden Gemeinden Königsbergs herangezogen werden mussten. Dies geschah nicht zufällig, da nicht nur Autofahrer und Fußgänger unter den Wetterbedingungen litten, sondern auch die Schneeräumgeräte, die auf den Königsberger Straßen im Einsatz waren. In einer einzigen Nacht fielen vier Fahrzeuge aufgrund von Defekten aus, also fast ein Drittel aller



Mittel für neue Räumfahrzeuge

Räumgeräte. Sie wurden kurzfristig repariert und wieder zum Einsatz gebracht.

Dennoch beschwerten sich die Bürger, weil nur die Straßen im Zentrum geräumt wurden, im Bereich des Hansaplatzes, um die Stadtverwaltung und die Gebietsregierung. In den Wohnvierteln Königsbergs war überhaupt keine Tätigkeit des Schneeräumdienstes zu bemerken – die Straßen und Gehwege waren von einer Schicht aus tauendem Schnee bedeckt. Auch auf den Hauptstraßen hatte sich schmutziger Schneematsch gebildet, der unter den Rädern der Autos wie Fontänen auf die Fußgänger spritzten.

Nach der Erkenntnis, dass weder die herbeigeholten Räumfahrzeuge aus dem Gebiet noch die Gebete von Bürgermeister Alexander Jaroschuk – der als Gläubiger immer auf Gebete zurückgreift – die Situation auf den Straßen retten konnte, wurde in der Stadtverwaltung im Schnellverfahren beschlossen, neun weitere Räumfahrzeuge für das städtische Unternehmen „Tschistota“ anzuschaffen. Die Fahrzeuge sollen geleast werden, die Mittel dafür sind im Haushalt bereits vorgesehen. Laut dem Bürgermeister wären für eine Verbesserung der Räumtechnik jedoch Dutzende zusätzlicher Fahrzeuge vonnöten.

Es ist erwähnenswert, dass Jaroschuk sich vor der Silvesterfeier über den Schneemangel beklagte: „Den Kindern zur Freude hätte ich gerne Schnee. Aber daraus wird nichts. Wahrscheinlich haben wir zu viel gebetet. Aber tatsächlich rettet uns das. Sie kennen den Zustand der Infrastruktur unserer Heizsysteme.“

Diesmal wurde das Gebet des Bürgermeisters erhört und es hat aufgehört zu schneien. Aber wie lange hält das? *J. Tschernyschew*

Erstes Café für Katzenliebhaber

Allensteiner Stiftung hilft obdachlosen Tieren – Finanzierung über Verkauf von Kunstwerken

Am 24. Januar ist in Allenstein in der Maria-Skłodowska-Curie-Straße 22 ein einzigartiges Lokal eröffnet worden. Es handelt sich um das erste nicht kommerzielle Katzencafé in der Republik Polen. Die meisten derartigen Lokale in der Republik Polen und in ganz Europa sind vorwiegend kommerziell eingestellt. Das Ziel des karitativ betriebenen Kaffeehauses sei es – wie die Vorsitzende der Stiftung „Schnurrender Therapeut“ Elzbieta Krywko erklärte – der Obdachlosigkeit der Tiere in der Stadt entgegenzuwirken und die Adoption der herrenlosen Katzen voranzubringen.

„Allenstein liebt Katzen“ ist der Name des Cafés, das täglich von 12 bis 19 Uhr geöffnet hat. Da hier tatsächlich sieben Katzen ihren Wohnort haben, ist man auf Ruhe und Wohlbefinden der tierischen Bewohner bedacht. Deswegen bieten die Kneipenbetreiber nur 14 Plätze für die Gäste an, und die Möglichkeit, eine ausgelassene Party mit lauter Musik zu organisieren, kommt natürlich nicht in Frage. Vielmehr stehen hier den Katzen spezielle an den Wänden befestigte Bretter und Kletterleitern zur Verfügung. Der Eintritt kostet zirka zwei Euro für eine Stunde. Die Besucher können nicht nur ein Stück Kuchen oder eine Tasse Kaffee trinken, sondern auch ein künstlerisches Handwerkserzeugnis kaufen, das thematisch mit Katzen verknüpft ist. An den Wänden hängen Bilder mit Darstellungen von Katzen. Die von Studenten des Instituts für Malerei geschaffenen und ausgestellten Werke verleihen dem Lokal ein einzigartiges Klima, und wem dieses oder jenes Kunstwerk gefällt, der wird es sich auch anschaffen.

Das Café besteht aus vier Räumen. Es gibt ein Zimmer, das als Asyl für Katzen gedacht ist. Wenn sie genug von der menschlichen Gesellschaft haben, können sie sich in ihren Zufluchtsort zurückziehen. Ein anderer Raum ist für die Besucher vorgesehen. Man kann hier etwas essen und trinken. In der Hauptzone, die aus zwei zusammengeschlossenen Zimmern entstanden ist, treffen sich Menschen und Tiere. Krywko hofft, dass aus diesen Begegnungen feste Freundschaften werden und viele Katzen ein neues Zuhause finden. Bemerkenswert ist übrigens auch, dass die Adoption keine Staatsgrenzen kennt, denn zwei der tierischen Zöglinge der Stiftung wurden in deutschen Familien aufgenommen. *Dawid Kazanski*



Hier dreht sich alles um die Katze: Gäste haben es sich in dem einzigartigen Kaffeehaus „Allenstein liebt Katzen“ gemütlich gemacht

Foto: D. K.



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

unsere Ostpreußische Familie hatte sich, wie Ihr sicher festgestellt habt, eine kleine Pause gegönnt – allerdings unfreiwillig. Denn es war ein Fall eingetreten, der im wahrsten Sinne des Wortes meine Bewegungen einschränkte, zu denen auch allwöchentlich die „Familienarbeit“ am PC gehört: Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen, die man in meinem Alter schon beachten muss, bin ich trotz Rollator hingefallen, was mir eine meiner Rippen übelnahm. Hört sich alles sehr lustig an, war es aber nicht, sondern recht schmerzhaft und ist auch jetzt noch nicht abgeklungen, aber ich möchte die Ostpreußische Familie nicht länger warten lassen, zumal ich sie schon heute auf eine Änderung im Erscheinen unserer Kolumne vorbereiten muss: Sie wird ab Mitte Februar in 14-täglichen Turnus erscheinen. Für mich bedeutet dies, dass ich nicht in jeder Ausgabe präsent bin, dafür aber mehr Zeit zu den erforderlichen Nachfragen habe, die persönlich gestellt werden und manchmal auch auf Wunsch der Anfragenden vertraulich behandelt werden müssen. Das verlangt viel Zeit und Geduld trotz der schnellen Kommunikationsmöglichkeiten, die wir heute haben. Die Fragen werden immer schwieriger, weil die von den Anfragenden gemachten Angaben oft fehlerhaft oder sogar falsch sind, da die Betreffenden keinerlei Kenntnis über unsere Heimat besitzen. Aber solche Fälle haben wir ja schon oft in unserer Kolumne behandelt und werden es auch weiter in gewohnter Weise tun, es bleibt eben alles beim Alten, nur in 14-täglichem Rhythmus.

Schwierigkeiten gibt es vor allem dann, wenn alte Urkunden oder andere Dokumente in Sütterlinschrift als Vorlage dienen. Da ich diese ja in der Schule gelernt und nie vergessen habe, kann ich zumeist schon helfen, ohne unsere Leserinnen und Leser zu bemühen. Genauso ergeht es mir mit dem Niederpreußischen, unserem ostpreußischen Platt, das ich noch heute spreche und in dem ich besonders gerne schreibe. Und da habe ich mich köstlich amüsiert, als ich einen lieben Gruß aus Österreich mit dem plattdeutschen Gedicht von Käthe Sender „An den Weihnachtsmann“ bekam, das die Absenderin ins Hochdeutsche übersetzt hatte – damit ich es besser verstehen konnte! Und sie hat es gut gemacht, muss ich schon sagen. Der Hauptgrund ihres Schreibens an mich ist allerdings ein anderer, und auch der ist ungewöhnlich: Während ich oft Fragen nach der österreichischen Herkunft von Landsleuten Salzburger Abstammung bekomme, schreibt hier eine Österreicherin mit ostpreußischen Wurzeln, und die befinden sich in Nordenburg/Plickau. Aber es geht Frau **Ingeborg Forstner** aus Eferding gar nicht um Ahnensuche, sondern um ein Gedicht, das ihr eine Nordenburgerin einmal vortrug und das sie so gerne in vollem Wortlaut besitzen möchte. Da es mir auch unbekannt ist, gebe ich die Frage weiter an unsere Leserinnen und lasse Frau Forstner selber erklären, wie es zu dieser Gedichtsuche kommt:

„Ich habe einen kleinen Funken Hoffnung, dass Sie mir bei der langjährigen Suche nach einem vollständigen Gedichtchen eventuell helfen können. Leider kenne ich weder den Titel noch wer es schrieb. Nur eine Textpassage ist mir bekannt, die mir eine sehr lieb gewordene Ostpreußin einmal bei einem Telefongespräch vorsagte und die es selber sehr bedauert, dass ihr partout nicht der vollständige Text von einem Gedichtchen einfallen will. Diese Bekannte hat es einmal als Schülerin auf einem Kirchenfest in der Nordenburger Kirche vorgetragen. Sie selber und auch ich versuchten es immer wieder von ehemaligen Nordenburgern und über Ostpreußen aus anderen Regionen unseres Bekanntenkreises, Näheres ermitteln zu können. Bisher leider erfolglos. Frau **Anita Motzkus** gab mir nun den Rat, dass ich mich an Sie wenden sollte.“

Sozusagen als letzte Möglichkeit. Und ich hoffe, liebe Frau Forstner, dass wir Sie nicht enttäuschen. Wenn Ihre Bekannte das Gedicht bei einer kirchlichen Feier in Nordenburg vorgetragen hat, müssten es damals auch andere Kinder gelernt haben. Vielleicht im Konfirmandenunterricht, denn es könnte aus einem Buch stammen, das dem Religionsunterricht diente. Die einzige Textpassage, die Frau Forstner angeben kann, lautet:

„Großmutter nahm ihr Bibelbuch, ein ganz vergilbtes, aus dem Schrein. Sie schlug es auf, das gelbe Licht der Lampe fiel hinein. Großmutters furchiges Gesicht umglänzte warmer Schein.“

Vielleicht kommt nun bei mancher Leserin oder manchem Leser die Erinnerung, es wäre unserer Österreicherin mit ostpreußischen Wurzeln sehr zu wünschen, der wir einen herzlichen Gruß senden. (Ingeborg Forstner, Franz-Vogl-Straße 12/14 in 4070 Eferding, Österreich, Telefon 0043 7272 596 12, E-Mail: ingeborg.forstner@gmx.at)



Auch das ist Erinnerung: Ostpreußenschanze auf den Galtgarben im Samland

Bild: Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Wenn man schon einmal auf der Spurensuche in unserer Ostpreußischen Familie erfolgreich war, erhofft man diese positive Reaktion auch für weitere Fragen, falls diese nicht auf andere Weise gelöst werden können. Und so wendet sich Frau **Sigrid Biemann** aus Schwerin erneut an uns, denn wir hatten ihr geholfen, den Wohnort und das Haus ihrer Familie auf dem Nassen Garten in Königsberg zu finden. Leider konnten unsere Leser und Leserinnen nur die Stelle ermitteln auf der das Haus Karl Straße Nr. 2 gestanden hatte, von ihm gibt es keinen Stein mehr. Bei ihrem letzten Besuch in Königsberg führte ein junger Russe sie zu einem noch vorhandenen Haus aus der Zeit vor der sowjetischen Eroberung. Wie Frau Biemann meint, handele es sich um die ehemalige Frühstücksstube in der Berliner Straße. In diesem Jahr will sie wieder nach Königsberg fahren, um alte Spuren zu vertiefen und neuen nachzugehen. Allerdings wird dies, was die heutige Frage angeht, sehr schwierig sein, denn es handelt sich um ihre Vorfahren aus der mütterlichen Linie, über die sie mehr wissen möchte, wie sie schreibt:

„Im Adressbuch von 1888 fand ich die Namen **Gottfried Ruloff**, Zimmermann-Geselle, sowie **Amalie** Ruloff geborene **Hoffmann**, Witwe. Könnten es meine Urgroßeltern sein? Meine Großmutter war **Helene Ruloff**, geboren 1891. Sie war verheiratet mit **Ernst Groß**. Meine Großmutter erzählte, dass ihre Mutter verhungert sei und in einem Massengrab begraben wurde. Dann fand ich noch im Adressbuch den Namen **Mathilde Ruloff**, Nasser Garten 138, und weiter **Jul.** Ruloff geborene **Kunz**, Nasser Garten 146 b, und **F.** Ruloff, Tischler, Rosen-Straße 19. Waren sie alle miteinander verwandt?“

Diese Frage werden unsere Leser auch nicht klären, aber vielleicht Hinweise auf diese Familie geben können, denn der Name war in Königsberg nicht sehr häufig, und vor allem nicht auf einem begrenzten Raum wie dem Nassen Garten. Und außerdem waren unsere alten ostpreußischen Familien nicht gerade kinderarm, da kam schon eine stattliche Verwandtschaft zusammen. Frau Biemann bedauert, dass Großmutter und Mutter nur wenig von Königsberg erzählt haben, der Verlust der Heimat muss für sie zu groß gewesen sein, dass sie nicht darüber sprechen konnten. Und Sigrid war, als sie hätte nachfragen können, noch ein kleines Mädchen – umso größer ist jetzt das Verlangen, die Vergangenheit ihrer Familie zu erhellen. „Ich vertraue wieder auf die Ostpreußische Familie“ – aus diesem Schlusssatz ihres erneuten Anliegens spricht viel Hoffnung. (Sigrid Biemann, Lise-Meitner-Straße 12 in 19063 Schwerin.)

Was hat die Stadt Königsberg ausgemacht und was haben die Menschen auf ihrer Flucht mitgenommen? Diese Frage hatte ich in Folge 50/17 in den Raum gestellt, und sie hat so manchen Leser zum Nachdenken gezwungen. So auch Herrn **Dirk Oelmann** aus Oranienburg: „Manchmal ist es nur ein Wort und die Erinnerung ist da!“ Und die führt ihn nach Ostpreußen, und ein Name genügte ihm, um in Kurzform seine Familiengeschichte zu schildern, mit der er sich nun fast 20 Jahre lang beschäftigt. Da hat er auch genug zu tun, denn seine Familie ist ein buntes Gemisch, wie er schreibt. „Meine Mutter und ihre Familie stammen aus dem Ermland, aus Süssenberg und Bleichenbarth bei Kiwitten. So war meine Erinnerung sofort da, als ich in Ihrem Artikel den Namen Michalski gelesen habe. Der passt so wunderbar in den Kreis Heilsberg. Die Familie meines in Berlin geborenen Vaters stammt aus Berlin-Tempelhof, Schöneberg, Grunewald. Eine typische Beamtenfamilie, mein Uropa war Lokführer und Maschinenbauingenieur, er hatte irgendwas mit dem Aufbau der Berliner S-B zu tun und ist 1935 tödlich verunglückt. Meine Großmutter aus der väterlichen Linie stammte aus Mittweida in Sachsen. Die Familie besaß dort eine Druckerei und konnte 1930 deren 50-jähriges Bestehen feiern. Meine Mutter kommt aus einer ermländischen Kleinbauernfamilie. Sie wurde 1943 noch in Süssenberg geboren, aber für sie wurde Brandenburg zur neuen Heimat. Ein Teil meiner Wurzeln liegt in Ostpreußen, lebendig geblieben durch die Erinnerungen an meine Oma und meine Tante, die vor zwei Jahren verstarb. Sie hatte noch eine Sprachfärbung aus Ostpreußen mitgebracht, die mich sehr stark an meine verstorbene Oma erinnerte“. Das ist es, was Dirk Oelmann im Hinblick auf meine Frage dazu äußern wollte: Nur die Klangfärbung eines einzigen Wortes kann genügen, um Erinnerungen an einen Menschen und dessen Heimat zu wecken und diese in die Familiengeschichte einzubinden, wo sie jederzeit abrufbar sind. In seinem, durch meine Königsberg-Frage ausgelösten Schreiben geht Dirk Oelmann ausführlich auf den Begriff „Heimat“ ein: Für ihn ist es die Gegend zwischen Oder und Elbe, in der er aufgewachsen ist und in der er fast sein ganzes Leben verbracht hat. Aber diese Überlegungen würden in unserer heutigen Kolumne den Rahmen sprengen. So bleibt mir leider im Augenblick nichts anderes übrig, als unserem Leser aus Schwerin für seine ausführliche Stellungnahme zu danken.

Eure

Ruth Geede





Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

PiS-Senator erhebt schweren Vorwurf gegen Medien

Laut Jerzy Czerwinski sollen Beiträge über Rechtsradikale in Polen die Restitution des »verlassenen jüdischen Eigentums« beschleunigen

Huldigungen des slawischen Donnergottes Perun, die sich jährlich am 3. Mai wiederholenden Aktionen mit Hitlergruß am Denkmal der polnischen Aufständischen auf dem oberschlesischen St. Annaberg sowie das Verbrennen von EU-Fahnen oder Angela-Merkel-Bildern sind Beispiele dafür, dass Skinhead-Gruppierungen in der Republik Polen sehr aktiv sind. Im schlesischen Brieg [Brzeg] wurde nun eine Sektion des Nationalradikalen Lagers (Oboz Narodowo-Radykalny, ONR) wegen antisemitischer und antideutscher Propaganda sowie dem Gebrauch nationalsozialistischer Symbolik verboten. Im August kam es zu Übergriffen auf eine afrikanische Familie im westpreußischen Löbau [Lubawa] und ab und zu berichten Medien von verbalen Angriffen gegen Ausländer in Großstädten. Doch all dies hat bislang nicht die teils hysterischen Wellen geschlagen, die ähnliche Ereignisse deutscher Gruppen in der Bundesrepublik hervorrufen. Ein Ruck durch die polnische Medienlandschaft und politische Gremien ging jedoch, nachdem der private Fernsehsender TVN einen Beitrag über den Gemeinnützigen Verein „Stolz und Moderne“ (Duma i Nowoczesnosc) ausgestrahlt hatte.

Mit versteckter Kamera wurden unter anderem Bilder von einer im Wald bei Loslau [Wodzislaw Slaski] zelebrierten Geburtstagsfeier Adolf Hitlers aufgenommen. Der Beitrag zeigt einige als Wehrmachtsoldaten und SS-Männer verkleidete Männer und Jugendliche, die Reichsflaggen hissen und den Hitlergruß zeigen. Ein großes Hakenkreuz aus Holz wird entzündet, im Hintergrund hört man Marschmusik.

Jacek Lanuszny, der stellvertretende Vorsitzender von „Stolz und Moderne“, hat ein Ende November in Kattowitz durchgeführtes „Happening“ organisiert, während dem auf Richtplätzen sechs EU-Abgeordnete der Bürgerplattform symbolisch in Form ihrer Portraits erhängt wurden. Die Parlamentarier hatten im EU-Parlament für eine Resolution gestimmt, in der die polnische Regierung aufgerufen wird, die „xenophoben und faschistischen“ Unabhängigkeitsmärsche am 11. November, dem „Tag der Unabhängigkeit“ zu verurteilen. „Wir wollten auf diese krasse Weise unseren Widerstand ausdrücken“, sagte Lanuszny gegenüber dem Onlineportal gazeta.pl. Lanuszny ist zugleich Assistent des Sejmabgeordneten Robert Winnicki, der Vorsitzender der Nationalen Bewegung (Ruch Narodowy) ist. Lanuszny ist zugleich Chef der 2009 gegründeten Stiftung „Adlernest“ (Orle Gniazdo) im oberschlesischen Tichau [Tychy], die seit fünf Jahren das Musik-Festival „Adlernest“ organisiert, bei dem es, so TVN24, dem ersten polnischen Nachrichtensender mit Programm rund um die Uhr, zu rassistischen und den Nationalsozialismus huldigenden Auswüchsen der Teilnehmer kommen soll. Jährlich finden republikweit derartige Festivals statt, zum Beispiel im niederschlesischen Lampersdorf [Grodziszcze] im Kreis Neumarkt [Sroda Slaska].

Derartige Zwischenfälle müssten geahndet werden, so Senator Jerzy Czerwinski (PiS), doch man dürfe dabei das Ausmaß des Geschehens nicht überschätzen. „Man kann kaum von einem öffentlichen Vorfall sprechen, da es im Wald geschah, von Veröffentlichung nazistischer Symbolik kann hier auch keine Rede sein, es sei denn, man würde Eichhörnchen als Adressaten nehmen“, sagte Czerwinski im Radio Oppeln. Der Senator stellt sich eher die Frage, warum der Sender TVN erst ein Jahr nach den Geschehnissen seinen Beitrag publik machte. Der Zeitpunkt gebe ihm zu denken, da wie Czerwinski betonte, die Sache just in dem Augenblick der Öffentlichkeit präsentiert wird, in dem nun der US-Senat über die Akte S447 (Restitution jüdischen Eigentums) debattiert. Laut Czerwinski sollen derartige Medienbeiträge die Restitution des „verlassenen jüdischen Eigentums“, das vom polnischen Staat übernommen wurde und nun den Besitzern zurückgegeben werden soll, beschleunigen.

Robert Tistek von der Partei Kukiz15 sieht in der medialen Berichterstattung eine Attacke gegen Polen. „Man stellt uns als Faschisten dar, spricht von 100 000 Faschisten, die am Unabhängigkeitsmarsch teilgenommen haben. Wir müssen mit derartigen Ausschweifungen kämpfen, das ist klar, aber zu Hause, nicht in einem europäischen Forum“, so der in Derschau [Suchy Bor] bei Oppeln lebende Kukiz15-Politiker.

Selbst in dieser Debatte suche man immer die Schuld bei anderen, so der Abgeordnete der Deutschen Minderheit, Ryszard Galla. „Als letzte Woche die Frage aufkam, ob wir in einem vom Faschismus infizierten Land leben, antwortete der ehemalige Abgeordnete Zbigniew Girzynski, bei den Akteuren des TV-Beitrages könnte es sich um Bürger der deutschen Minderheit handeln!“, so Galla. *Chris W. Wagner*



ZUM 102. GEBURTSTAG

Siebeck, Ella, geb. **Will**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 2. Februar

ZUM 100. GEBURTSTAG

Mallek, Hans, aus Freidorf, Kreis Neidenburg, am 8. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Loch, Heinz-Wilhelm, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 4. Februar
Peters, Martha, geb. **Kukulies**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 8. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Kowalewski, Emma, geb. **Piotrowski**, aus Rothof, Kreis Lyck, am 2. Februar
Kühling-Schediwy, Ilse, geb. **Blumstein**, aus Neidenburg, am 7. Februar
Kuhrau, Martha, geb. **Benson**, aus Königsberg, Kreis Fischhausen, am 1. Februar
Lange, Willy, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 3. Februar
Ziegler, Ella, geb. **Saborowski**, aus Petzkau, Kreis Lyck, am 3. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Dahmen, Erika, geb. **Borchert**, aus Frisching, Kreis Preußisch Eylau, am 6. Februar
Kamutzki, Charlotte, geb. **Drutsch/Grabowski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 4. Februar
Klick, Erna, geb. **Ludwig**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 8. Februar
Kummetz, Bruno, aus Gronwalde, Kreis Elchniederung, am 6. Februar
Kumpczyk, Gertrud, geb. **Framke**, aus Bludau, Kreis Fischhausen, am 8. Februar
Rohde, Lieselott, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 6. Februar
Rose, Elsa, geb. **Bröker**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 3. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Adamaszek, Franz-Heinz, aus Kalkofen, Kreis Lyck, am 4. Februar
Grieschat, Valentina, geb. **Grabowski**, aus Neidenburg, am 2. Februar
Ludwig, Ruth, geb. **Trzaska**, aus Lyck, Abbau, am 5. Februar
Piepke, Else, geb. **Goetzie**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 2. Februar
Warnecke, Elfriede, geb. **Matheszick**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 2. Februar
Willutzki, Dr. Hans, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 7. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bednarz, Anita, geb. **Jebramzik**, aus Glinken, Kreis Lyck, am 2. Februar
Bitsching, Hilde, geb. **Lasarzewski**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 3. Februar
Both, Waltraud, geb. **May**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 2. Februar
Buchau, Benno, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 6. Februar
Buczko, Herbert, aus Lyck, Morgenstraße 11, am 7. Februar
Köhler, Hedwig, geb. **Kossack**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 4. Februar
Krüger, Heinz, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 7. Februar
Moll, Hedwig, geb. **Todzi**, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 7. Februar
Piekatz, Margarete, geb. **Kerstan,** aus Lehlesken, Kreis Ortelsburg, am 28. Januar
Urmann, Gerda, geb. **Naujoks**, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, am 8. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bloße, Dorothee, aus Schneckenmoor im Gutsbezirk Schnecken Forst, Kreis Elchniederung, am 2. Februar
Karpa, Gertrud, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 7. Februar
Masur, geb. **Knorr**, Edith, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 7. Februar
Skowronnek, Erich, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 8. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Elfert, Christel, geb. **Reinies**, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, am 6. Februar
Iwanzik, Edith, geb. **Koyro**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 7. Februar
Klein, Rudolf, aus Lyck, am 7. Februar
Laut, Else, geb. **Kutz**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 8. Februar
Lehmkuhl, Lydia, geb. **Rausch**, aus Gaistauden, Kreis Tilsit-Ragnit, am 4. Februar
Mahner, Margot, Kreisgemeinschaft Bremen, am 2. Februar
Osenger, Margot, geb. **Büttgenbach**, aus Millau, Kreis Lyck, am 7. Februar
Poeppel, Otto, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 153, am 3. Februar
Werner, Otto, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 6. Februar
Wieland, Edeltraud, geb. **Kinder**, aus Neidenburg, am 7. Februar
Zimmermann, Irmgard, geb. **Soldat**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 2. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bielenberg, Margarete, geb. **Baumgart**, aus Wacholderaus, Kreis Ortelsburg, am 5. Februar
Däblitz, Heinz, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 6. Februar
Dwojakowski, Ernst, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 2. Februar
Hieronymus, Margarete, geb. **Kaminski**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 4. Februar
Lehsmeier, Erika, geb. **Stiller**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 3. Februar
Lemke, Minna, geb. **Seinwill**, aus Neu Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 7. Februar
Puck, Alfred, aus Lyck, Falkstraße 21, am 5. Februar
Weltecke, Elly, geb. **Feuersenger**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 70, am 7. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Baldzuhn, Edeltraut, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 6. Februar
Broge, Günter, aus Genslack, Kreis Wehlau, am 5. Februar
Flügel, Gerda, geb. **Scheufele**, aus Groß Sakrau, Kreis Neidenburg, am 3. Februar
Güldenstern, Adalbert, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 7. Februar
Jablonowski, Willy, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 8. Februar
Kanert, Arno, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, am 8. Februar
Kopka, Erich, aus Höhenwerder, Kreis Ortelsburg, am 3. Februar
Neiß, Werner, aus Wehlau, und aus Berkeln, Kreis Elchniederung, am 7. Februar
Poreda, Hans, aus Funken, Kreis Lötzen, am 2. Februar
Rafael, Erich, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 8. Februar
Schaar, Ursula, geb. **Hinz**, aus Lindendorf, Kreis Elchniederung, am 2. Februar
Schenk, Erna, geb. **Lang**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 3. Februar
Schlaugat, Reinhold, aus Bartken, Kreis Treuburg, am 4. Februar
Weiß, Liselotte, geb. **Tylitzki**, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 8. Februar
Winzbeck, Ruth, geb. **Kotowski**, aus Monken, Kreis Lyck, am 8. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bobrink, Christa, geb. **Pallutt**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 5. Februar
Bolz, Günter, aus Ebenrode, am 6. Februar
Brand, Willy, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 6. Februar
Conrad, Kurt, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 6. Februar
Dubies, Heinz, aus Milussen, Kreis Lyck, am 4. Februar
Ebert, Helmut, aus Milucken, Kreis Lyck, am 3. Februar
Gertulla, Ruth, geb. **Przetak**, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, am 2. Februar
Hermund, Erika, geb. **Horn**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 4. Februar
Kalata, Stefan, aus Lyck, am 3. Februar
Kizina, Werner, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 4. Februar
Mahnel, Elli, geb. **Pusch**, aus Bissnen, Kreis Ebenrode, am 6. Januar
Mainka, Anneliese, geb. **Mentz**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 6. Februar
Melenk, Werner, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 5. Februar
Meyer, Charlotte, geb. **Werner**, aus Windkeim/Klein Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 5. Februar
Neudahm, Waltraud, geb. **Wiese**, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 3. Februar
Rega, Siglinde, geb. **Grust**, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 2. Februar
Rogalla, Johann, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 3. Februar
Schmidt, Erika, geb. **Sanio**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 6. Februar
Schrage, Anneliese, geb. **Skiba**, aus Neidenburg, am 8. Februar
Symanowski, Johannes, aus Gingen, Kreis Lyck, am 6. Februar
Weißenborn, Renate, geb. **Böhme**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 8. Februar
Wiese, Elisabeth, geb. **Pfeffer**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 6. Februar
Zalenga, Willi, aus Neidenburg, am 3. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bielke, Klaus-Jürgen, aus Lyck, am 4. Februar
Bludau, Aloys, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 7. Februar
Eder, Siegfried, aus Klimmen, Kreis Ebenrode, am 2. Februar
Fabian, Dieter, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 6. Februar
Friedrich, Grete, geb. **Sewerin**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 4. Februar
Krause, Inge, aus Liebnicken, Kreis Preußisch Eylau, am 8. Februar
Leutritz, Christel, geb. **Hölger**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 7. Februar
Murawski, Elfriede, aus Gutenborn, Kreis Lyck, am 4. Februar
Olbrisch, Erna, geb. **Link**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 6. Februar
Rehagel, Georg, aus Großudertal, Kreis Wehlau, am 2. Februar
Reich, Eberhard, aus Antonswiese, Kreis Elchniederung, am 5. Februar
Reich, Peter, aus Wehlau, am 4. Februar
Reisenauer, Gisela, geb. **Westermann**, aus Gortzen, Kreis Lyck, am 8. Februar
Schröder, Adele, aus Lieblacken, Kreis Wehlau, am 6. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bachmann, Gisela, geb. **Leinweber**, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 3. Februar
Bast, Günter, aus Ibenwerder, Kreis Elchniederung, am 4. Februar
Bierfreund, Lieselotte, geb. **Szepanski**, aus Sucholasken, und Soltmahnen, Kreis Lötzen und Lyck, am 7. Februar
Jung, Gisela, geb. **Pahlke**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 4. Februar
Lutat, Reinhard, aus Argendorf, Kreis Elchniederung, am 4. Februar
Mallunat, Hans-Joachim, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 6. Februar
Sablowski, Gerd, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 5. Februar
Scheer, Willi, aus Groß Degesen, im Kreis Ebenrode, am 5. Februar
Türmer, Kurt, aus Großschmieden, Kreis Lyck, am 8. Februar
Wascheszio, Günter, aus Krassau, Kreis Lyck, am 8. Februar
Willemgowska, Rosemarie, aus Neidenburg, am 2. Februar
Winkler, Irma, geb. **Martschat**, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, am 4. Februar
Zawidzki, Christel, aus Gumbinnen, am 7. Februar

TERMINE DER LO

2018
17. bis 18. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
7. bis 8. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg
16. bis 18. April: Arbeitstagung der Landesfrauenvorsitzenden in Helmstedt
20. bis 22. April: Kulturseminar in Helmstedt
16. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Osterode (Ostpreußen)
14. bis 16. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. bis 14. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
20. Oktober: 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
2. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
3. bis 4. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal
12. bis 15. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

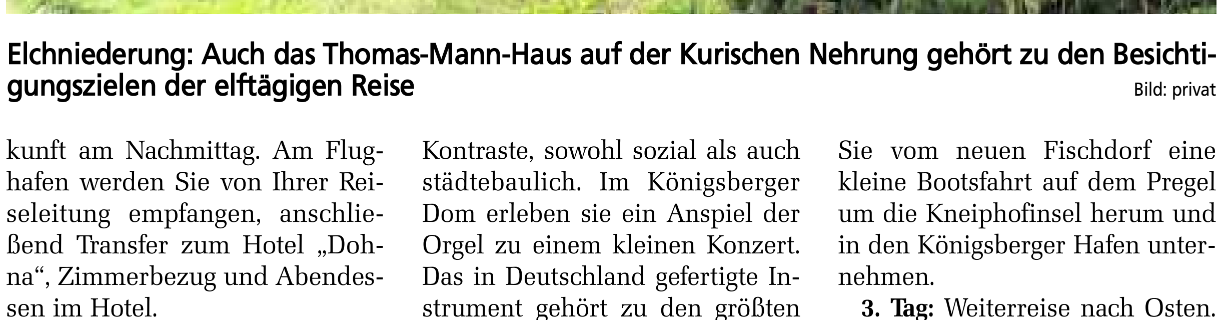
Elftägige Flugreise

Königsberg, Tilsit, Nidden und Cranz zählen zu den vielen lohnenswerten Reisezielen, wenn Dieter Wenskat im September für elf Tage nach Ostpreußen fliegt. Wer ihn begleiten möchte sollte sich die Zeit von Freitag, 14., bis Montag, 24. September, freihalten. Hier das Programm im einzelnen (Änderungen vorbehalten, insbesondere geänderte Flugzeiten durch die Airline):

1. Tag: Am Vormittag Linienflug mit LOT Polish Airlines wahlweise ab Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, München oder Stuttgart mit Umstieg in Warschau und gemeinsamem Weiterflug nach Königsberg. Ankunft am Nachmittag. Am Flughafen werden Sie von Ihrer Reiseleitung empfangen, anschließend Transfer zum Hotel „Dohna“, Zimmerbezug und Abendessen im Hotel.

2. Tag: Nach dem Frühstück unternehmen Sie eine Stadtrundfahrt durch Königsberg. Erleben sie eine aufstrebende russische Großstadt im Umbruch und voller Kontraste, sowohl sozial als auch städtebaulich. Im Königsberger Dom erleben sie ein Anspiel der Orgel zu einem kleinen Konzert. Das in Deutschland gefertigte Instrument gehört zu den größten im ganzen Ostseeraum und entfaltet im Kirchenschiff eine einzigartige Akustik. Anschließend werden Sie zu einem gemeinsamen Mittagessen erwartet, bevor Sie vom neuen Fischdorf eine kleine Bootsfahrt auf dem Pregel um die Kneiphofinsel herum und in den Königsberger Hafen unternehmen.

3. Tag: Weiterreise nach Osten. Bei Labiau im früheren Dorf



Elchniederung: Auch das Thomas-Mann-Haus auf der Kurischen Nehrung gehört zu den Besichtigungszielen der elftägigen Reise Bild: privat

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

In Trauer und Dankbarkeit
nehmen wir Abschied
von unserem lieben Heimatfreund,
unserem langjährigen Vorstandsmitglied (1992–2000),
Protokollführer (1995–1999),
Kirchspielvertreter von Laggarben (1988–2007)
und Mitglied des Ältestenrates (seit 2007)

Alfred Weiß

∗ 24. 7. 1923 Wensowken, Kr. Lötzen früher Sillginnen, Kr. Gerdauen
† 14. 1. 2018 Oberursel

Träger des Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen
und der Silbernen Ehrennadel
der Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen e.V.

Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen e.V.

Walter Mogk Kreisvertreter
Karin Leon 2. Vorsitzende

Mit tiefer Betroffenheit erfuhren wir,
dass unsere Schatzmeisterin
und Schriftführerin



Monika Ziegler
geb. Vollhardt

geb. 30.06.1952 gest. 17.01.2018

ihrer schweren Krankheit erlegen ist.



Über viele Jahre hinweg hat sie der Kreisgemeinschaft
mit dem Heimatbrief „Unser schönes Samland"
ein unverkennbares Gesicht gegeben.

Wir trauern mit den Angehörigen und nehmen Abschied von
unserer lieben Heimatfreundin.

Die Kreisgemeinschaft wird ihr Andenken in Ehren halten.

---

*Ein langer und schöner gemeinsamer Lebensweg
ist zu Ende gegangen.*

Anneliese Brügmann
geb. Stankewitz

∗ 18. Dezember 1937 Liebemühl/Ostpreußen
† 12. Januar 2018 Hamburg

In Liebe und Dankbarkeit
Günther Brügmann
Hartmut und Sigrid Brügmann
mit Lars
Carsten und Ulrike Brügmann
mit Nikolai und Nathalie
im Namen der Familie

*Die Beisetzung fand am Mittwoch, dem 24. Januar 2018,
auf dem Waldfriedhof in Hamburg-Volksdorf statt.*



Achim Tutlies
Kreisältester

∗ 31. 10. 1926 in Groß Czymochen (Kreis Treuburg)
† 24. 12. 2017 in Hamburg

Die Kreisgemeinschaft Treuburg e.V. trauert um ihren Kreisältesten Achim Tutlies. Herr Tutlies war im Jahr 1981 Initiator und erster Schriftleiter des Treuburger Heimatbriefs. Aus seiner Feder stammen Ortspläne, Einwohnerlisten und hochgeschätzte Publikationen. Er setzte sich unermüdlich und tatkräftig für die Interessen seiner masurischen Heimat ein. Wir haben Herrn Tutlies viel zu verdanken und werden ihn in ehrendem Andenken bewahren.

Die Abschiednahme war bereits am 12. Januar 2018 auf dem Groß Flottbeker Friedhof, Hamburg.

Ulf Püstow Kreisvertreter
Mattias Lask stellv. Kreisvertreter
Ronny Haase Geschäftsführer

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

Waldwinkel besuchen Sie ein liebevoll eingerichtetes und mit vielen Exponaten aus deutscher Zeit ausgestattetes Museum in der früheren deutschen Schule. Sie fühlen sich in die Kindheit in Ostpreußen zurückversetzt. Anschließend lockt das Naturparadies Ostpreußen pur. Sie unternehmen einen Ausflug ins Große Moosbruch am Rande des Elchwaldes und besuchen bei Lauknen das Moosbruchhaus, ein mit deutschen Mitteln unterstütztes Naturschutz- und Begegnungszentrum. Hier ist auch der Tisch zu einem gemeinsamen Mittagessen gedeckt. Am Nachmittag erreichen Sie Tilsit zur Stadtführung. Zunächst Besuch im teilweise neu gestalteten Park Jakobsruh mit einem Spaziergang zum wiedererrichteten Königin-Luise-Denkmal. Anschließend geht es durch die alten Wohnviertel zum Schlossmühlenteich. Auch die Gedenkstätte am Waldfriedhof wird während der Rundfahrt besucht. Abschluss und Höhepunkt ist jedoch ein gemeinsamer Spaziergang durch die Hohe Straße. Angesichts der überwiegend sehr schön restaurierten Jugendstilfassaden lässt sich die einstige Schönheit der Stadt an der Memel erahnen. Übernachtung in Tilsit.

4. Tag: Rundfahrt mit Besichtigungsstopps durch die Elchniederung. Am Vormittag geht es in die Gebiete nördlich der Gilge mit Besuch von Sköpen, Kuckerneese, Herdenau, Karkeln, Inse und einem Stopp am Jagdschloss Pait. Am Nachmittag wird der südliche Teil der Elchniederung angefahren. Besucht werden Heinrichswalde, Gerhardsweide, Seckenburg, Groß Friedrichsdorf und Kreuzingen. Natürlich besteht auch die Möglichkeit zu eigenen Unternehmungen abseits vom Gruppenprogramm. Übernachtung in Tilsit.

5. Tag: Heute geht es vorbei an Insterburg bis nach Gumbinnen. Nach einer kleinen Stadtführung durch die einst östlichste Regierungsbezirksstadt mit Besuch des Gumbinner Elches und der Salzburger Kirche führt Ihr heutiger Ausflug in eine einzigartige Landschaft im Südosten des nördlichen Ostpreußens. Sie besuchen Trakehnen mit der einst weltberühmten Gestütsanlage. Anschließend erreichen Sie die einzigartige Rominter Heide. Unberührte Natur, eine Urwaldlandschaft mit kleinen Bächen und Biberbauten – Ihr Reiseleiter zeigt Ihnen die schönsten Plätze. Am Rande dieses Waldmassivs betreibt die russische Familie Sajac im ehemaligen Forsthaus Warnen ein kleines Gästehaus, hier werden Sie zur Mittagseinkehr erwartet. Anschließend Weiterreise nach Tilsit, Abendessen und Übernachtung in Tilsit.

6. Tag: Heute verlassen Sie Ihr Hotel in Tilsit und passieren auf der Luisenbrücke die Grenze nach Litauen. Weiterfahrt in das Memelland mit Besichtigung der Kirche in Heydekrug. Anschließend Fahrt in das Memeldelta, wo in Kintai schon der Tisch zu einem leckeren Picknick gedeckt ist. Danach erwartet Sie am Anleger Ihr Kapitän zu einer Schiffsfahrt über die Minge, durch das Memeldelta und weiter über das Kurische Haff. Am Nachmittag erreichen Sie Nidden von der Wasserseite aus und erleben das beeindruckende Panorama der Wanderdünen auf der Kurischen Nehrung. Abendessen und Übernachtung in Nidden.

7. Tag: Nach dem Frühstück steht eine Ortsbesichtigung in Nidden zu Fuß auf dem Programm. Das ehemalige Fischerdorf am Kurischen Haff ist heute der wohl bekannteste Ferienort Litauens und die Perle der Kurischen Nehrung. Die einzigartige Natur zog in der Vergangenheit viele Künstler an. Einer der prominentesten Besucher war Thomas Mann, der sich hier ein Ferienhaus errichten ließ. Am Nachmittag bleibt Zeit zur freien Verfügung. Abendessen und Übernachtung in Nidden.

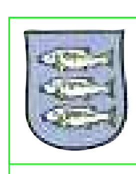
8.Tag: Ausflug über die Kurische Nehrung nach Norden. Die rund 100 Kilometer lange Landzunge trennt das Kurische Haff von der Ostsee. Ihre einzigartige Naturlandschaft ist durch die höchsten Wanderdünen Europas geprägt. Im benachbarten Schwarzort erleben Sie eine der größten Fischreiherkolonien des Baltikums. Mit der Fähre geht es später über das Memeler Tief nach Memel. Hier unternehmen Sie einen Rundgang durch die hübsch renovierte Altstadt. Am Theaterplatz ist der Simon-Dach-Brunnen mit der Figur Ännchens von Tharau eines der beliebtesten Fotomotive der Stadt. Übernachtung in Nidden.

9. Tag: Weiterreise nach Süden über litauisch-russische Grenze. Im russischen Teil der Kurischen Nehrung besuchen Sie die Feldstation „Fringilla" der Vogelwarte Rossitten, einst die erste ornithologische Beobachtungsstation der Welt. Bei einem geführten Spaziergang auf die Ephadüne bietet sich ein grandioser Ausblick auf das Haff, die Ostsee und die größte noch wandernde Sandfläche der Nehrung. In einer sehr schönen Hotelanlage direkt am Haffufer, die rund um die ehemalige Jugendherberge von Rossitten entstanden ist, werden Sie zum Mittagessen erwartet. Bei schönem Wetter lockt ein Bummel über den kilometerlangen feinsandigen Strand. Abendessen und Übernachtung in Cranz.

10. Tag: Heute lernen Sie das Samland näher kennen. Nach dem Frühstück zunächst Ortsrundgang in Cranz. Das zu deutscher Zeit mondäne Seebad ist nach langer Zeit des Verfalls gerade wieder dabei, erneut ein schöner Ferienort zu werden. Anschließend besuchen Sie das benachbarte Palmnicken. Hier wird im Tagebau der für Ostpreußen typische Bernstein gewonnen. Beim Besuch der Aussichtsterrasse haben Sie einen guten Überblick. Danach erreichen Sie Pillau. Die Hafenstadt hatte eine besondere Bedeutung für viele Ostpreußen im Winter 1945 mussten von hier aus Tausende Menschen ihre Heimat für immer verlassen. Heute gibt es in Pillau neben den historischen Bauten, Befestigungsanlagen und dem bekannten Leuchtturm eine große Kriegsgräbergedenkstätte, ein Ort der Besinnung und des Gedenkens an alle Opfer der vergangenen Kriege. Abendessen und Übernachtung in Cranz.

11. Tag: Am Vormittag Transfer zum nahe gelegenen Flughafen Königsberg. Von hier aus am gemeinsamen Flug mit LOT Polish Airlines nach Warschau und von Warschau aus Weiterflug in die jeweiligen Abreiseorte, Rückankunft je nach Flughafen gegen 19 Uhr.

Weitere Informationen und Anmeldung bei Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Sparrieshoop, Telefon (04121) 85501.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Jahresprogramm 2018

Das Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft in Neumünster, Sudetenlandstraße 18h (Böcklersiedlung) lädt ein zum Besuch der ständigen Ausstellung, zu Sonderausstellungen und Veranstaltungen. Der Eintritt ist frei. Von März bis einschließlich November findet stets an einem Sonnabend des Monats „Der besondere Tag" statt, mit der Öffnungszeit von 10 bis 15.30 Uhr. Veranstaltungen beginnen – wenn nicht anders angegeben – bereits um 15.30 Uhr. Der Besuch von Heimatmuseum und Lötzener Kreisarchiv ist fast zu jeder Zeit nach Vorabsprache mit Ute Eichler, Telefon (040) 6083003. möglich. Hier die Veranstaltungen im einzelnen (Änderungen möglich):

Sonnabend, 24. März: Eröffnung der Ausstellung „Carl Knauf – ein unvergessener Maler der Künstlerkolonie Nidden". Dr. Bernd Schimpke, Hamburg, der Sammler von Knauf-Gemälden und Leihgeber der Werke dieser Ausstellung, ist anwesend. Er stellt seine Bücher „Nidden – Landschaft der Sehnsucht" und „Künstlerkolonie Nidden – Eine Landschaft voll Licht und Farbe" vor. Das Zustandekommen dieser Ausstellung ist der Zusammenarbeit mit Dr. Jörn Barfod vom Ostpreußisches Landesmuseum in Lüneburg, zu verdanken. Die Ausstellung wird bis Ende Juli gezeigt.

Sonnabend, 21. April: Begleitprogramm zur Carl-Knauf-Ausstellung – zwei Filme des litauischen Regisseurs Arvydas Barysas: „Thomas Mann – Mein Sommerhaus" (2009) und „Zwischen Wanderdünen. Nidden – Künstlerkolonie auf der Kurischen Nehrung" (2015). Einführung: Ute Eichler.

Sonnabend, 26. Mai (Achtung: Vierter Sonnabend des Monats!): Begleitprogramm zur Carl-Knauf-Ausstellung: „Nidden, die Kurische Nehrung und Memel (Klaipeda) – die schönen Seiten einer besonderen Region. Steffen Thomassek (aus Anklam und Hamburg) zeigt Fotos und berichtet von seinen Erkundungen dort in 2017.

Sonnabend, 16. Juni: Normale Öffnungszeit: 10 bis 16 Uhr. Keine Veranstaltung!

Sonnabend, 21. Juli: Begleitprogramm zur Carl-Knauf-Ausstellung: Der Bernsteinschleifer kommt! Michael Petersen aus Böel, Bernsteinschleifer und Schmuckhersteller, spricht über Bernstein und zeigt und erklärt, wie „das Gold der Ostsee" bearbeitet werden kann.

Sonnabend, 18. August: Ausstellungseröffnung „Die Elche sind da!" – Ostpreußens Wappentier in Werken der bildenden Kunst, der Souvenir- und Spielzeugherstellung. – Die Kunstwerke sind Leihgaben aus dem Ostpreußischen Landesmuseum, Lüneburg. Zu sehen bis einschließlich 17. November.

Sonnabend, 25. August: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Lötzen, Wahl des neuen Vorstandes (Beginn 14 Uhr).

Sonntag, 26. August: Im Rahmen des Lötzener Heimattreffens in Neumünster ist der Lötzener Ausstellungsraum von 13 bis 17 Uhr geöffnet.

Sonnabend, 15. September: „Vom Mieskater Martinichen, dem Rattenkönig Birlibi, von sieben bunten Mäusen und anderen Lebewesen " – Angelika Rischer, die Märchenerzählerin aus Hamburg, kommt und erzählt Märchen von Ernst Moritz Arndt (1769 bis 1860).

Sonnabend, 20. Oktober: Buchmarkt „Bücher aus über 100 Jahren". Ein Verkaufsangebot von Sachbüchern und Belletristik aller Art (10 bis 17 Uhr). Der Erlös kommt der Museumsarbeit zugute.

Sonnabend, 17. November: Auch das gab es: „Ostpreußen kriminell – Vom Wilddieb bis zur Giftmörderin". Nachdenkliches und Unterhaltsames aus (gar nicht so) ferner Zeit. Vorgestellt von Ute Eichler. Letzter Tag der Sonderausstellung „Die Elche sind da!".

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

Angerburg: Heimatpolitische Tagung in Rotenburg/Wümme



Ein intensives Jahr liegt hinter uns und mit ungebrochener Energie wollen wir in das Jahr 2018 starten. Es beginnt mit der 60. heimatpolitischen Tagung in Rotenburg (Wümme). Gemeinsam wollen wir die im Jahr 1958 begonnene Heimatarbeit von Friedrich-Karl Milthaler mit dieser Jubiläumsveranstaltung feiern. Dazu laden der Landkreis Rotenburg als Patenschaftsträger und die Kreisgemeinschaft Angerburg alle an der Geschichte und Kultur unserer Heimat Interessierte, sehr herzlich ein. Die Tagung findet am 17. und 18. Februar in 27356 Rotenburg, Gerberstraße 16 (Theodor-Heuss-Schule) statt. Für die Tagung konnten wir erneut kompetente Referenten gewinnen.

Für Besucher der Tagung ist die Mensa der Theodor-Heuss-Schule bereits ab 14 Uhr geöffnet. Es wird Kaffee/Tee und Kuchen angeboten. Nach der Begrüßung der Tagungsteilnehmer um 15 Uhr wird Dr. Jürgen W. Schmidt, Berlin, die Tagung mit seinem Vortrag „Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Westpreußen" einleiten. Nach einer kurzen Pause wird die Vorsitzende der Lehndorff-Gesellschaft Steinort, Berlin, Dr. Bettina Bouresh, über das Projekt „Schloss Steinort" berichten. Im Anschluss an die Vorträge besteht jeweils Gelegenheit für Fragen an die Referenten beziehungsweise für eigene Einschätzungen. Mit einem gemeinsamen Abendessen (Elchbraten) gegen 19 Uhr und anregenden Gesprächen mit interessanten Gästen lassen wir den Tag ausklingen. Am folgenden Tag, Sonntag, 18. Februar, 9.30 Uhr, wird die Tagung in der Theodor-Heuss-Schule fortgesetzt. Ministerialrat a.D. Dr. Jürgen Martens, wird über eine „Reise nach Angerburg im Juni 2017" berichten. Gegen 12 Uhr wird die Tagung mit dem Gesang des Ostpreußenliedes „Land der dunklen Wälder" beendet sein.

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um verbindliche Anmeldungen, auch für das Elchbratenessen zum Preis von 26 Euro pro Person einschließlich Dessert und Mitteilung von Übernachtungswünschen bis zum 10. Februar (Posteingang) an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg. Ein Tagungsbeitrag wird nicht erhoben. Eine schriftliche Anmeldebestätigung wird nicht erteilt.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Neue Satzung beschlossen

Der amtierende Kreistag unserer Kreisgemeinschaft hat in seiner Sitzung am 2. September 2017 eine neue, der heutigen Zeit entsprechende Satzung beschlossen. Zwischenzeitlich ist diese beim Vereinsregister in Bochum zur Eintragung gekommen. Bei unseren in diesem Jahr während unseres Heimattreffens am 1. und 2. September in Helmstedt anstehenden Wahlen zur Kreisvertretung werden wir erstmals nach der neuen Form unsere Organe wählen.

Wer eine Satzung haben möchte, wende sich bitte an meine obige Anschrift. Sie bekommen dann umgehend ein Exemplar zugeschickt.

Jürgen Szepanek


Foto: Historisches Heimatmuseum Preußisch Eylau

Links: Blumenschönheiten gemalt von Catharina Klein: Wer kann weitere ihrer Bilder zur Verfügung stellen?



PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries,

Kreisblatt

Rechtzeitig vor den Feiertagen wurde die Herbst-Ausgabe, die Nummer 104, des Preußisch Eylauer Kreisblatts versandt. Unserem neuen Redakteur Frank Steinau ist es wieder gelungen, für jeden etwas zusammenzutragen. Das Heft bietet Wissenswertes und Unterhaltung, bunt gemischt und reich bebildert. Sehr anschaulich ist zum Beispiel der Bericht des 84-jährigen Bernhard Hödtke über eine Reise in die Heimat, wobei Station für Station die Darstellung der „Reise“ im Jahr 1945 in umgekehrter Richtung eingeschoben ist. Auf diese Weise werden die heutige Lage, das persönliche Schicksal, geschichtlicher Rückblick und Landeskunde nachverfolgbar ineinander verwoben.

Das Preußisch-Eylauer-Kreisblatt erscheint zweimal im Jahr. Wer noch nicht auf der Versandliste steht, das Blatt jedoch gern beziehen möchte, weil er an Themen aus dem Kreis interessiert ist, leite diesen Wunsch und seine Adresse bitte der Kreisgemeinschaft (Anschrift siehe oben) zu.

M. L

Umfassende Sammlung geplant

Das historische Heimatmuseum in Preußisch Eylau sucht Postkarten von Catharina Klein. Die Künstlerin (1861–1929), die in Preußisch Eylau geboren wurde, war eine der angesehensten Blumenmalerinnen ihrer Zeit. In den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts gehörte sie zum Kreis der bekanntesten und beliebtesten Stillebenmaler. Sie wurde die „deutsche Blumenmalerin“ genannt. „Leider ging ein großer Teil der Originale Catharina Kleins während des Zweiten Weltkriegs verloren“, berichtet Aleksander Pantschenko, der Leiter des Heimatmuseums.

Dass ihr Werk bis heute bekannt geblieben ist, verdankt es der Postkarte. Pantschenko: „Bereits heute umfasst unsere Sammlung mehr als 350 Postkarten von Verlagen in Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Russland, der Schweiz und den USA. Wir planen die größte Kollektion von Postkarten mit ihren Bildern zusammenzustellen.“ Also bittet der Museumsleiter um weitere Bilder „der deutschen Blumenmalerin“. Am Ende soll ein vollständiger Katalog der Bilder der Malerin mit einer namentlichen Aufzählung aller am Werk Beteiligten entstehen. Die Adresse: 238420, Russland, Kaliningr. Oblast, Bagrationowsk, ul. Kaliningradskaja 10, Musei Istorii Kraja.

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

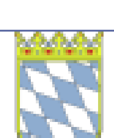
Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Bereits zum elften Mal findet am Sonnabend, 10. März, von 10 bis 16 Uhr im Haus der Heimat in Stuttgart, Schlossstraße 92, ein ostdeutscher Ostermarkt statt. Angeboten werden kulinarische Köstlichkeiten wie Königsberger Marzipan, Bärenfang, schlesischen Mohn- und Streußelkuchen oder Ostpreußischer Raderkuchen. Daneben präsentieren die verschiedenen Aussteller Literatur ihrer Heimatlandschaften, musikalische Raritäten und eine Ausstellung handwerklicher Kunst. Veranstaltet wird der Heimatmarkt in einer gemeinsamen Aktion vom Jugendverband DJO-Deutsche Jugend in Europa, dem BdV-Bund der Vertriebenen, dem Verein für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland (VDA), der baden-württembergischen Landsmannschaft Ostpreußen und fast allen anderen Landsmannschaften der deutschen Heimatvertriebenen. Kooperationspartner ist auch in diesem Jahr wieder das Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg. Die Ausstellung „Banater Orgeln und Orgelbauer“ sowie die Bibliothek im vierten Stock sind von 11 bis 15 Uhr geöffnet. Eine kleine Kaffeeteria rundet das Angebot ab, und bietet Möglichkeit zum Gespräch. Weitere Informationen: DJO-Deutsche Jugend in Europa, Schlossstraße 92, 70176 Stuttgart, Hartmut Liebscher, Telefon (0711) 625138, Fax (0711) 625168, E-Mail: hartmut@djobw.de.



Zusendungen für Ausgabe 7

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der *PAZ*-Ausgabe 7/2018 (Erstverkaufstag: 16. Februar) bis spätestens Donnerstag, 8. Februar an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

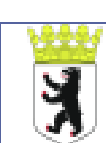


BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

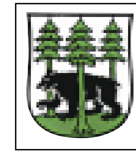
Ansbach – Sonnabend, 17. Februar, 15 Uhr, Orangerie, Promenade 33, 91522 Ansbach: „Angekommen? Auf den Spuren der Pommern in Bayern“ – Ein Film von Martina Kerl und der Pommerschen landsmannschaft Bayern.

Bamberg – Mittwoch, 21. Februar, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose: „Das Postwesen in Westpreußen“.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Rastenburg – Sonntag, 11. Februar, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Gemeinsames Treffen. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



Rößel, Heilsberg – Dienstag, 13. Februar, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte „Maria Rimkus Haus“, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Gemeinsames Treffen. Anfragen für Heilsberg: Erika Hackbarth, Telefon (033762) 40137, für Rößel: Ernst Michutta Telefon (05624) 6600.



Frauengruppe – Mittwoch, 14. Februar, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117, 10963 Berlin: Frauengruppe. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



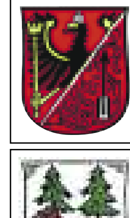

Angerburg, Darkehmen, Goldap – Donnerstag, 15, Februar, 14 Uhr, Restaurant „Oase Amera“, Borussiastraße 62 , 12102 Berlin. Gemeinsames Treffen. Anfragen: Marianne Becker Telefon (030) 77123.



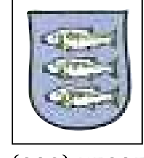
Königsberg – Freitag, 16. Februar, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Anfragen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

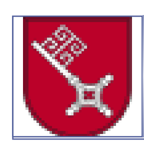


Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen – Dienstag, 20. Februar, 13 Uhr, Restaurant Muna, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Anfragen Gumbinnen: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032682, Johannisburg und Sensburg: Andreas Maziul (030) 5429917, Lötzen: Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



BREMEN

Sonnabend, 10. Februar, 15 Uhr (Einlass ab 14.15 Uhr), Hotel Airport, Flughafenallee 26: Bremer West- und Ostpreußentag. Das Essen beginnt um zirka 17.30 Uhr mit dem traditionellen Pillkaller. Anschließend gibt es je nach Wahl Königsberger Fleck oder Königsberger Klopse. Die Veranstaltung soll wieder durch Einnahmen aus dem antiquarischen Bücherverkauf gesponsert werden. Es gelten daher folgende ermäßigte Preise: Eintritt und Königsberger Fleck kosten 10 Euro, Eintritt und Königsberger Klopse 15 Euro. Anmeldungen bei der Geschäftsstelle oder auf Anrufbeantworter. Auch der Speisewunsch muss genannt werden. Wir leiten Ihre Anmeldung an das Hotel weiter und verpflichten uns zur Zahlung Ihres bestellten Essens. Versäumen Sie daher bitte nicht Ihr Kommen.

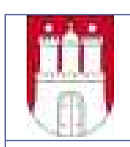


HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Sonnabend, 3. Februar, 12 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Neujahrsempfang des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg (L.v.D.). Das Haus der Heimat liegt nahe der Haltestellen Stadthausbrücke (S1, S3), Rödingsmarkt (U3) oder Bushaltestelle Michaeliskirche (Linien 6 und 3).

KREISGRUPPEN

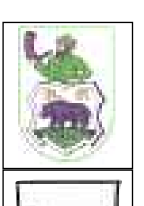


Elchniederung – Dienstag, 20. Februar, 14 Uhr, Beren-berg-Gosler-Haus, Niendorfer Kirchenweg 17, 22459 Hamburg: Gemeinsamer Nachmittag mit Kaffeetafel, Gesang und Schabbern. Gäste sind herzlich willkommen. Weitere Auskunft: Helga Bergner, Telefon (040) 5226122.



Auch Horst Seehofer gratulierte

Bad Feilnbach – Ein seltenes Jubiläum feierten Horst und Elly Messer: ihre eiserne Hochzeit. Elly Messer, geborene Jendreizik aus Königsberg und Horst Messer aus Woduhnkeim im Kreis Bartenstein sind seit 65 Jahren verheiratet. Das Leben der beiden wurde vom Zweiten Weltkrieg und den Jahren danach geprägt. Harte Jahre durchlebte Horst als Soldat und Kriegsgefangener in Russland ebenso wie Elly, die als Zwangsarbeiterin verschleppt wurde. Bei der Ostpreußischen Landsmannschaft lernten sie sich kennen. Am 22. November 1952 heirateten die beiden in München. „Alles war zerbombt und wir heirateten in einer provisorischen Kirche“, erinnern sie sich an die Hochzeit. Eine Bleibe haben die Messers in Bayern gefunden, wo sie seit mehr als 60 Jahren leben. Der Bürgermeister von Bad Feilnbach überbrachte die Glückwünsche der Gemeinde und auch die des Ministerpräsidenten Horst Seehofer.




Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg – Unser erstes Treffen 2018 fand mit einer Neuerung am 16. Januar nicht wie gewohnt ab 14.30 Uhr, sondern bereits um 11 Uhr im Luise-Büchner-Haus in Darmstadt Kranichstein statt. Mit einem Mittagessen im Programmablauf wurde nach kurzen Begrüßungsworten die Veranstaltung eröffnet. Mit der neue Anfangszeit um 11 Uhr und dem Mittagessen versuchte der Vorstand herauszufinden, ob dies von den Mitgliedern angenommen wird und ob es weitergeführt werden kann. Noch ein Hinweis: Wer zukünftig nicht am Essen teilnehmen möchte, kann die Veranstaltung auch etwa eine Stunde später besuchen. Für das Essen wird um eine vorherige Anmeldung gebeten.

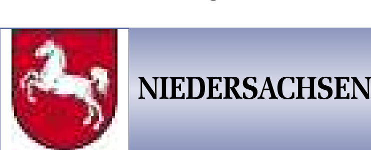
Nach dem Essen berichteten Hannelore Neumann und Gerhard Schröder von ihrer Fahrt nach Schwerin zum 22. Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern. Eine Bilddokumentationen ergänzte ihren Vortrag. Alles wurde aufmerksam verfolgt. Eventuell wird es zum nächsten Landestreffen in Mecklenburg-Vorpommern eine gemeinsame Busreise mit anderen Landsmannschaften aus dem Kreis geben.

Wie immer beglückwünschte Ani Oest die Geburtstagskinder mit einem kleinen Gedicht. Auch wurden Namen ostpreußischer Gerichte abgefragt und Gedichte vorgetragen. Frau Haase berichtete über die stärkste Fürstin von Pommern, die nicht nur mit bloßen Händen ein Hufeisen verbiegen, sondern auch ein Schwert zerbrechen konnte. Den Schluss des Treffens bildeten die ausführlichen geistlichen Worte von Herrn Turowski.

Am 10. Februar wollen wir wieder fröhliche Stunden beim „Preußischen Fasteloawend“ feiern. Beginn des Treffens ist wieder um 11 Uhr mit einem Mittagessen.

Wetzlar – Montag, 5. Februar, 13 Uhr, Restaurant „Grillstuben“, Stoppelberger Hohl 128: Treffen zum Thema „Ostpreußischer Humor“ mit Buchautor Joachim Albrecht. Jeder ist eingeladen, selbst Humoristisches beizutragen. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Dienstag, 13. Februar, 14.30 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Allerlei zur Fassenacht. Ein närrischer Nachmittag mit Spaß an der Freud. – Sonnabend, 17. Februar, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: Erinnerungen an Zuhause. Das Monatstreffen ist unserer Heimat gewidmet. Besucher hören Nachdenkliches und Lustiges von früher und heute. Zudem erfahren Sie einiges über das derzeitige Geschehen in Ost- und Westpreußen. Wer zu diesem Nachmittag etwas beitragen möchte, seien es Erzählungen, Gedichte oder Bilderpräsentationen meldet sich bitte gleich unter Telefon (06122) 15358 oder bei anderen Vorstandsmitgliedern.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Osnabrück – 16. Februar, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

Rinteln – Donnerstag, 8. Februar, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Nachdem im Januar die Jahreshauptversammlung stattgefunden hat, stehen diesmal Berichte der Teilnehmer aus früheren Zeiten im Mittelpunkt der Veranstaltung. Interessierte Gäste sind ebenfalls herzlich willkommen. Weitere Informationen zur Kreisgruppe gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat: Telefon (0 57 51) 5386 oder über rebuschat@web.de.

KORREKTUR

Oldenburg – Der Vortrag von Eckart Hoffmann über seinen Vater Georg Hoffmann, den „Vogel-Hoffmann“ von Radio Bremen, findet nicht, wie in der Ausgabe 3 angekündigt am 8. Februar statt, sondern am 14. Februar. Mitglieder und Freunde sind herzlich willkommen. *Gisela Borchers*



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 15. Februar, 15 Uhr, Kreisvereinigung, Wilhelmstraße 1b, 33602 Bielefeld: Heimatliteraturkreis.

Bonn – Sonnabend, 3. Februar, 19.30 Uhr, Beethovensaal, Hotel Maritim Bonn: Ostdeutscher Winterball 2018. Benefizveranstaltung zugunsten der Kulturarbeit der deutschen Heimatvertriebenen der vereinigten Landsmannschaften im Bonner BdV. Eintritt: 50 Euro inklusive reichhaltigem Buffet. – Dienstag, 6. Februar, 18 Uhr, „Haus am Rhein“, Elsa-Brändström-Straße 74, Bonn-Beuel: „Untergegangene Kultur – Spurensuche, gebliebene Natur - unzerstörte Heimat“, ein Themenabend mit Videofilmen: wie „Verschwunden – Orte, die es nicht mehr gibt“ und „Romantisches Masuren“. – Mittwoch, 7. Februar, 15 Uhr, Erkerzimmer, Stadthalle Bad Godesberg: Treffen des Freundeskreises der Ost- und Westpreußen, ein Gesprächskreis in lockerer Runde

Dortmund – Montag, 19. Februar, 14:30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenstraße 1-3 (Eingang Märkische Straße): Gemeinsames Treffen.

Düsseldorf – Mittwoch, 7. Februar. 15 Uhr, Raum 311, Gerhart-Hauptmann-Haus: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Freitag, 9. Februar, 18 Uhr, Restaurant Lauren’s, Bismarckstraße 62: Stammtischtreffen.

Köln – Mittwoch, 14. Februar, 12 Uhr, Café zum Königsforst (Endhaltestelle Königsforst der KVB-Linie 9): traditionellen „Fischessen am Aschermittwoch“. Bitte die ausnahmsweise geänderte Anfangszeit beachten.

Neuss – Sonntag, 18. Februar, 15 Uhr (Einlass 14 Uhr), Marienhaus, Kapitelstraße 36: Jahreshauptversammlung mit Grützwurstessen. – Jeden ersten und letzten Donnerstag im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür. – Jeden zweiten Mittwoch um Monat, von 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Frauengruppe.

Wesel – Sonnabend, 10. Februar, 15 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Jahreshauptversammlung. Verbindliche Anmeldungen bitte bis zum Mittwoch, 31. Januar, bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657, oder Manfred Rohde, Telefon (02852) 4403. Geboten werden Kaffee, Kuchen und gemütliches Beisammensein.

Wuppertal – Sonnabend, 10. Februar, 14 Uhr, Kolkmannhaus, Hofaue 51, Wuppertal-Elberfeld: Die Gruppe feiert Karneval. Gäste sind wie immer herzlich willkommen.

– **Bericht** –

Zur Jahreshauptversammlung am 13. Januar begrüßte der 1. Vorsitzende Hartmut Pfecht 34 Mitglieder. In einer Schweigeminute wurde der verstorbenen Mitglieder gedacht: Eckehard Struse, Hannelore Weintke, Friedel Rehagen und Christel Günnel.

Danach folgten die Berichte aus den Gruppen. Die Leiterin der Tanzgruppe Ursula Knocks und Lilia Lau von den Chorfreunden Wuppertal berichteten über die gelungenen Aktivitäten der Gruppen. Rosemarie Pfecht, die Leiterin der Handarbeitsgruppe berichtete unter anderem dass 80 Tannenbäumchen für die Adventsfeier als Tischdekoration gebastelt wurden.

Hartmut Pfecht gab in seinem Geschäftsbericht einen Überblick über die Veranstaltungen. Die Runden, außer den großen Festen, werden im Durchschnitt von 44 Personen besucht. Die Themen der Runden richten sich nach dem Jahresablauf oder der Aktualität. Es wurden Bildpräsentationen gezeigt, informatives über Martin Luther und Herzog Albrecht vorgetragen.

Beim Maifest und der Adventsfeier traten die Chorfreunde Wuppertal, die Tanzgruppe, das Mundharmonika-Duo Waltraud Bombe und Ulla Busch auf. Sketche oder Gedichte werden auch gerne gehört. Fast zur Tradition gehört der Auftritt von M. Kogan (Flügel) und J. Schewalenko (Violine) mit ihrer festlichen Musik. Am Jahrestreffen der Landsmannschaft in Neuss nahm die Gruppe mit etwa 30 Personen teil. Im Juli war Hartmut Pfecht mit 43 Personen für eine Woche in die Oberpfalz gereist. Am 31. Dezember hatte die Gruppe 67 Mitglieder. Am Schluss seines Berichtes dankte Hartmut Pfecht für Einsatz und Hilfe und wünschte weiterhin gute Arbeit zum Wohle der Landsmannschaft. Für 30 Jahre Mitgliedschaft wurde Hannelore Jahn mit einer Urkunde und einem Gutschein geehrt.

Dem neugewählten Vorstand gehören an: Erster Vorsitzender: Hartmut Pfecht, Zweiter Vorsitzende: Helga Piontek, Kassenwarte: Lilia Lau/Ulla Busch, Schriftführerin: Sigrid Kruschinski, Kulturwarte: Rosemarie Pfecht/Ursula Knocks, Organisationsleiterin: Else Olbricht, Beisitzer: Waldemar Gregorzewski, Renate Winterhagen, Rosemarie Lingnau, Waltraud Bombe, Rosemarie Pfecht, Kassenprüfer: Reinhard Moritz, Maria Preuß.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Burg auf Fehmarn – Sonnabend, 3. Februar, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Jahreshauptversammlung der Landsmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig. Auf der tagsordnung steht neben den Berichten die Wahl des gesamten Vorstandes. – Dienstag, 13. Februar, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Über das Thema „Schnell wieder vital, frisch und munter durch Salzmann Energie“ berichtet der Heilpraktiker Gerhard Salzmann aus Lensahn. Gäste sind herzlich willkommen.

Flensburg – Freitag 9. Februar, 12 Uhr, AWO-Stadtteilcafe, Mathildenstraße 22: Grünkohlessen, anschließend erster Teil des Vortrages von Siegfried Hoefer über „Nordostpreußen – 1990 bis heute“.

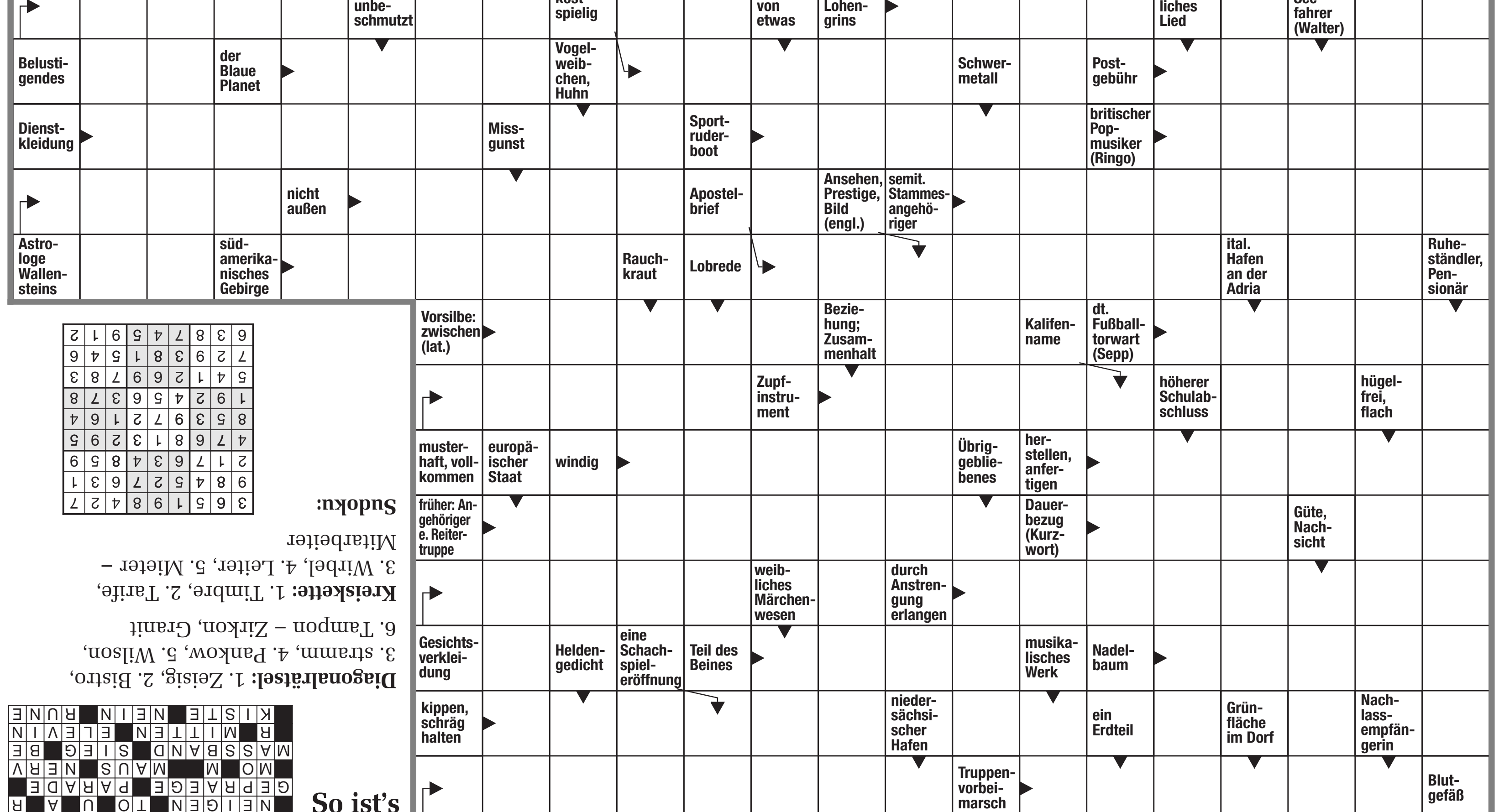
Neumünster – Sonnabend, 3. Februar, 12 Uhr, Stadthalle am Kleinflecken: Die Kreisgruppe der Ost- und Westpreußen trifft sich zum traditionellen Königsberger Klopsessen. Brigitte Profé: „Anschließend servieren wir eine Handvoll Späßchen.“ Weiter Informationen unter Telefon (04321) 82314.

– **Bericht** –

Die erste Veranstaltung der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Gruppe Neumünster, fand am 10. Januar 2018 statt. Es war ein guter Einstieg ins neue Jahr und ein großer Erfolg. Plötzlich 20 zusätzliche Teilnehmer! Wie das da die Bedienung mit Gedeck, Torte und Gestühl so schnell hergerichtet hatte! Großartig.

Allen Teilnehmern wünschte die Vorsitzende Brigitte Profé ein gesundes, friedliches, erfülltes und segensreiches Jahr. Sie las das Gedicht „Hoffen und Wünschen“ vor

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 10



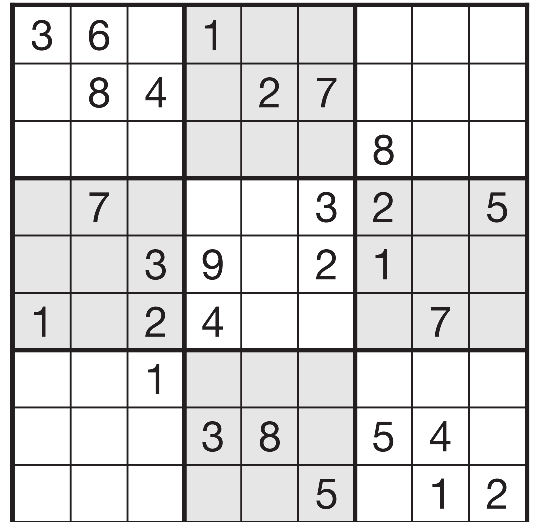
PAZ18_03_5

Sudoku

3	6		1					
	8	4		2	7			
						8		
	7				3	2		5
		3	9		2	1		
1		2	4				7	
		1						
			3	8		5	4	
					5		1	2

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



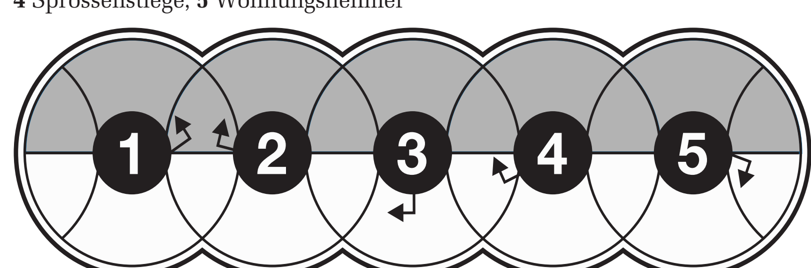
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Gesteinsarten.

1 Finkenvogel
2 kleine Gaststätte (französisch)
3 straff, gespannt
4 Bezirk von Berlin
5 28. Präsident der USA (Woodrow)
6 Wattebausch

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Arbeitskollegen.

1 Klangfarbe der Stimme, **2** Preisverzeichnisse, **3** Schlagwechsel (Trommel), **4** Sprossenstiege, **5** Wohnungsnehmer



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Zeisig, 2. Bistro, 3. stramm, 4. Pankow, 5. Wilson, 6. Tampon – Zirkon, Granit

Kreiskette: 1. Timbre, 2. Tarife, 3. Wirbel, 4. Leiter, 5. Mieter – Mitarbeiter

Sudoku:

3	6	5	1	9	8	4	2	7
9	8	4	5	2	7	6	3	1
2	1	7	6	3	4	8	5	9
4	7	6	8	1	3	2	9	5
8	5	3	9	7	2	1	6	4
1	9	2	4	5	6	3	7	8
5	4	1	2	6	9	7	8	3
7	2	9	3	8	1	5	4	6
6	3	8	7	4	5	9	1	2

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

– diese Worte werden und sollen uns das ganze Jahr begleiten.

Sie bedankte sich bei den elf neuen Gästen, die in den letzten zwei Monaten des Jahres 2017 Mitglied geworden waren. Nachträglich gratulierten wir unserer Kassenwartin Hildegard Henning mit Ständchen und Blumenstrauß zum 75. Geburtstag.

Landsmann und Mitglied der Gruppe Neumünster Hort Lessing hat den Filmvortrag über die ostpreußische Sängerin Alexandra mit Film- und Musikanlage sehr gut vorbereitet. Sie ist eine Cousine Horst Lessings, so haben wir auch viel persönliches über die Sängerin erfahren. „Alexandra“, der bürgerliche Name Doris Treitz, wurde am 19. Mai 1942 in Heydekrug Ostpreußen – Memeler Gebiet geboren. Jetzt hängt an der Hauswand in Heydekrug ein Relief mit dem Bildnis von Alexandra. Auch Hamburg ehrte die Künstlerin mit einer Gedenktafel an ihrem ehemaligen Wohnhaus in Rothenburgsort. In dem Haus hatte Doris Treitz mit ihrer Mutter und den beiden Schwestern von 1961 bis 1969 gelebt. Hier begann Ende der 60er Jahre ihre steile Karriere. Sie nahm Schauspielunterricht, hatte Gesangsstunden, erlernte das Gitarrespielen und sammelte mit russischer Folklore in russischen Lokalen Erfahrung. Dort spielte sie abends, am Tage arbeitete sie in einem Hamburger Verlagshaus.

Doris Treitz heirate 1962 den 30 Jahre älteren Exilrussen Nikolay Nefedow. 1963 wurde ihr Sohn geboren. Die Ehe scheiterte nach zwei Jahren. Die Künstlerin legte sich nach ihrer Entdeckung den Namen „Alexandra“ zu. Sie lernte den bekannten Produzenten Fred Weyrich kennen. Die Berühmtheit nahm seinen Lauf. Mit ihrer unverwechselbaren tiefen Altstimme, mit den Liedern „Zigeunerjunge“, „Sehnsucht“ und „Mein Freund der Baum“ wurde sie berühmt. Mit diesen schwermütigen, melancholischen Liedern machte sie sich unvergessen. Viel zu früh endete auf tragischer Weise durch einen Verkehrsunfall bei Hamburg am 31. Juli 1969 das Leben der Alexandra. Aus beruflichen Gründen war sie nach München gezogen und ist dort auf den Waldfriedhof beerdigt.

Sehr beeindruckend war der Filmvortrag – darunter auch die letzten Aufnahmen, die bewegenden Bilder vom Unfall. Uns alle machte das Ende der Veranstaltung sehr nachdenklich. Wir hatten diesen Filmvortrag, jeder für sich, still zu verarbeiten. Wir bedankten uns bei Landsmann Horst Lessing. *Brigitte Profé*

Schwarzenbek – Beim letzten Treffen der Ost- und Westpreußen hielt der Lübecker Familienforscher Gerhard Huß einen sehr interessanten Vortrag über das Thema „Familienforschung in Ost- und Westpreußen anhand eines Beispiels“. Er wählte dafür den Ortsvorsitzenden der Landsmannschaft in Schwarzenbek, Peter Gerigk, aus. Dieser war im letzten Jahr unter dem Geburtsnamen seiner Großmutter und unter Angabe des Einwohnermeldeamtes Danzig auf seinen Stammbaum gestoßen, den Huß ins Internet gestellt hatte. Der Kontakt war schnell hergestellt und es stellte sich heraus, dass der zwei Jahre jüngere Huß der Onkel von Gerigk war. So war es klar, dass Huß bei den Ost- und Westpreußen in Schwarzenbek einen Vortrag über Genealogie oder Ahnenforschung am Beispiel seiner Familie, zugleich der Familie von Peter Gerigk hielt.

Gerigk, der davon ausging, dass seine Familie im Krieg, auf der Flucht und danach weitgehend umgekommen war, konnte nun auf einen bis ins Jahr 1695 zurückreichenden Stammbaum zurückschauen. Mit einigen noch lebenden Familienmitgliedern hat er bereits Kontakt aufgenommen. Der Vortragende gab eine Reihe von Hinweisen, wie man selbst Familien- und Ahnenforschung betreiben kann. Er nannte den Zuhörern eine Anzahl von Internetadressen, wo man Daten herausfinden kann.

Erleichtert wird die Suche jetzt dadurch, dass die polnischen Archive große Teile der alten Standesamtsakten ins Netz stellen. Er appellierte an die Besucher, Erinnerungen zu bewahren und ihre alten Fotos auf der Rückseite zu beschriften, bevor niemand mehr weiß, wer darauf abgebildet ist.

Es war eine hochinteressante Veranstaltung die von 65 Teilnehmern besucht war.

Die »kleinen Deutschen«

Drei sehr unterschiedliche Bücher erzählen vom Leben der ostpreußischen Wolfskinder



Nach einem Zitat von Siegfried Lenz nennt sich eine verdienstvolle Publikation zu den sogenannten Wolfskindern „Im Rücken der Geschichte“. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge hat sie im Herbst veröffentlicht. Schüler des Leistungskurses Geschichte des Frankfurter Friedrich-Dessauer-Gymnasiums haben sich unter Leitung ihres Tutors Björn Schaal sachkundig mit dem Schicksal von Ostpreußens Wolfskindern auseinandergesetzt.

Das Buch ist eine Überraschung, da es sich nicht um eine reine Sammlung von Zeitzeugenberichten handelt. Die gibt es zum Beispiel auch von Siegfried Gronau. „Im Rücken der Geschichte“ überzeugt dagegen durch eine Vielzahl von Beiträgen, die der Komplexität des Themas gerecht werden: Der Schriftsteller Arno Surminski hat ein Geleitwort geschrieben, Deividas Matulionis, der Botschafter der Republik Litauen in Deutschland, verfasste ein Grußwort. Der Philologe Ernst Erich Metzner lieferte eine erhellende Analyse des Begriffes „Wolfskinder“. Der historische Hintergrund wird durch eine Untersuchung der Jugendlichen und des Historikers Christopher Spatz erläutert. Spatz verweist auch auf die mangelnde Entschädigung dieser Opfergruppe durch die Bundesrepublik.

Schließlich war es auch dieser Historiker, der den Jugendlichen wesentliche Impulse zur Durchführung ihres Projektes gab, als er 2016 im Friedrich-Dessauer-Gymnasium zusammen mit Zeitzeugen sein eigenes Buch zum Thema vorstellte: „Nur der Himmel blieb derselbe. Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben“. Aber zurück zum Buchprojekt der geschichtsbewussten Gymnasiasten aus Frankfurt: Tutor Björn Schaal hat darin einen eigenen wichtigen Beitrag verfasst. Unter der Überschrift „Wiederbegegnung nach langer Trennung“ beleuchtet er am Beispiel des ehemaligen Wolfskindes Friedrich Schäfer die Arbeit des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes. Gut ist auch, dass dem Band ein bewegendes Gedicht aus dem Jahr 1952 beigefügt wurde. Agnes Miegel hat es verfasst. Treffend macht sie in „Es war ein Land“ den erfahrenen Verlust und die Verwüstungen deutlich.

Das Taschenbuch „Im Rücken der Geschichte“ mit seinen 124 Seiten ist in der Reihe Volksbund Forum 21 erschienen. Das Besondere daran ist, dass man es nicht im Buchhandel kaufen

150 000 Euro an Spenden

kann. Es wird vom Volksbund abgegeben und erfreut sich einer großen Nachfrage. Nach einer Startauflage von 4000 Exemplaren ist jetzt schon eine zweite in Höhe von 20 000 Exemplaren an Förderer des Volksbundes versandt worden. Das Buch ist kostenlos, regte aber schon viele Leser zu einer Spende an den Volksbund an. So kamen bislang erstaunliche 150 000 Euro zusammen.

Aber auch andere aktuelle Bücher zum Thema sind erfreulich erfolgreich. In diesem Zusammenhang sei auf das Buch des litauischen Autors Alvydas Šlepikas hingewiesen. In seinem Land brach er mit dem Tatsachenroman „Mein

Ein Geleitwort von Arno Surminski

Name ist Maryte“ das Jahrzehnte währende Schweigen über die „Wolfskinder“, die dort „Vokietukai“, die kleinen Deutschen, genannt werden. Šlepikas 200 Seiten umfassender Roman wurde in Litauen als Buch des Jahres 2012 ausgezeichnet.

In der Spektrumreihe des Herderverlages ist in diesem Herbst Freya Kliers Buch „Wir letzten Kinder Ostpreußens: Zeugen einer vergessenen Generation“ als Taschenbuch erschienen. In diesem Buch (Erstauflage 2015) widmete sich die bekannte Autorin, Regisseurin und ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin sieben Kindern, die in den Jahren ab 1944 alle ein ähnliches Schicksal teilten. Ihre Kindheit ist leidvoll geprägt vom Krieg, dem Verlust der Eltern, der Identität und Bewahrung. Die von Freya Klier dargestellten Einzelschicksale stehen in ihrer Besonderheit und Dramatik für sich, zugleich zeigen sie jedoch ein exemplarisches Bild für die Generation Kinder, deren Jugendzeit und das spätere Leben vom Krieg, dessen Ende und den Folgen beeinflusst wurde.

Nun gibt es schon eine Reihe von Tagebüchern und Autobiografien mit ostpreußischer Thematik. Was ist also hier anders? Sie gibt nicht nur den Sprachlosen ein Wort, denjenigen, die Jahrzehnte über ihr bitteres Schicksal geschwiegen hatten. Sie bettet dieses Geschehen historisch ein, und richtet den Fokus dabei nicht nur auf die Kinderschicksale, sondern sie berichtet auch, was alles vorher geschehen war. Sie blendet den entsetzlichen Rassenwahn der Hitlerzeit nicht aus, verweist auf die Folgen der Belagerung von Leningrad, erinnert an die Mordorgien der Nationalsozialisten in Osteuropa. Klier zitiert auch aus anderen Dokumenten und Erinnerungen wie von Swetlana Alexijewitsch, Lew Kopelew oder Alexander Solschenizyn und stellt sich die Frage, warum man das Leid dieser Menschen in Deutschland weitgehend negiert, nichts mehr davon wissen will.

Zu der nun erschienenen Taschenbuchausgabe hat die Autorin, die 2016 mit dem Franz-Werfel-Menschenrechtspreis ausgezeichnet wurde, ein aktuelles Vorwort geschrieben, in dem sie auch auf die politischen Verwerfungen in Europa durch Putins Krieg gegen die benachbarte Ukraine und die Annektierung der Krim eingeht. Sie erinnert daran, dass es in der Ukraine fast eine Million Binnenflüchtlinge gibt und einen Kriegsalltag wie in Ostpreußen des Jahres 1945. Sie ruft uns damit in Erinnerung, dass gerade wieder die Kinder die Leidtragenden des Krieges in der Ostukraine sind, für die Gewehrfeuer, Granateinschläge und Blindgänger zum Alltag gehören. *Eckhard Scheld*

Freya, Klier: „Wir letzten Kinder Ostpreußens: Zeugen einer vergessenen Generation“, Herder 2017, broschiert, 464 Seiten, 16 Euro.
Alvydas Šlepikas: „Mein Name ist Maryte“, Mitteldeutscher Verlag 2015, gebunden, 200 Seiten, 19,95 Euro.
„Im Rücken der Geschichte. Das Schicksal von Ostpreußens Wolfskindern“, Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Kassel 2017, broschiert, 128 Seiten. Das Buch kann als PDF hier heruntergeladen werden: www.volksbund.de/mediathek/mediathek-detail/volksbund-forum-21.html# sowie beim Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge per E-Mail: info@volksbund.de oder unter Telefon (0561) 70090 bestellt werden.



Junge Geschichtsforscher: Björn Schaal (r) mit dem Leistungskurs Geschichte des Friedrich-Dessauer-Gymnasiums Bild: privat

Multikulti läuft in Wahrheit auf Gleichmacherei hinaus

Zu: Wohlstandsexport statt Menschenimport (Nr. 1)

Das Jahr 2018 hat kaum begonnen, schon scheinen gute Vorsätze dahinzuschmelzen wie Schnee durch Hitze.

Das Geschrei nach einem bunten, multikulturellen und starken Europa wird gegenwärtig immer lauter. Dabei haben wir das doch längst! Es wurde jahrhundertelang erkämpft durch Erstarken der Andersartigkeit/Vielfalt über Findung von Gemeinsamkeiten bis hin zu der Erkenntnis: Wirtschaftlich einig, sind wir das gigantische Bollwerk gegen amerikanische und asiatische obsessive Gier nach Hegemonie.

Sind wir Europäer nicht das pulsierende Herz der Kreativität und Entwicklungsfreude des Planeten Erde mit Sachverstand, Lebendigkeit und Respekt? Das neue, grölende Getöse nach buntem, multikulturellem Europa trägt eindeutig den Gestank der Gleichmacherei. Und die ist tödlich! Für ganz Europa und den Planeten Erde.

Stirbt das pulsierende, lebhafte und respektvolle Herz des Miteinanders in Europa, so stirbt der Planet. Er wehrt sich bereits seit Jahren gegen die unheilvolle Ausbeutung und Zerstörung feinabgestimmter Regelwerke für Mensch und Tier. Nur wenn wir zurückkehren zum respektvollen Umgang mit den andersartigen, fast immer ortsgebundenen, natürlichen Gegebenheiten der Natur, nur dann haben Mensch und Planet noch eine echte Chance auf Zukunft.

Kulturelle Vielfalt gab es längst bei uns

Kämpfen wir Europäer erneut gemeinsam für die Andersartigkeit beziehungsweise Vielfalt und gegen jede Gleichmacherei; gegen jede Verblödungsbildung; gegen jedes Lügenkonstrukt, das uns die Freiheit und Lebendigkeit eines bunten, multikulturellen Europa absprechen will, hineinpresst in die Obsession der Gier einiger Weniger, deren einzige Gemeinsamkeit Lügen und Bevormundung sind.

Für Deutschland heißt das: keine weitere Groko mehr, kein „Weiter so“ mehr, und zwar ohne Wenn und Aber. Für ganz Europa hieße das: Abschied von der Besessenheit der Lügen und Bevormundung, vereinnahmt durch die obsessive Gier hegemonischer Ansprüche aus Amerika und den Kollaborateuren in Brüssel; Abschied von Hetze, geboren aus falscher Loyalität zu den Heuschrecken, denen wir gestattet haben, uns auszurauben, von lukrativen Unternehmen zu befreien um des Profits wegen; denen wir gestattet haben, unsere Bevölkerungen gegeneinander aufzuhetzen, damit noch mehr in fremde Hände fällt, was diese gar nicht einmal zu schätzen wissen und nur danach greifen, um Europa finanziell zu versklaven und ausbeuten zu können. **Elke Barby, Gehrden**

Lauschas Kugeln

Zu: Auf Hans Trapp gehalten (Nr. 51/52)

Vor zehn Jahren waren meine Frau und ich in dem im Artikel erwähnten elsässischen Ecomusée. Im Text wird die Abmessung des Freilichtmuseums angegeben, was etwa auf eine noble Dreizimmerwohnung hinausläuft. Auch 100 Hektar wären reichlich bemessen, die Hälfte könnte zutreffen.

Die Trockenheit 1858 im Elsass ist meteorologisch bestätigt. Auch stimmt die Geschichte zur Entstehung der Christbaumkugel. Richtig ist der Ort Götzenbruck, in der Nähe von Meisenthal. Nicht teilen kann ich die Feststellung, dass es die ersten Christbaumkugeln aus Glas seien. Bereits 1846, so die Legende, wurden in Lauscha (Thüringen) die ersten Glaskugeln für den Christbaum geblasen. Aus dem Jahr 1847 existiert ein Nachweis einer Bestellung mehrerer Glaskugeln. Somit gebührt dem kleinen Ort Lauscha die Ehre der Erstentstehung.

Trotzdem Dank für das aufgegriffene Thema. Es ist immer wieder interessant, Geschichtliches aus der weitgegriffenen Heimat zu erfahren. **Michael Erler, Dresden**

Auf falschem Gleis

Zu: Mehr Verbindungen (Nr. 3)

Laut der Meldung mussten die Reisenden in Braunsberg umsteigen, als sie nach Königsberg einreisten, und zwar wegen der breiteren Spurbreite in Russland. Ich bin von dort vor einiger Zeit zweimal mit dem Zug gefahren. Vom Königsberger Hauptbahnhof – Gleis 6 – gab es ein Normalgleis, das nach Westen führte. Allerdings wurden die Durchreisenden streng kontrolliert (Touristen weniger streng). Es gab in Braunsberg zwei Abfertigungen: eine für Polen, eine zweite für Russen und Ausländer. Der Zug hielt bei der Einreise ins Königsberger Gebiet länger in Heiligenbeil, auf der Rückfahrt länger in Braunsberg. Ist das nicht mehr so? Ist das Gleis auf Breitspur „umgenagelt“ worden? **Manfred Kremp, Bremen**



Rasch wieder entferntes Berliner Wahlplakat der SPD mit Bürgermeister Michael Müller im Hintergrund: „Das Nullum Müller taucht im Orkus unter, und der Islam steigt ganz groß zur Übernahme auf“

Bild: Willebrand

Asyl in Österreich

Zu: Irgendwie dranbleiben (Nr. 3) und: Mehr für Familien statt für Asylsucher (Nr. 3)

Kann man als Deutscher politisches Asyl in Österreich beantragen? **Reinhard Fischer, Lauf**

Ein amtlich erklärter notorischer Idiot

Zu: Unheilige Allianz beenden (Nr. 2)

Die Pannen bei den Kontrollen und Ermittlungen zum Breitscheidplatz-Attentat und beim Gedenken der Opfer geht weiter, sie ist an Peinlichkeit kaum noch zu übertreffen.

Übertreffen hat sie nur noch der irgendwie regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller. Bei den Gedenkfeiern zum Jahrestag der schrecklichen Tat des multikriminellen Moslems Anis Amri gab er ein Interview, das er besser unterlassen hätte. Unser Vater hat uns immer für alle Fälle eingeschärft: „Si tacuisses, philossophus mansisses“ (Hättest du geschwiegen, wärst du Philosoph geblieben). Da er sowas und Vergleichbares nie gehört haben kann, haben wir aber einen Einblick in seine Geisteshaltung, oder besser gesagt: seinen Geisteszustand bekommen.

Auf die Frage nach der Schuld beziehungsweise den Schuldigen der Tat hat Müller gesagt: „Es gibt keinen Menschen, keinen Ort, keine Institution, die schuld ist.“

Das ist eine Steilvorlage, die im Umkehrschluss heißt, dass alle Schuldigen, und die gibt es zu Hauf, allen voran die „Staatsratsvorsitzende“ Angela Merkel, keine Menschen sind. Ihre verspäteten Krokodilstränen nimmt ihr ohnehin kein normaldenkender Mensch ab. Sie hat nicht nur Anis Amri eingeladen, sondern die totale Amrisierung der „Buntesrepublik“ veranlasst.

Ein Nachahmer wurde in Berlin jüngst wieder aus der Haft entlassen. Die haben übrigens lebhaften Zulauf, was das einzige ist, das man den Verlautbarungen der sogenannten Dienste glauben kann. Dagegen getan wird nichts und die „Buntesrepublik“ kann sich rühmen, das ideale Rückzugsgebiet der IS-Kämpfer zu sein.

Wenn auch keine Institution schuld ist, heißt das, dass es solche in diesem Land überhaupt nicht gibt. Da es auch keinen Ort gibt, in dem es Schuldige geben könnte, fragt sich, woher Amri seine 14 Identitäten hat?

Der brave Soldat Schwejk wurde in Hašeks Roman von Oberarzt Grünstein gefragt: „Schwejk, wurde ihr Geisteszustand schon mal überprüft?“ Darauf Schwejk: „Jawohl bitteschen, ich bin von den Herrn Militärarzten amtlich zu einem notorischen Idioten erklärt worden.“

Was würden wohl die „Estereichischen Herrn Militärärzte“ bei Michael Müller diagnostizieren? Einen weiteren Einblick gibt sein Wahlplakat zur Berliner Wahl, das die SPD nach wenigen Tagen entfernen ließ, das Zeugen aber noch rechtzeitig dokumentieren konnten. Das Nullum Müller taucht im Orkus unter, und der Islam steigt ganz groß zur Übernahme auf – will heißen: finis germaniae. Und bei dieser Übernahme ist Gottes Bodenpersonal noch eine unheilig hilfreiche Allianz.

Zu den Politikern will Peer Steinbrück nicht mehr gehören, weil sie seiner Ansicht nach ein Ansehen wie Hausierer haben. Volker Pispers hat schon 1996 und 2003 analysiert: „Es gibt Dinge, die kann man nicht sehen, die muss man glauben. Es gibt Dinge, die muss man sehen und kann sie nicht glauben. Und es gibt Politiker, da kann man nicht glauben, dass die noch einer sehen will.“

Was würde er wohl jetzt sagen? Beppe Grillo von der italienischen Fünf-Sterne-Bewegung bezeichnet die Bundeskanzlerin Angela Merkel jedenfalls als „schreckliche Frau“. **Albrecht Willebrand, Berlin**

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Philosophische Schaumschlägerei

Richard David Precht ist der Lieblingsdenker der Nation – Seine populären Formeln verbreitet er geschickt im Staatsfernsehen

Er verurteilt Populismus, ist aber selbst philosophischer Populist. Seit 2012 diskutiert Richard David Precht im ZDF mit Gästen über lebensphilosophische Themen. Am 5. Februar kommt es in seiner Sendung „Precht“ zum Duell mit einem hochkarätigen seriösen Gesprächspartner: Udo di Fabio, früher Richter beim Bundesverfassungsgericht.

Sein Bestseller „Wer bin ich – und wenn ja, wie viele“ machte Precht 2008 zum quotenträchtigen Dauergast in TV-Runden. Wenn der telegene Philosoph einmal nicht als Kommentator eingeladen ist, dann vermutlich, um wieder einmal über ein neues Buch von sich zu sprechen. Seine Zweier-Talkshow „Precht“ war Nachfolger des „Philosophischen Quartetts“ und ist ebenfalls als Philosophiesendung ausgewiesen.

In dem nur von oben ausgeleuchteten Studio ohne Zuschauer sitzen sich die Gesprächspartner in maximaler Nähe an einem runden Tisch gegenüber und führen ein intensives Gespräch. Vorbild war vermutlich die ähnlich konzipierte BBC-Sendung „Hard Talk“. Während jene vor allem auf Fakten fokussiert ist, wird bei Precht auf hohem Niveau theoretisiert. Insofern hat die Bezeichnung Philosophiesendung ihre Berechtigung, wenngleich nicht alle Beobachter dem Format diesen Rang zubilligen wollen.

Zwar beherrscht der promovierte Philosoph ein riesiges Themenspektrum, bislang hat ihn aber noch niemand als Universalgelehrten bezeichnet. Jede Anspielung, jeden Hinweis seiner Gesprächspartner pariert er ohne Umschweife mit einer Stellungnahme oder einem Anknüpfungspunkt. Dafür ist er als Autor von mittlerweile einem Dutzend Sachbüchern, zahlreichen Essays und durch seine Tätigkeit als Honorarprofessor an zwei Hochschulen bestens präpariert. In den Jahren vor seiner Rolle als „Bürgerphilosoph“ („Die Zeit“) schrieb er auch mehrere Romane.

Prechts steile Karriere als „Fernsehberater der Nation“ fußt auf dem durchschlagenden Erfolg eins der Spiegel-Bestsellerliste „Sachbücher“. Ganze vier Jahre hielt es sich in selbiger und stellte damit einen Langzeitrekord auf. Obwohl von Autoren des deutschen Feuilletons scharfzüngig bekrittelt, blieb das Buch ein Selbstläufer, während sich sein ausnehmend gut aussehender Autor mit den schulterlangen Haaren eines eitlen Langzeitstu- eigentliche Stärke: Zusammenhänge zu erschließen und leicht verständlich darzustellen. Als Autor und Moderator konzentriert er sich überwiegend auf Zukunftsthemen und Moralfragen, um aufzuzeigen, wo in unserer wie geschmiert funktionierenden Gesellschaft Handlungsbedarf besteht. In einem „Spiegel“-Essay „Wer ist konservativer?“



Bild: ZDF/Juliane Eirich

Precht (l.) im Wortduell mit Udo di Fabio in der ZDF-Mitternachtssendung am 5. Februar

seines populärwissenschaftlichen Buches über Bewusstseinstheorie mit dem raffiniert gewählten Titel „Wer bin ich und wenn ja, wie viele“. Den Startschuss gab Elke Heidenreich mit einer Empfehlung in ihrer Büchersendung „Lesen!“. 2008/09 besetzte das Werk insgesamt 100 Wochen Platz

denten durch beständige Medienpräsenz als gefragter Redner und Denker etablierte.

Inhaltlich schlägt der 53-Jährige vorzugsweise große Bögen, so auch wieder in seinem neuen, populärphilosophischen Werk in drei Bänden zur Geschichte der Philosophie. Darin liegt seine

schrieb er Anfang 2015: „Den Slogan ‚Wohlstand für alle‘ hatte Ludwig Erhard ... dem deutschen Titel eines Erfolgswerkes des russischen Anarchisten Pjotr Kropotkin entrissen. Die anarchistische Formel im gutbürgerlichen Anzug verdeckte lange, wie schlecht konservatives und kapitalistisches Denken tatsächlich zusammenpassen ... Das Dilemma der heutigen CDU ist, dass dieser Riss bis heute gut kaschiert noch immer da ist.“

Als linker Globalisierungskritiker steht Precht Marx nicht näher als viele andere auch, wenngleich er, durch sein Elternhaus geprägt, mindestens vorurteilsfrei auf Marx Bezug nimmt, der den Neoliberalismus heutiger Prägung vorhersagte. Seine Botschaften sind letztendlich an die Chefetagen der Wirtschaft gerichtet, da er die Tonangeber dort, und nicht in der Politik, verortet.

In der seit 2010 von ihm mit herausgegebenen Zeitschrift „Agora 42“ äußerte er Bedauern darüber, „dass sich Ökonomen kaum noch für Philosophie interessieren und Philosophen kaum mehr für Ökonomie“. Anders ausgedrückt, er ist besorgt, weil an den Schaltstellen der wirtschaftlichen Macht seiner Meinung nach kaum Interesse an der Herstellung von Transparenz und mehr Gerechtigkeit besteht.

Mit dem Vorwurf, immer nur an der Oberfläche zu kratzen, hat man ihm indirekt angekreidet, dass er die Philosophie alltagstauglich gemacht hat. Was ist aber dagegen einzuwenden, diese Lehre, deren Vertreter in kryptischem Jargon miteinander kommunizieren, heraus aus dem Elfenbeinturm geführt zu haben, auf dass Nutzen daraus entstehe? Es gibt inzwischen ein großes Bedürfnis nach kompetenter Deutung der Veränderungen in unserer Welt, die durch den rasanten Fortschritt in Wissenschaft und Technik immer komplizierter wird. Precht hat diese Marktlücke erkannt und daraus ein für sich äußerst lukratives Geschäftsmodell gemacht.

Kein Wunder, dass ihm auch seine Geschäftstüchtigkeit misslaunig angekreidet wird. Wer Vortragshonorare in astronomischer Höhe einstreiche, müsse inhaltlich mehr liefern, so der Tenor. Precht ist Vorwürfen dieser Art mit der Bemerkung begegnet, dass ihm seine blendende Erscheinung mit Blick auf sein berufliches Wirken oft gerade nicht zum Vorteil gereiche. Will heißen, er findet, dass es sich manche Kritiker allzu leicht machen mit ihrer Weigerung, ihn als Denker beziehungsweise Vordenker ernst zu nehmen.

Prechts Gast in der nächsten Folge von „Precht“, Udo Di Fabio, war von 1999 bis 2011 Richter am Bundesverfassungsgericht. In seiner jüngsten Publikation „Grund-

Rededuell mit seriösem Widersacher

rechtsgeltung in digitalen Systemen“ behandelt di Fabio die Auswirkung der Digitalisierung unter anderem auf unser Rechtssystem. Anfang 2016 veröffentlichte der Freistaat Bayern sein Rechtsgutachten zur damaligen Einwanderungskrise, das Kanzlerin Angela Merkel ebenso wenig gefallen haben dürfte wie dem „weltoffenen“ Precht.

Di Fabio wies in seinem Gutachten darauf hin, dass der Bund verpflichtet sei, „wirksame Kontrollen der Bundesgrenzen“ aufzunehmen und dass es keine Rechtspflicht gebe für eine Einreiseerlaubnis aller schutzbedürftiger Menschen weltweit. Man darf auf das Rededuell zwischen einem linken Populärphilosophen und einem konservativen Juristen gespannt sein. *D. Jestrzemski*

Eiszeit in Brandenburg

Vor den Toren Berlins präsentieren Bildhauer ihre Eisskulpturen

Diese Welt ist eisig, und doch erwärmt sie die Herzen der Besucher – die größte europäische Eisfigurenausstellung im Erlebnisdorf Elstal bei Berlin. Ob Ägypten, Japan, Kuba, Russland, Großbritannien – die frostige Reise rund um den Globus führt in elf Länder. Kleine und große Weltenbummler treffen dabei auf beeindruckend filigrane und farbenfroh illuminierte Skulpturen und Gebäude.



Bild: Karls Erlebnis-Dorf

Wieder frostige Zeiten am Brandenburger Tor: Quadriga aus Eis

So trifft man in Italien auf den Schiefen Turm von Pisa, in Berlin auf das Brandenburger Tor und eine eisige Angela Merkel, in London auf den Big Ben. In Tokio begegnen den Weltreisenden Sumoringer und Geishas, in Kairo Kamele und in Havanna Salsa-Tänzerinnen. In Sydney hüpfen Kängurus um die Oper, durch Hongkong schlängeln sich Drachen und in Moskau tanzen Primaballerinas vor der Basilius-Kathedrale auf dem Roten Platz.

23 Künstler haben diese eisige Welt im brandenburgischen Erlebnis-Dorf Elstal erschaffen. Sie kommen aus Japan, Malaysia, Thailand, Lettland, Polen, der Mongolei, Bulgarien, Australien sowie Teilen der Russischen Föderation wie der Tschuwaschischen Republik und Jakutien. Die meisten von ihnen sind professionelle Bildhauer, auf eisige Kunstwerke spezialisiert, und präsentieren sich auf internationalen Festivals. Sogar ein Weltmeister ist mit von der Partie: der russische Eiskünstler Sergeij Tselebrowskij.

Innerhalb von drei Wochen haben die Künstler für die Welt aus Eis riesige, bis zu einer Tonne schwere Eisblöcke mit Messern, Spachteln und Feilen, Kettensägen, Metallbürsten und Schleifmaschinen, Gasbrenner, Heißluftföhn und Bügeleisen in filigrane Kunstwerke verwandelt. Für die mehr als 100 Skulpturen wurden rund 270 Tonnen Eis verarbeitet, das in einer Eisfabrik in Polen gefertigt und auf Lkw nach Elstal gebracht wurde.

Erlebnisdorf-Geschäftsführer Robert Dahl sagt dazu: „Dieses Jahr wollten wir ‚Karlchen‘ mal einen kleinen Urlaub gönnen und haben ihn deshalb einmal um den Globus geschickt.“ Karlchen ist ein roter Erdbär und das vor allem bei Kindern beliebte Maskottchen des Erlebnisdorfes. So führt der bärige Weltenbummler auf seiner Weltreise seine kleinen Fans auch in ein eisiges Panama. Für familiäres Wettkampffieber sorgt dabei eine Kartoffelsackrutsche aus Eis. Nach diesem frostigen Vergnügen können sich die Weltreisenden zum Aufwärmen durchaus einen Glühwein, Kinderpunsch oder eine heiße Schokolade gönnen. Serviert werden diese selbstverständlich an einer Eisbar unter einer Eiskuppel.

Wer sich auf eisige Weltreise begeben möchte, sollte sich warm anziehen. Denn die Temperatur in der 2000 Quadratmeter großen Eishalle liegt bei frostigen minus sieben Grad. Geöffnet ist bis 31. Oktober, also auch den ganzen Sommer über. Möglich macht das eine Kälteanlage, deren Abwärme im Winter auch für das Heizen des Bauernmarktes und im Sommer für Duschwasser genutzt wird. *Barbara Eising*

Mehr Informationen über das frostige Spektakel: www.karls.de

Star des Jahres

Zwitschert plötzlich das Handy, kann ein Singvogel schuld sein

Sein Bestand geht dramatisch zurück. Deshalb haben der Naturschutzbund Deutschland (NABU) und der Landesbund für Vogelschutz (LBV) den Star (Sturnus vulgaris) zum Vogel des Jahres 2018 gewählt. Nach dem Waldkauz, welcher der Vogel des Jahres 2017 war, rückt somit ein Singvogel ins Licht der Öffentlichkeit. Und das ist auch bitter nötig. „Eine Million Starenpaare haben wir alleine in Deutschland in nur zwei Jahrzehnten verloren. Jetzt gilt es, den Star durch praktischen Naturschutz und Sicherung des Lebensraums zu unterstützen“, sagt LBV-Chef Norbert Schäffer.

Leider ist der Star ein typisches Beispiel für den stillen Rückgang vieler Vogelarten. Grund, wie so oft, sind mangelnder Lebensraum und fehlende Brut- und Nahrungsmöglichkeiten. Bevorzugte Lebensräume wie Wiesen und Felder werden landwirtschaftlich intensiver genutzt. Hecken und Feldgehölze müssen verschwinden. Ersatzweise nisten Stare in Hohlräumen an Dächern, Fassaden, aber auch Laternen, wenn genügend Platz ist.

Die Nahrung der Stare ändert sich mit den Jahreszeiten. Gerne tippelt der gesellige Vogel in Gruppen auf Wiesen auf der Suche nach Würmern und Insekten. Sie hacken mit dem kräftigen Schnabel ein Loch in den Boden und spähen mit seitlich gerichtetem Blick hinein, während sie darum herum laufen. Das nennt man auch „zirkeln“. Auf Weidetieren suchen sie nach Fliegen oder Zecken. Im Sommer und Herbst schätzen sie Früchte und Beeren, wovon Gartenbesitzer oft ein ärgerliches Lied singen können. Hocken die Stare doch zu Hauf in Kirschbäumen und bedienen sich.

Stare sind bei näherer Betrachtung wahre Schönheiten. Zur Brutzeit schillert ihr schwarzes Federkleid je nach Lichteinfall metallisch grün, blau oder violett. Das Gefieder der Weibchen verzieren kleine helle Punkte. Im

Beeindruckend sind auch die atemberaubenden Schwarmformationen. Tausende der Vögel gleiten dann perfekt aufeinander abgestimmt durch die Luft. Die spektakulären Schwärme kündigen den nahenden Herbst und baldigen Vogelzug an. Innerhalb des Schwarms orientiert sich der Star an bis zu sieben Vögeln. Zu diesen hält er im Flug immer die gleiche Position. Die wellenförmigen Bewegungen der Stare wirken



Bild: NABU/Georg Dorff

Hat sein Prachtkleid übergezogen: Star im Sommer

Spätsommer wechseln sie ihre Federn und tragen dann ihr „Schlichtkleid“, das mit einem Perlmuster überzogen ist. Die Vögel haben herausragende Imitationstalente. Sie können ihre Umgebungsgeräusche nachahmen und in ihren Gesang einbauen. Wenn man von einem Baum plötzlich Handyklingeln, Polizeisirenen oder Hundegebell hört, kann es von einem Star kommen.

wie ein eigenständiger Organismus. Es dient dem Schutz vor Greifvögeln, da die Angreifer es so schwer haben, einen einzelnen Vogel zu fixieren.

Stare aus Skandinavien oder Osteuropa überwintern bei uns. Mitteleuropäische Stare ziehen bis in den südlichen Mittelmeerraum und nach Nordafrika. Maximale Zugstrecke ist etwa 2000 Kilometer. *Silvia Friedrich*

Spionage – überall und gegen jedermann

Als der Bundesnachrichtendienst (BND) verdächtigt wurde, führende Ministerien in England und Frankreich abgehört zu haben, war dies für Kenner keine Überraschung. Wohl arbeiten viele Nachrichtendienste in Form von Erkenntnisaustausch zusammen, allzu oft aber gleichzeitig gegeneinander: Primär sind stets nationale Interessen. So unterließen die CIA, den BND über einen DDR-Spion in dessen Reihen zu informieren aus Sorge, eine Warnung könnte ihren eigenen Spion in Ost-Berlin gefährden. Dies legen die Autoren des Buchs „Spionage unter Freunden" höchst interessant dar.

Das Verhältnis der damaligen Organisation Gehlen (Org) – ein von US-Behörden in der amerikanischen Besatzungszone aus deutschem Personal gebildeter Nachrichtendienst unter der Leitung von Reinhard Gehlen – zu Italiens Geheimdienst begann erst 1956. Auch Tarnfirmen wurden zur Aufklärung eingesetzt. Entscheidend war die Zusammenarbeit mit dem Vatikan, verfügte der Papst doch stets über ein recht gutes Bild über den Ostblock. Dabei erhielt man auch Nachrichten aus der Ukraine, welche Nonnen per Flugzeug nach Rom schmuggelte.

Getarnt als Eiscremegeschäft in Madrid, besaß Gehlen eine gute Nachrichtenquelle in Spanien. Später entstand eine enge Kooperation bei der fernmelde-elektronischen Aufklärung, mittels der die Richtfunkstrecke im Mittelmeer und die nach Afrika und Südamerika abgehört wurden. Typisch für die Franzosen war ihre massive Überwachung des Post- und Telefonverkehrs sowie starke Wirtschaftsspionage. Noch 1994 erklärte der Verfassungsschutzpräsident, sie hätten gegen Deutschland so gearbeitet, „als ob wir noch verfeindet wären". Unser Dienst betrieb ebenso technische Aufklärung. Beiderseitiges Misstrauen bestand zwischen dem BND und dem britischen MI6, letzterer befürchtete stets östliche „Maulwürfe" im Bundesnachrichtendienst. Selbst seine Stay-Behind-Vorbereitungen in Deutschland (1000 Partisanen für den Fall eines Sowjet-Einmarsches) hielt er geheim. Nach dem Mauerfall brachten beide Dienste in enger Zusammenarbeit wichtige Dokumente der Sowjettruppen in ihren Besitz.

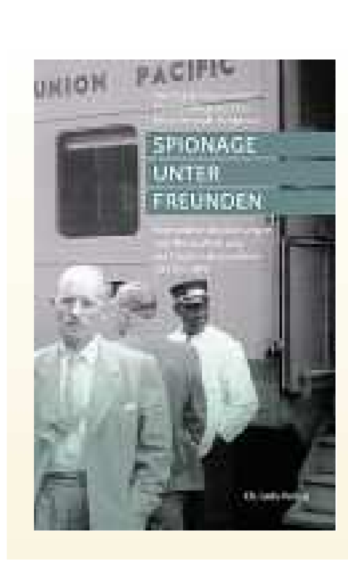
Viel Unbekanntes weiß das Buch über den dänischen Spionagedienst. Obwohl dessen Mitglieder aus dem Widerstand gegen die damalige deutsche Besetzung kamen, entstand bereits 1947 eine Zusammenarbeit, die in erster Linie der Persönlichkeit Gehlens zu verdanken war. Auch die seinerzeitige sowjetische Besetzung Bornholms mag ein Motiv gewesen sein. Die dänische Funkaufklärung umfasste weite Teile der DDR und Polens sowie den nordwestlichen Teil der UdSSR. Ihre Militärspionage besaß etliche Mitarbeiter in der DDR, deren Funkverbindungen selbst nach dem Mauerbau nicht abrissen. Zu ihren Spionen zählte auch ein hoher polnischer Offizier.

Bereits 1944 hatte Gehlen als Leiter der Wehrmachts-Abteilung Fremde Heere Ost Stockholm aufgesucht, erst 1948 wurden die Kontakte erneuert. Er erhielt die Ergebnisse der schwedischen Funkaufklärung, ebenfalls bestand eine Zusammenarbeit in der Bekämpfung des Links- und Rechtsextremismus. Aufgrund des Zweiten Weltkriegs war Finnland zu einer Moskau angelehnten Neutralitätspolitik gezwungen. Erst in späteren Jahren kam es zu einem Informationsaustausch über die Lage Sowjetrusslands.

Die CIA war bis zur Umwandlung der Org in den Bundesnachrichtendienst 1956 eher eine vorgesetzte Behörde, die über sie eine intensive Kontrolle ausübte. Ohnehin interessierte sie sich stark für alle politischen Vorgänge im Westen Deutschlands, wobei sie viele Zuträger gerade in Bonn fand. Pullach konzentrierte sich auf das Verhältnis Washingtons zu Moskau, setzte aber nie Agenten gegen die Vereinigten Staaten ein. Nach der Wende erhielt der BND vom US-Geheimdienst die sogenannten „Rosenholz"-Dateien (mikroverfilmte Daten der Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit zurück – jedoch nicht vollständig. Dies war gewiss kein Zufall. Alles deutet darauf hin, dass die CIA einige DDR-Spione für ihre Tätigkeit „umdrehte".

Ausführlich und für den Leser höchst aufschlussreich beschreibt das Buch das Verhalten des US-Geheimdienstes gegenüber Willy Brandt, den er in den 1950er Jahren selber aufgebaut hatte und dem er 200 000 D-Mark zukommen ließ – getarnt als Zuwendung für sein „Berliner Stadtblatt". Später kamen 106 000 D-Mark hinzu. Das Ziel, mit ihm einen Verfechter der Wiederbewaffnung in die Parteispitze zu befördern, erreichte die CIA 1957/58, als Brandt Regierender Bürgermeister Berlins wurde. Diese CIA-Unterstützungen für die SPD hielten bis 1966 an. Von einer Gegendarstellung der SPD gegen die Autoren ist bis heute nichts bekannt.

Friedrich-Wilhelm Schlomann



***Christoph Franceschini u. a. (Hg.): „Spionage unter Freunden"**, Ch. Links-Verlag, Berlin, 2017, gebunden, 377 Seiten, 30 Euro*

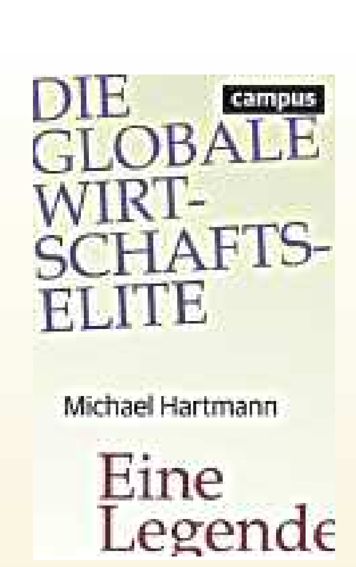
Auf tönernen Füßen

Mittlerweile ist der Brite John Cryan der dritte Ausländer in Folge auf dem Posten des Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank AG. Seine Vorgänger waren der Schweizer Josef Ackermann und der indischstämmige Manager Anshu Jain. Ähnlich sieht es in anderen DAX-Konzernen wie Adidas, Fresenius, Henkel, RWE und SAP aus. Trotzdem vertritt der Elitenforscher und frühere Soziologieprofessor an der TU Darmstadt, Michael Hartmann, die Ansicht, dass man die Topmanager weiterhin eher im nationalen Rahmen rekrutiere – nachzulesen in dem Buch „Die globale Wirtschaftselite. Eine Legende".

Seine These begründet Hartmann mit den „stark zunehmenden Widersprüchen und Gegensätzen zwischen den verschiedenen Ländern und Regionen der Welt". Schließlich habe sich die Lage seit dem Ende des Kalten Krieges erneut dramatisch verändert. Als Beispiel nennt der Autor die Ukraine-Krise, in deren Folge nun die meisten russischen Milliardäre wieder in Moskau leben. Dazu komme der wachsende Unmut vieler Menschen angesichts der negativen Auswirkungen der Globalisierung sowie der Aufstieg nationalistischer Parteien, der es ratsam erscheinen lasse, weniger kosmopolitisch aufzutreten.

Dabei übersieht Hartmann freilich, dass es weiterhin einflussreiche globale Strippenzieher vom Schlage des US-Fondsmanagers George Soros gibt. Überhaupt konzentriert sich das Buch mehr auf das, was die Wirtschaftselite nach außen zeigt, und ignoriert manches, was sie aus gutem Grunde vor der Öffentlichkeit verbergen will, aber nicht kann. Wie ihre Kontakte zu Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen sowie Politikern in angeblichen „Feindstaaten". Insofern steht Hartmanns Argumentation teilweise auf tönernen Füßen.

Wolfgang Kaufmann



***Michael Hartmann: „Die globale Wirtschaftselite. Eine Legende"**, Campus Verlag, Frankfurt am Main, 2017, broschiert, 246 Seiten, 24,95 Euro*

Erziehungskritische Betrachtungen

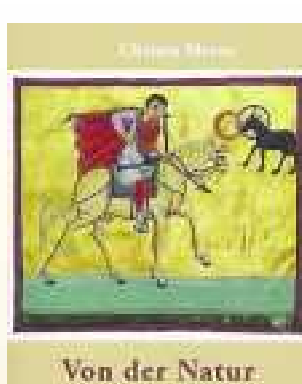
Im Alter von 93 Jahren legt die praxiserfahrene und renommierte Jugendpsychologin Christa Meves ihr nunmehr 123. Buch unter dem Titel „Von der Natur zum Geist. Der Mensch im Schöpfungsplan" einer weiten, über die Zustände in Elternhaus und Schule beunruhigten Öffentlichkeit vor.

> Geschenk für werdende Eltern

Der Autorin gelingt es, auf wenig mehr als 80 Seiten die Essenz ihrer Christlichen Pädagogik der elterlichen Verantwortung gegenüber den Geboten Gottes und der Natur des Kindes mit treffenden Worten in einfachen Zusammenhängen wissenschaftlich darzulegen. Der doppelte geistige Ansatz Meves' in dieser interdisziplinären Auseinandersetzung mit den psychischen und den gesellschaftlichen Folgen einer natur- und vernunftwidrigen Erziehung der Lässigkeit auf der einen und der Überforderung von Eltern und Kind auf der anderen Seite folgen sowohl etablierten Erkenntnissen der Pädagogischen Psychologie und der Gehirnforschung als auch einem eher intuitiven bildpsychologischen Zugang der Autorin zur Symbolwelt des ersten und des letzten Buches der Bibel.

Dieses, ihr persönliches „Alpha und Omega" gelingt Meves auf der ganzen Linie ihrer Darlegungen. Empfehlenswert ist ihr erziehungskritisches Buch für jedermann, insbesondere für werdende Eltern. Ein ideales Geschenk zur bevorstehenden Geburt!

Norbert Westhof



***Christa Meves: „Von der Natur zum Geist. Der Mensch im Schöpfungsplan"**, Christiana-Verlag, Kisslegg-Immenried 2017, broschiert, 81 Seiten, 4,95 Euro*

Geschichtswerk und Atlas in einem

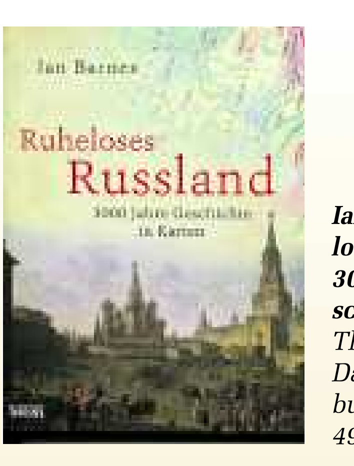
Der britische Historiker Ian Barnes hat eine Reihe historischer Atlanten herausgegeben. In seinem letzten Werk vor seinem Tod im Jahr 2016 hat er sich mit Russland, dem größten Land der Erde, beschäftigt. Es erstreckt sich über 9000 Kilometer vom europäischen Westen bis Wladiwostok im asiatischen Osten und über elf Zeitzonen und grenzt an fünf Meere. Die Beschäftigung mit Russland ist eine Herausforderung für jeden Wissenschaftler.

In dem Atlas „Ruheloses Russland. 3000 Jahre Geschichte in Karten" schildert Barnes die historischen Entwicklungen seit der Landnahme der ersten slawischen Stämme bis zur Krim-Annexion im März 2014. Im Vorwort sagt er, ein Historiker müsse viele Faktoren berücksichtigen, wenn er sich mit der Geschichte Russlands auseinandersetzen will. Dazu zählten die Geografie, Ressourcen, die Bevölkerung und Probleme. „Dies alles ist in Betracht zu ziehen, will man Russland verstehen, statt Klischees zu bedienen und herabsetzende Kommentare zu verfassen." Er spricht einige zentrale Themen und Sachverhalte an, die erklären können, warum die russische Bevölkerung sich zu bestimmten Verhaltensweisen genötigt sah.

Das Buch stellt eine gelungene Einführung in die russische Geschichte dar. Zahlreiche thematische Karten und Fotografien machen es neben ausführlichen Texten zu einem umfangreichen Nachschlagewerk, das die russische Geschichte vom Aufstieg der Slawen, der Christianisierung, der Kiewer Rus über die Herrschaft der Zaren bis hin zur Ära Putin beschreibt. Ein großer Teil ist der russischen Revolution und den darauf folgenden Jahren gewidmet.

Im letzten Kapitel „Russlands Schattenreich" klingt dann allerdings doch noch indirekt Kritik an Putins Nationalismus an.

Manuela Rosenthal-Kappi



***Ian Barnes: „Ruheloses Russland. 3000 Jahre Geschichte in Karten"**, Theiss Verlag, Darmstadt 2016, gebunden, 222 Seiten, 49,95 Euro*

Fragwürdiges Konzept einer neuen Familienpolitik

Es ist ein sehr unrühmliches Schlachtfeld, dem sich die Autorinnen widmen. In einem umfangreichen Opus, gegliedert in fünf Teile, gehen die beiden Autorinnen Susanne Garsoffky und Britta Sembach in dem Buch „Der tiefe Riss" mutig die Probleme der heutigen Demokratie und des zerbrochenen Sozialsystems an und zeigen Wege, die aber keine Lösungen sind, zumal in der Politik Konfusion und Zwietracht herrschen und ein Status quo bevorzugt wird.

In der Tat ist die „Alterspyramide" abgetragen und gleicht einer „demographischen Urne". Es herrscht ein Kleinkrieg zwischen Familien mit Kindern und kinderlosen Ehepartnern, bei dem die Politik „Vogel Strauß" spielt und den Kopf in den Sand steckt: „Zur Angst der Politiker vor der Wahrheit kommt die Feigheit vor dem Wähler".

Als das Rentensystem konzipiert und der Generationenvertrag geschlossen wurde, sei die Welt noch einigermaßen im Lot gewesen. Heute sei Deutschland ein Land mit einer der niedrigsten Geburtenraten Europas. Was ist heutzutage noch normal? Sind die Eltern „Rabeneltern" und die Kinder „Sorgenkinder", die der Staat unter seine Fittiche, in seine Obhut nehmen und rund um die Uhr betreuen muss, damit sie in seinem Sinne „reibungslos funktionieren".

Braucht der Staat Kinder nur noch für die Rente? Die 1950er Jahre waren das „goldene Zeitalter der Ehe". Doch dann kam die sexuelle Revolution, die Emanzipation, der Feminismus und der Genderismus mit der „Ehe für alle" mit Aufhebung und Wahl des Geschlechts.

Der Sozialrichter Jürgen Borchert bringt es auf den Punkt: „Der Staat treibt den Familien die Sau vom Hof und gibt ihnen drei Koteletts zurück." Der Generationenvertrag sei längst nicht mehr praktikabel. Es knirsche gewaltig im Verteilungsgetriebe, doch wer hat den Mut, eine nachhaltige und sinnvolle Lösung anzugehen? Ist das „bedingungslose Grundeinkommen" eine Lösung oder eine verrückte Idee? In allem steckt enormer sozialer Sprengstoff. Aber ist es gerecht, die Kosten für Kinder zu individualisieren und ihren Nutzen zu sozialisieren? Mehr Beitragsgerechtigkeit in der Sozialversicherung wäre ein Schritt zu mehr Solidarität. Ja: „Die nächste Generation schultert eine Last, wie wir uns im Traum noch nicht vorstellen können. Wollen wir das wirklich zulassen?"

> Generationenvertrag ist passé

Es sei Tatsache, dass die Bereitschaft, nachfolgende Generationen zu unterstützen, mit denen man nicht mehr durch Familienbande verbunden ist, „sinkt und sinkt und sinkt". Die Politik sollte das sich aufstauende Konfliktpotenzial nicht weiter ignorieren. Wo bleibt die Einsicht, dass Kinder Zukunft, Fortschritt, Sicherung bedeuten und einem Weiterfunktionieren der sozialen Sicherungssysteme dienen? Ja, Kinder gestalten das Morgen, aber das „Kinderkriegen" werde keineswegs mit der linkspopulistischen Parole „Wahlrecht für Kinder" befördert.

Das Buch der beiden Karriere-Mütter ist lesenswert und mit viel Fleiß „gestrickt" worden, aber ob die Rezepturen geeignet sind, das Problem der „Vereinbarkeit von Familie und Karriere" mit Hilfe eines neuen „Feminismus" zu lösen, ist ungewiss. Der Hinweis „niedrige Geburtenraten zu akzeptieren" und mit aller Kraft auf „Zuwanderung" zu setzen, das ist nicht die Lösung, schafft eher neue und noch größere Probleme.

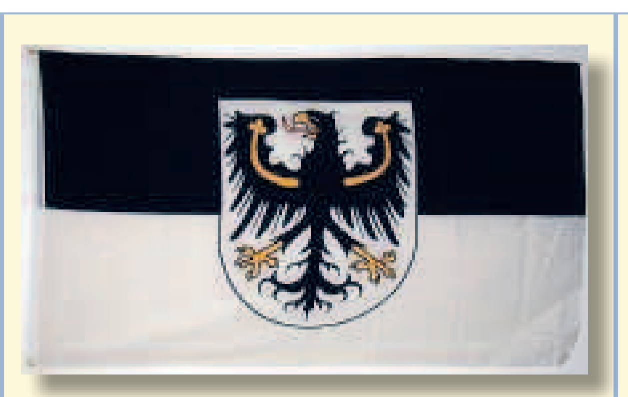
Wolfgang Thüne



***Susanne Garsoffky /Britta Sembach: „Der tiefe Riss. Wie Politik und Wirtschaft Eltern und Kinderlose gegeneinander ausspielen"**, Pantheon Verlag, München 2017, broschiert, 256 Seiten, 15 Euro*

Deutschland Europa
Der Shell Atlas
Bisher ~~29,99 €~~
Jetzt 12,99 €
2017/2018

Der große Shell Atlas – Deutschland und Europa
Deutschland 1:300 000, Europa 1:750 000
„Der Shell Atlas zeigt sich mit über 1240 Seiten informationsstark und detailliert. Mit seinen Straßenkarten im Maßstab 1:300 000 für Deutschland, Benelux, Dänemark, Österreich und die Schweiz sowie 1:750 000 für die weiteren europäischen Reiseländer ist der Shell Atlas das moderne Nachschlagewerk für den Autofahrer. So reicht der Inhalt von Cityplänen bis hin zu Übersichtskarten. Planungskarten für Europa im Maßstab 1:4 500 000 helfen bei der Groborientierung und bieten einen schnellen Überblick. Eine übersichtliche Fernstraßenkarte für Deutschland sowie die nationale Entfernungstabelle helfen bei der Reise im eigenen Land. Auch Alpenpässe und Tunnels sind in die Karten eingezeichnet. Das alphabetische Ortsverzeichnis enthält auf beinahe 300 Seiten alle Ortsnamen. Mit seinem detaillierten Kartenmaterial ist der Shell Atlas seit über 60 Jahren bei Autofahrern durch Deutschland und Europa nützlich und dadurch sehr beliebt. 1.240 Seiten
Nr. P A1230 Gebunden **12,99 €**



Ostpreußenfahne mit Wappen Ostpreußen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9907 Fahne **12,50 €**



War das lecker – Unsere Lieblingsrezepte aus Ostpreußen
Mit vielen Abbildungen im Großformat.
144 Seiten/Gebunden
Nr. P A0363 **4,99 €**

Das alte Ostpreußen lebt weiter in den Erinnerungen der Menschen, in den Erzählungen der Väter und Vorväter. Es war ein wunderschönes Land an der glitzernden Ostsee mit ihrem weißen Strand, den Dünen, , die fetten Weiden und Äcker, im Süden das hügelige Waldland, darin eingebettet die Masurischen Seen. Und so vielfältig die einzigartige Landschaft war, so vielfältig waren die kulinarischen Spezialitäten, die sie hervorgebracht hat: Beetenbartsch, Königsberger Klopse, Quarkklößchen, Kümmelfleisch, Kakalinski, Buttermilchflinsen, Glumstorte aus der alten Heimat u.v.m lassen die Gerüche von Damals wieder durch die Küche wehen.



Rudolf Meyer-Bremen/Jörn Barfod
Frühe Ansichten Ost- und Westpreußen
Die frühen Lithographien aus Ost- und Westpreußen überliefern das Aussehen von Orten und Landschaften dieser östlichen Kernprovinzen des Königreichs Preußen. Das erwachte romantische Interesse an Land und Leuten und die malerischen Gegenden sind in idealer Weise. Viele der Zeichner Technik des Steindrucks ergänzen sich in idealer Weise. Viele der Zeichner und Lithographen, die diese Ansichten schufen, gehören zur ersten Generation der durch die gegen 1800 entstandenen staatlichen Kunstschulen in Königsberg und Danzig gegangenen Künstler. 144 Seiten
Nr. P A1229 Kartoniert **4,99 €**

Sensburg
Früher ~~€ 24,95~~
Jetzt € 9,95

Ulrich Jakubzik
Sensburg
Stadt unseres Herzens
Mit 400 zum Teil farbigen Abb.
392 Seiten/Gebunden
Nr. P 1089 **9,95 €**

Ulrich Jakubzik hat in diesem Band ein Fülle von Bildern, Texten und Dokumenten zu Sensburg zusammengestellt. Neben der Chronik der Stadt sind ein Stadtplan, das Fernsprechverzeichnis aus dem Jahr 1940, Informationen aus dem Kultur- und Wirtschaftsleben der Stadt, Heimatdokumente und viele, viele Erzählungen, in Prosa und Reimform rund um Sensburg und Masuren in diesem Buch enthalten. Ein masurisches Tanzliedchen, Abbildungen aus 33 Ortschaften aus dem Kreis Sensburg und „Große Mutter Masuren" – eine Heimathymne in 24 Bildern, runden das Werk ab. Ein Muss für jeden der sich gerne an die Heimat erinnert.



Werner Buxa
Bilder aus Ostpreußen
Über 500 Fotos vom Leben wie es damals war
208 Seiten/Gebunden
Nr. P 1019 **10,95 €**

Dieses Buch von Werner Buxa spiegelt eindrucksvoll das Leben der Menschen in Ostpreußen bis 1945 wider. Jenem Land zwischen Memel und Weichsel, das facettenreicher in seiner Schönheit nicht sein könnte: dunkle Wälder und fruchtbare Getreidefelder, meerumbrandete Küsten und einsame Seen, wehrhafte Burgen und verträumte Dörfer. 500 selten gewordene Aufnahmen aus Familienalben, Bildersammlungen, Archiven, Broschüren und alten Aufsätzen geben einen unverfälschten Eindruck vom Leben in Ostpreußen. Die Fotos wurden in liebevoller Sorgfalt und mit rührender Hingabe von ostpreußischen Landsleuten zusammengetragen und wecken so manche Erinnerungen.



Heimatklänge aus Schlesien
Lieder, Tänze und Gedichte
Aus allen Landschaften Schlesiens klingen uns Lieder und Tänze in erstaunlicher Vielfalt entgegen. Dazwischen hören wir den Klang urtümlicher Muttersprache der Schlesier (Laufzeit: 44 Min.)
Nr. P 9963 CD **12,80 €**



Heimatklänge aus Ostpreußen
Berühmte ostpreußische Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau. Ein Hörerlebnis für jeden Ostpreußen.
(Laufzeit 77 Minuten)
Nr. A0098 CD **12,80 €**



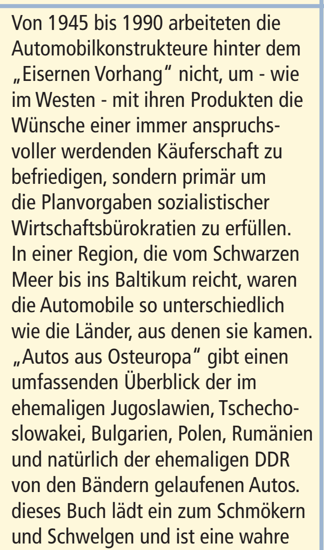
Walter Dignath/
Herbert Ziesmann
Die Kirchen im Samland
Mit 156 S/W-Abbildungen.
232 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 1046 **6,95 €**

Diese reichhaltig illustrierte Dokumentation vermittelt in Wort und Bild eine umfassende Übersicht über die Kirchen im Samland, über ihre Geschichte und über die Menschen, die in ihnen gewirkt haben. Ebenfalls enthalten sind die Kirchen der Gemeinden, die später zu Königsberg gehörten. Das Buch ist so angelegt, dass in einem ersten Teil nach gleichbleibendem Schema zu jeder Kirche die erforderlichen Angaben gemacht werden, und dann in einem zweiten Teil unter der Überschrift „Bemerkungen" historische und sonstige Besonderheiten der jeweiligen Kirchengemeinde wiedergegeben werden. Viele historische Abbildungen runden das Werk ab.

Museum Stadt Königsberg
Früher ~~€ 19,95~~
Jetzt € 9,95

Lorenz Grimoni u. Walter Daugsch
Museum Stadt Königsberg in Königsberg
Mit zahlreichen Abbildungen im Text. Kartoniert/192 Seiten
Nr. P 1016 **9,95 €**

Das ehemalige „Museum Stadt Königsberg" war ein höchsten Ansprüchen genügendes Schaufenster in die Geschichte und Kultur der alten ostpreußischen Provinzhauptstadt, und es wurde zu einem Ort der Begegnung zwischen Königsbergern, Duisburgern und Kaliningradern, an dem gemeinsam gelernt, gesprochen und aus der reichen Vergangenheit Königsbergs für das heutige Kaliningrad die geistigen Fundamente bewusst gemacht wurden. Der vorliegende Band informiert ausführlich über die Geschichte der Stadt, seine Architektur und städtebauliche Entwicklung, das Kunsthandwerk, die Wissenschaft, die Wirtschaft und den Verkehr und zeigt viele Exponate, zum Teil in Farbe.



Andy Thompson
Autos aus Osteuropa
Von 1945 bis 1990
144 Seiten/Gebunden
Nr. P A1190 **9,95 €**

Von 1945 bis 1990 arbeiteten die Automobilkonstrukteure hinter dem „Eisernen Vorhang" nicht, um - wie im Westen - mit ihren Produkten die Wünsche einer immer anspruchsvoller werdenden Käuferschaft zu befriedigen, sondern primär um die Planvorgaben sozialistischer Wirtschaftsbürokratien zu erfüllen. In einer Region, die vom Schwarzen Meer bis ins Baltikum reicht, waren die Automobile so unterschiedlich wie die Länder, aus denen sie kamen. „Autos aus Osteuropa" gibt einen umfassenden Überblick der im ehemaligen Jugoslawien, Tschechoslowakei, Bulgarien, Polen, Rumänien und natürlich der ehemaligen DDR von den Bändern gelaufenen Autos. dieses Buch lädt ein zum Schmökern und Schwelgen und ist eine wahre Fundgrube für Fans!



Udo Paulitz
Feuerwehr Typenbuch 1900–1945
Fahrzeuge – Daten – Technik
144 Seiten/Gebunden
Nr. P A1095 **7,99 €**

Für alle Liebhaber von Feuerwehr-Veteranen! Authentische Bilder, prägnante Texte und alle technischen Daten auf einen Blick: Das Typenbuch kennt die Feuerwehrfahrzeuge der Jahre 1900 bis 1945. Unfälle, Überschwemmungen, Hilfsleistungen, Katastrophenabwehr – das Aufgabenspektrum der Feuerwehr reicht weit über die traditionelle Brandbekämpfung hinaus. So vielfältig die Einsatzzwecke, so vielfältig auch die Einsatzfahrzeuge. Mit welchem Arbeitsgerät die deutschen Wehren von 1900 bis 1945 ausgerückt sind, zeigt diese lückenlose Dokumentation. Modelle, Technik, Daten, authentische Bilder und historische Fakten: Alles ist in diesem Typenbuch versammelt.

Polnische Ostseeküste

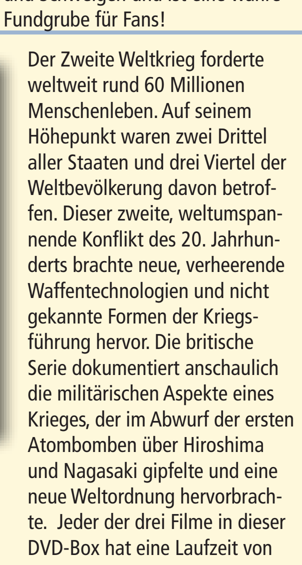
Kerstin und André Micklitza
Reiseführer Polnische Ostseeküste
Zwischen Oder und Frischem Haff 284 Seiten
Nr. P A1110 Kart. 12,95 €

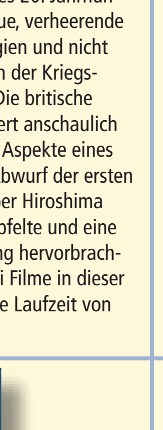
Immer mehr deutsche Urlauber finden den Weg in Polens beliebteste Ferienregion, die Ostseeküste. Sie zieht es an die Strände mit dem feinen Sand, die sich scheinbar unendlich weit an der Küste entlang erstrecken. An der Küste liegen interessante Hafenstädte wie Stettin und Danzig, traditionsreiche Kurorte wie Sopot und Misdroy und zudem eine einzigartige, abwechslungsreiche Landschaft mit Steilküsten und Binnenseen, Moor- und Hügellandschaften. Dieser Reiseführer beschreibt diese Region in allen ihren Facetten und trägt den Entwicklungen der touristischen Infrastruktur der vergangenen Jahre Rechnung. Neben ausführlichen Informationen zu Geschichte und Kultur enthält dieses Buch unzählige praktische Hinweise zu Hotels, Restaurants, Ausflügen, Museen und sportlichen Aktivitäten.



Wolfgang Kling/Jörg Lüderitz
Neumark
Durch die alte Kulturlandschaft östlich von Oder und Neiße
294 Seiten
Nr. P A1113 Kart. 14,95 €

Die Neumark ist nicht nur für Berliner und Brandenburger einen Besuch wert. Sie lockt mit vielen landschaftlichen Schönheiten und mit einer gerade jüngst spürbar ausgebauten touristischen Infrastruktur. Rund um Gorzów (Landsberg/Warthe) finden Reisende eine von Seen und sanften Hügeln geprägte, nahezu unberührte Natur, die beste Bedingungen für einen Aktivurlaub bietet. Darin liegen traditionsreiche Orte, deren Geschichte teilweise bis ins Mittelalter zurückreicht. Dieser Reiseführer trägt den aktuellen Entwicklungen Rechnung und stellt den Landstrich detailliert vor. Die Autoren erläutern die lange bewegte Geschichte der Neumark und beschreiben die landschaftlichen und baulichen Schönheiten. Umfassende reisepraktische Hinweise machen den Band zu einem nützlichen Begleiter.





Der 2. Weltkrieg
* Die Hitlerjugend
* Die Wehrmacht
* Sturmtrupps

Laufzeit: ca. 162 Minuten/DVD
Nr. P A1192 **14,99 €**

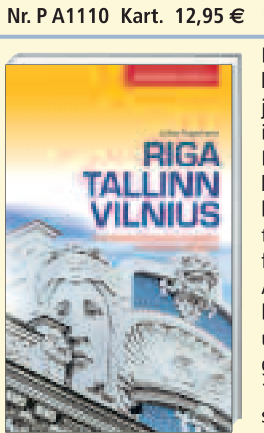
Der Zweite Weltkrieg forderte weltweit rund 60 Millionen Menschenleben. Auf seinem Höhepunkt waren zwei Drittel aller Staaten und drei Viertel der Weltbevölkerung davon betroffen. Dieser zweite, weltumspannende Konflikt des 20. Jahrhunderts brachte neue, verheerende Waffentechnologien und nicht gekannte Formen der Kriegsführung hervor. Die britische Serie dokumentiert anschaulich die militärischen Aspekte eines Krieges, der im Abwurf der ersten Atombomben über Hiroshima und Nagasaki gipfelte und eine neue Weltordnung hervorbrachte. Jeder der drei Filme in dieser DVD-Box hat eine Laufzeit von ca. 54 Minuten.



Der 2. Weltkrieg
* Die Deutsche Luftwaffe
* Der Luftkrieg
* Die Deutschen Fliegerasse

Laufzeit: ca. 164 Minuten/DVD
Nr. P A1231 **14,99 €**

Der Zweite Weltkrieg forderte weltweit rund 60 Millionen Menschenleben. Auf seinem Höhepunkt waren zwei Drittel aller Staaten und drei Viertel der Weltbevölkerung davon betroffen. Dieser zweite, weltumspannende Konflikt des 20. Jahrhunderts brachte neue, verheerende Waffentechnologien und nicht gekannte Formen der Kriegsführung hervor. Die britische Serie dokumentiert anschaulich die militärischen Aspekte eines Krieges, der im Abwurf der ersten Atombomben über Hiroshima und Nagasaki gipfelte und eine neue Weltordnung hervorbrachte. Jeder der drei Filme in dieser DVD-Box hat eine Laufzeit von ca. 55 Minuten.



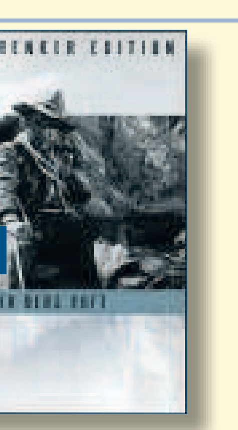
Volker Hagemann
Riga Tallin Vilnius
Die Hauptstädte und die schönsten Reiseziele im Baltikum 438 Seiten
Nr. P A1111 Kart. 19,95 €

Riga, Tallinn und Vilnius haben sich zu beliebten Reisezielen entwickelt, und jede der baltischen Hauptstädte hat ihren eigenen Reiz: Das fast eine Million Einwohner zählende, lebhafte Riga ist berühmt für seine eng bebaute, pittoreske Altstadt und zahllose Jugendstilbauten an den breiten Boulevards. Tallinn fasziniert mit einer mittelalterlichen Altstadt, die von einer zwei Kilometer langen Stadtmauer eingefasst wird, und die zu den besterhaltenen in Europa gehört. In Vilnius stehen mehr als 100 Kirchen, darunter sind etliche sehenswerte Barockkirchen und das Aus-ros-Tor mit dem Bildnis der Barmherzigen Muttergottes, das Ziel von Pilgern aus ganz Europa ist. Dieser Reiseführer führt sehr detailliert durch Riga, Tallinn und Vilnius. Neben den gängigen Reisetipps und nützlichen Karten gibt es Tipps für Shopping und den Strandurlaub.



Gunnar Strunz (448 Seiten)
Reiseführer Königsberg Kaliningrader Gebiet
Mit Bernsteinküste, Kurischer Nehrung, Samland u. Memelland
Nr. P A1114 Kart. 21,95 €

Im Kaliningrader Gebiet treffen russische Gegenwart und deutsche Vergangenheit aufeinander. Neben der Stadt Kaliningrad, dem ehemaligen Königsberg, lohnen vor allem die umgebenden Landschaften einen Besuch: die Rominter Heide, das Große Moosbruch und die Memelniederung, die Kurische Nehrung und die traditionsreichen Seebäder wie Rauschen, Cranz und Pillau. Der Reiseführer stellt alle Sehenswürdigkeiten kenntnisreich vor. Umfangreiche reisepraktische Hinweise und durchgängig kyrillisch-lateinisch beschriftete Karten helfen bei der Reisevorbereitung und der schnellen Orientierung vor Ort. Umfassende reisepraktische Tipps – Extra-Kapitel zum Memelland und zur Strecke Berlin-Kaliningrad – 43 genaue Stadtpläne und Übersichtskarten – 238 Farbfotos, 37 historische Abbildungen.

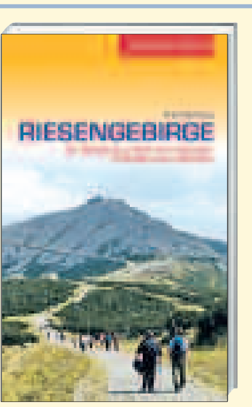




Luis Trenker Edition
DVD – Der Berg ruft
Dieses mitreißende Hochgebirgsdrama zeigt Luis Trenker in einer seiner berühmtesten Rollen: als italienischen Bergführer Tonio Carell. Im Mittelpunkt des Films steht der authentische Konkurrenzkampf zweier Seilschaften um die Erstbesteigung des Matterhorns. (Laufzeit: 94 Min.)
Nr. P A1202 DVD **15,99 €**

Luis Trenker Edition
DVD

Luis Trenker Edition
DVD – Berge in Flammen
Den österreichischen Bergführer Florian Dimai und den italienischen Grafen Arthur Franchini verbindet eine langjährige Freundschaft. Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges stehen sich die beiden plötzlich als Feinde gegenüber. (Laufzeit: 94 Min.)
Nr. P A1203 DVD **12,99 €**



Frank Schüttig
Riesengebirge
Mit Wandertipps, Wintersport-wegweiser und Ausflügen ins Isergebirge 216 Seiten
Nr. P A1112 Kart. 12,95 €

Das Riesengebirge an der tschechisch-polnischen Grenze bietet sich als ganzjähriges Reiseziel vor allem für aktive Urlauber an. Es verfügt über ein ausgedehntes Netz von Wanderwegen durch tiefe Täler und über sonnige Höhen; endlose Loipen und zahlreiche Lifte garantieren Skivergnügen bis ins Frühjahr hinein. Dieser Reiseführer stellt das höchste mitteleuropäische Gebirge nördlich der Alpen, seine Geschichte und seine Bewohner in all seinen Facetten vor und gibt zahlreiche Tipps für Wanderer und Skifahrer. Alle Orte des Riesengebirges auf 216 Seiten – Fundierte Hintergrundinformationen zu Geschichte und Kultur – Ausführliches Extra-Kapitel zum Wintersport – Extra-Kapitel zum Isergebirge – Zahlreiche Vorschläge für Wandertouren – Ausführliche Tipps zu Unterkünften, Essen und Ausgehen.

Masuren

Kerstin und André Micklitza
Reiseführer Masuren
Mit Marienburg, Danzig und Thorn
163 Fotos, 300 Seiten
Nr. P A1153 Kart. 14,95 €

Masuren ist eines der letzten Gebiete Europas mit einer weitgehend intakten Natur. Besonders Wanderer und Wassersportler finden ein selten schönes Revier vor. Aber nicht nur Naturfreunde werden auf ihre Kosten kommen: Jahrhundertealte steinerne Zeugen der Vergangenheit künden von der ereignisreichen Geschichte der Region. Viele Informationen für Wanderer, Radfahrer und Wassersportler zeichnen den Reiseführer aus. Ausführliche Extrakapitel sind der als UNESCO-Weltkulturerbe geschützten Stadt Torun (Thorn), der alten Handelsstadt Gdansk (Danzig) sowie Malbork (Marienburg) mit seiner einzigartigen Ordensburg gewidmet. Der reich illustrierte Titel bietet umfassende Informationen zu den Destinationen, einen Abriss zur Geschichte, Erklärungen zu den wichtigsten Sehenswürdigkeiten sowie praktische Reiseinformationen.

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Das Ur-Kilo wird deutsch

Braunschweig – Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig hat den Prototyp eines neuen, vermutlich ab 2019 weltweit gültigen „Ur-Kilogramms“ entwickelt. Die Siliziumkugel entspricht dem Gewicht eines Kilos weit exakter als das bisher maßgebliche Ur-Kilo, einem Zylinder, der seit 1889 in Paris liegt. Die PTB ist bislang die einzige Einrichtung der Welt, die ein solches Ur-Kilo bauen kann. *H.H.*

Messerwelle in Deutschland

Berlin – Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, sieht Deutschland von einer Welle von Messerattacken überrollt. Es vergehe kaum noch ein Tag, an dem nicht ein Angriff auf einen Menschen mit einem Messer gemeldet werde. Die Verunsicherung der Bürger sei „regelrecht spürbar“. Ob indes junge Männer aus eingewanderten Familien dabei eine größere Rolle spielten, wisse er nicht, so der GdP-Chef. *H.H.*

ZUR PERSON

Lässiges grünes Zugpferd

Er gilt als norddeutsches Pendant zu Baden-Württembergs Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann. Grün-bodenständig, Realo, bürgernah – **Robert Habeck** scheint jene Tugenden zu verkörpern, die neuerdings bei den Grünen gefragt sind. Wer an die Macht will, muss auch im Anzug gut aussehen. Und das tut Habeck als schleswig-holsteinischer Minister für Energiewende, Landwirtschaft und Umwelt sowie als stellvertretender Ministerpräsident schon seit 2012.

Diese Ämter wird er nur noch acht Monate lang behalten dürfen. Das war die Bedingung dafür, dass er jetzt in Hannover zum Vorsitzenden der Bundes-Grünen gewählt wurde, die Ämtertrennung immer ebenso strikt auf ihre Fahne geschrieben haben wie die Doppelspitze aus Mann und Frau. Nachdem die früheren Vorsitzenden Cem Özdemir und Simone Peter nicht mehr kandidiert haben, wählte der Parteitag die 37-jährige Hannoveranerin Annalena Baerbock als Quotenfrau neben den eloquenten Habeck.


Bild: Frank Peter

Der elf Jahre ältere Habeck wird aber zukünftig der große Zampano der Grünen sein. Nach der letzten Landtagswahl in seinem Bundesland hat er erfolgreich eine Jamaika-Koalition mit eingefädelt. Das könnte sich für den vierfachen Familienvater aus Lübeck, der mit der Kinderbuchautorin Andrea Paluch unweit der dänischen Grenze wohnt, vielleicht auch bundespolitisch einmal auszahlen.

Für den Parteivorsitz wird der Doktor der Philosophie, der erst im Alter von 33 Jahren zu den Grünen fand, Gummistiefel und Wollkragenpulli, mit denen er sich als lässiger „Draußenminister“ – so bezeichnet er sich auf seiner Internetseite – gerne inszeniert, gegen Berliner Straßenschuhe und Anzug eintauschen müssen. Auch mit der Schriftstellerei, mit seiner Frau veröffentlichte er mehrere Bücher, wird dann Schluss sein. *H. Tews*



Echo-Lügen

Warum Steinmeier die Seiten wechselt, warum uns das auch nichts nützt, und worum es bei »Anne Will« wirklich ging / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Haben Sie das mitgekriegt? Die Nachricht hätte eigentlich eine Schockwelle durch Deutschland jagen müssen. Hat sie aber nicht, was die Angelegenheit doppelt mysteriös macht. Also: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat bei einem Besuch in Jordanien angemahnt, man müsse genau unterscheiden zwischen echten Flüchtlingen und anderen Leuten, die nur so tun, als seien sie geflüchtet, weil sie sich materielle Vorteile davon versprechen.

Das ist doch wohl der Hammer! Es ist gefühlt nur Minuten her, da wurde jeder, der diese Unterscheidung auch nur zu flüstern wagte, als Rassist, Ausländerfeind und herzloses Monster gescholten, als einer, der „die Gesellschaft spaltet“. Deshalb adeln die allermeisten Medien ja auch jeden, der sich illegal ins Land stiehlt, noch immer ohne jede Unterscheidung zum „Flüchtling“. Und Steinmeier will da nicht mehr mitmachen?

Warum bloß? Vielleicht, weil der Präsident nicht dermaßen mit Groko-Gesabbel beschäftigt ist, dass er gar nicht mitbekommt, was sich in seinem Land gerade tut. Mehr und mehr Deutsche scheinen den Kanal voll zu haben, wie Sie an anderer Stelle in dieser Zeitung lesen können. Dreht sich da was? Wenn ja, will unser Staatschef nicht auf der falschen Seite stehen. Ergo gilt es, ebenso rasch wie dreist die Fronten zu wechseln.

Allerdings sollten sich jene, die immer schon unterschieden haben zwischen echten Flüchtlingen und falschen Fuffzigern, nicht einbilden, sie würden jetzt rehabilitiert. Nichts da: Einmal „Pack“, immer „Pack“!

Es gibt nur eines, das noch verwerflicher ist, als gegen den Strom der Mächtigen zu schwimmen, und das ist: vor den Mächtigen recht gehabt zu haben. Dann sehen die Machthaber in uns nämlich jemanden, der ihnen vorhalten könnte, was sie angerichtet haben.

So einen muss man nicht nur bekämpfen, den muss man moralisch derart gründlich ausschalten, dass er die Klappe nicht mehr aufkriegt. Oder ihm zumindest keiner zuhört.

Die Presse wird der Politik beim Ausschalten helfen, schon aus eigenem Interesse. Denn was droht, wenn das „Pack“ fragt, ob die Medien gelogen haben, als sie alle Zuwanderer zu „Flüchtlingen“ erklärt haben, obwohl sie wussten, dass sie damit die Wahrheit verbiegen? Flugs wären wir wieder beim bösen Wort von der Lügenpresse, welches jenen, auf die es passte, schwere seelische Wunden geschlagen hat.

Die Wunden sind allerdings rasch verheilt. Vergangenen Dienstag berichtete eine angesehene Tageszeitung aus Frankfurt am Main (also nicht die „Rundschau“), dass 58 Prozent der Deutschen es richtig fänden, „dass Flüchtlinge mit lediglich subsidiärem Schutz ihre Familien nicht nachholen dürfen“. Und womit war diese Meldung überschrieben? „Mehrheit für begrenzten Familiennachzug“, was doch nahelegt, dass die Mehrheit für und nicht gegen den Familiennachzug votiert, wenn auch nur „begrenzt“.

> Nun will auch der Präsident zwischen echten und falschen Flüchtlingen unterscheiden

Wir sehen: Man muss gar nicht platt lügen. Jeder Medienkundige weiß, dass die suggestive Wirkung von Überschriften jene des darunterstehenden Textes weit übertrifft. Wenn also die Überschrift glauben macht, dass die Mehrheit für Familiennachzug ist, hat man die erwünschte Wirkung schon erzielt. Und wenn einer „Lüge“ ruft, kontert man, dass ja „begrenzt“ dabeistand und im Text darunter alles korrekt war.

Eine weitere, hochentwickelte Form des Flunkerns könnte man als „Echo-Lügen“ bezeichnen. Besonders in Diktaturen geriet diese Methode zu höchster Reife. Es geht so: Die „Experten“ wissen, dass der Diktator nur schöne Zahlen über die Entwicklung des Landes hören will. Daher fabrizieren sie ihm diese Zahlen gern, sie wollen ja ihren Posten behalten.

Auf dem Parteitag verbreitet der Diktator diese Daten, die unzweifelhaft seien, weil ja von den „Experten“ vorgelegt, und lässt sich für den bewiesenen Erfolg seiner Politik feiern. Der Potentat hat also nicht gelogen, er hat bloß die nötige Atmosphäre der Angst erzeugt, in der keiner mehr die Wahrheit zu sagen wagt.

Das funktioniert selbstverständlich auch in Demokratien, wenn die Angst vorm Aussprechen der Wahrheit hinreichend verwurzelt ist. Bei der „Anne Will“-Sendung zum Antisemitismus in Deutschland vergangenen Sonntag konterte die Berliner Staatssekretärin Sawsan Chebli eine Frage nach muslimischem Judenhass mit der Auskunft: „90 Prozent aller antisemitischen Delikte wurden im vergangenen Jahr von Rechtsradikalen begangen.“

Merkwürdig: Die „Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus“ kam bei einer breit angelegten Umfrage unter Juden zu dem Resultat, dass 62 Prozent der antijüdischen Beleidigungen und sogar 81 Prozent der körperlichen Angriffe auf Juden in Deutschland zwischen Mitte 2016 und Mitte 2017 von Moslems ausgingen.

Nanu! Wo hat Chebli bloß ihre Zahl her? Vermutlich vom Bundesinnenministerium, das sich auf die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) stützt. Von Zeit zu Zeit sickern anonyme Berichte von Polizisten durch, wonach in ihrer Behörde aus politischen Gründen so einiges unter den Tisch fällt. Warum? Weil die führenden Polizeikader letztlich vom Wohlwollen der Politiker abhängig seien. Denen wollten sie verständlicherweise nicht in die Quere kommen, wenn der Minister seinen Wählern gerade wieder versprochen hat, dass von der Grenzöffnung keinerlei erhöhte Gefahr ausgehe.

Seitdem Kölns Polizeipräsident die Silvesternacht von 2015/16 zum friedlichen Fest zurechtgeschminkt hatte, bis ihn seine Lügen aus dem Amt fegten, sind wir geneigt, solch anonymen Berichten Beachtung zu schenken.

Überdies hat die PKS auch eine ganz eigene Art, die antisemitischen Delikte zuzuordnen. Wenn nämlich kein konkreter Täter ermittelt werden kann, geht jede antijüdische Attacke und jede Hakenkreuzschmiererei automatisch auf das Konto „rechtsextrem motiviert“. 2014 grölten beispielsweise rund 20 Personen aus einer radikal-islamischen Demo in Berlin heraus „Heil Hitler!“ in Richtung von Gegendemonstranten, welche die Israelfahne schwenkten. Da man der Täter nicht persönlich habhaft wurde, ging der Vorgang als „Politisch motivierte Kriminalität Rechts“ in die Statistik ein.

Cheblis „90 Prozent“ stammen also wahlweise aus systematisch falscher Zuordnung („rechts“ statt „ungeklärt“) oder den verschwitzten Zweckklügen karrierebewusster Spitzenbeamter. In jedem Falle kann der Staatssekretärin niemand vorwerfen, sie habe gelogen. Sie hat sich nur auf die Daten der „Experten“ gestützt.

Andere Zahlen hätten die Diskussion bei „Anne Will“ in schwere See gestürzt, denn dort war man viel mehr am Antisemitismus der Deutschen interessiert.

In der Runde saß auch Wenzel Michalski, Direktor der deutschen Sektion der US-Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“. Michalski ist selber Jude und musste über seinen Sohn Bekanntschaft machen mit Antisemitismus in Berlin. Als an der Schule von Michalski junior bekannt wurde, dass er Jude ist, begann für den Jungen eine Höllenfahrt. Er wurde von Mitschülern massiv beschimpft und bedrängt, sogar eine Scheinhinrichtung zogen ältere Schüler mit ihm ab.

Was für Schüler das denn gewesen seien, wollte die Moderatorin wissen. Michalski antwortete: ausnahmslos Kinder „türkischer und arabischer Abstammung, wie ich leider sagen muss“.

Leider? Wieso leider? Wäre es ihm lieber gewesen, wenn deutsche Gören seinen Jungen malträtiert hätten? Nach diesem seltsamen Seufzer des Herrn Michalski grub sich mir eine Frage quälend durch den Kopf: Worum ging es an diesem Abend bei „Anne Will“ eigentlich wirklich? Tatsächlich um Antisemitismus? Oder nicht doch viel eher um die Frage, wie wir ein möglichst düsteres Bild von den Deutschen zeichnen? Man kann da schon so einen Verdacht bekommen.

MEINUNGEN

Tübingens Oberbürgermeister ***Boris Palmer*** *(Grüne) verurteilt im katholischen Internetportal „kath.net“ (24. Januar) den* ***Missbrauch des Rassismus-Vorwurfs:***

„Der Rassismus-Vorwurf ist die Verweigerung einer Debatte in der Sache. Man kann über Röntgenuntersuchungen zur Altersfeststellung verschiedener Meinung sein. Aber man kann die Argumente in der Sache nicht mehr ausdiskutieren, wenn schon der Vorschlag, eine Altersfeststellung durchzuführen, in eine Rassismusdebatte führt. Wer jetzt sagt: ‚Na um so besser, darüber will ich gar nicht diskutieren‘ legt die Axt an unsere Demokratie. Wer Debatten zerstört, weil er den Status Quo verteidigen will, macht die Demokratie zu einer reformunfähigen Schreihalsveranstaltung.“

Der ***nigerianische Entertainer Mc Chaz*** *wendet sich als Reaktion auf die Proteste gegen US-Präsident* ***Trump****, der afrikanische Länder als* ***„Dreckslochländer“*** *bezeichnet haben soll, in einer Videobotschaft an seine Landsleute:*

„Ein Land, in dem Arbeit monatelang nicht bezahlt wird, ist ein Dreckslochland! Ein Land, in dem das Sicherheitssystem keine Leben schützt, sondern Leben nimmt, ist ein Dreckslochland! Ein Land, in dem man für Strom bezahlt, aber keinen erhält, ist ein Dreckslochland! Ein Land, in dem Lebensmittel so teuer sind, dass sie sich die Bürger nicht mehr leisten können, ist ein Dreckslochland ... Und wenn Sie (wegen Trump) beleidigt sind, dann lassen Sie uns die Hände reichen und unser Dreckslochland reparieren!“

Malcolm Schauf*, Präsident des Bundesverbands Deutscher Volks- und Betriebswirte, stellt CDU-Chefin* ***Merkel*** *in der „Wirtschaftswoche“ (24. Januar) ein* ***verheerendes Zeugnis*** *aus:*

„Merkel macht nichts. Oder sie tut Dinge, die Deutschland schaden ... Merkel ist Deutschlands großes Problem – für den Wirtschaftsstandort ebenso wie für die Gesellschaft. Sie ist der Grund dafür, dass die AfD so stark ist. Die CDU könnte ohne Merkel die konservativen Wähler abgreifen, was jetzt selbst der CSU nicht gelingt. Leider herrscht in der Union immer noch die Duckmäuserei.“

Die 69-jährige französische ***Kunstkritikerin Catherine Millet*** *kritisiert in der „Welt“ (26. Januar) Übertreibungen in der* ***Frauenrechts-Debatte:***

„Die junge Generation ist in das Berufsleben eingetreten, ohne irgendeine Ideologie oder Utopie zu haben. Das ist ein Problem. Wenn man nichts findet, wofür man sich engagieren könnte, stürzt man sich auf obsolete Kämpfe. Viele junge Feministinnen kommen mir fanatisch verbissen in einem Kampf vor, der längst gewonnen ist.“

Jan Wolf Schäfer *plädiert im „Focus“ (29. Januar) leidenschaftlich* ***für Neuwahlen:***

„Der Neuwahl-Wahlkampf würde die ehrlichste Polit-Auseinandersetzung seit Langem. Statt nach allen Seiten hin offen zu sein und den Blick der Wähler zu vernebeln, müssten sich gerade Union, SPD, FDP und Grüne an den bisherigen Sondierungsergebnissen messen lassen.“